

wogegen. Die andere Meinung war, lassen wir uns von Broschüre nicht unter Druck setzen, sowas darf nicht wieder die Arbeit von Spezialisten werden, wir wollen alle auf den Stand kommen, entscheiden zu können, was zu IWF/WB inhaltlich dazugehört/was nicht. Für die Kampagne ist sie nicht vordringlich, sie kann auch im Herbst erscheinen.

Wir meinen, es ist genauso das eingetreten, was bei unserer Art, politik zu machen immer wieder passiert: eine Sache drängt nicht besonders, also kümmern wir uns nicht sonderlich drum. Wir sind wohl alle nicht viel mehr fit, solche Broschüre zu füllen, was die Neuigkeiten zur Rolle von IWF/WB im weltweiten kapitalistische Umstrukturierungsprozess betrifft. Und fünf Monate sind vergangen.

Und zu Kampagne sind wir auch alle nicht sehr viel weiter gekommen, wobei ja im Zusammenhang mit der Broschüre dazu kommt, daß wir uns über den Stellenwert der Broschüre innerhalb einer Kampagne gar nicht einig waren.

Auf deutsch: das auf-die-lange-Bank-schieben der Broschüre hat weder inhaltlich noch formal ("muß nicht so'n Ding einfach da sein zu unseren Kampagnenvorstellungen, wenn wir zum BUKO oder so gehen?" was gebracht, es war vielmehr ein Fehler.

Wir meinen also, schreiben wir lieber zwei oder drei verschiedene, sich ergänzende Broschüren, eine mehr zur Neubestimmung der Rolle von IWF/WB, eine weitere zur Linienfrage innerhalb der militanten Debatte, eine aber jetzt bald, nämlich die, in der die Rede ist von unseren Diskussionen, den offenen Fragen, unseren Überlegungen zum in Gang-bringen der Kampagne, mit einem relativ kurzen Teil zu IWF/WB selbst. Die Kritik des Genossen aus der KWU-Gruppe, - ihm erschien das Konzept viel zu überladen - ist durchaus ernst zu nehmen.

Aber Broschüre als Fortsetzung, Verbesserung von Aufruf, als Mobilisierungsbestandteil der Kampagne selbst muß her.

Fazit:

all dies kann nur Wirklichkeit werden, wenn es uns gelingt, viele viele Leute und viele, viele Gruppen in Westb./und BRD zu begeistern.

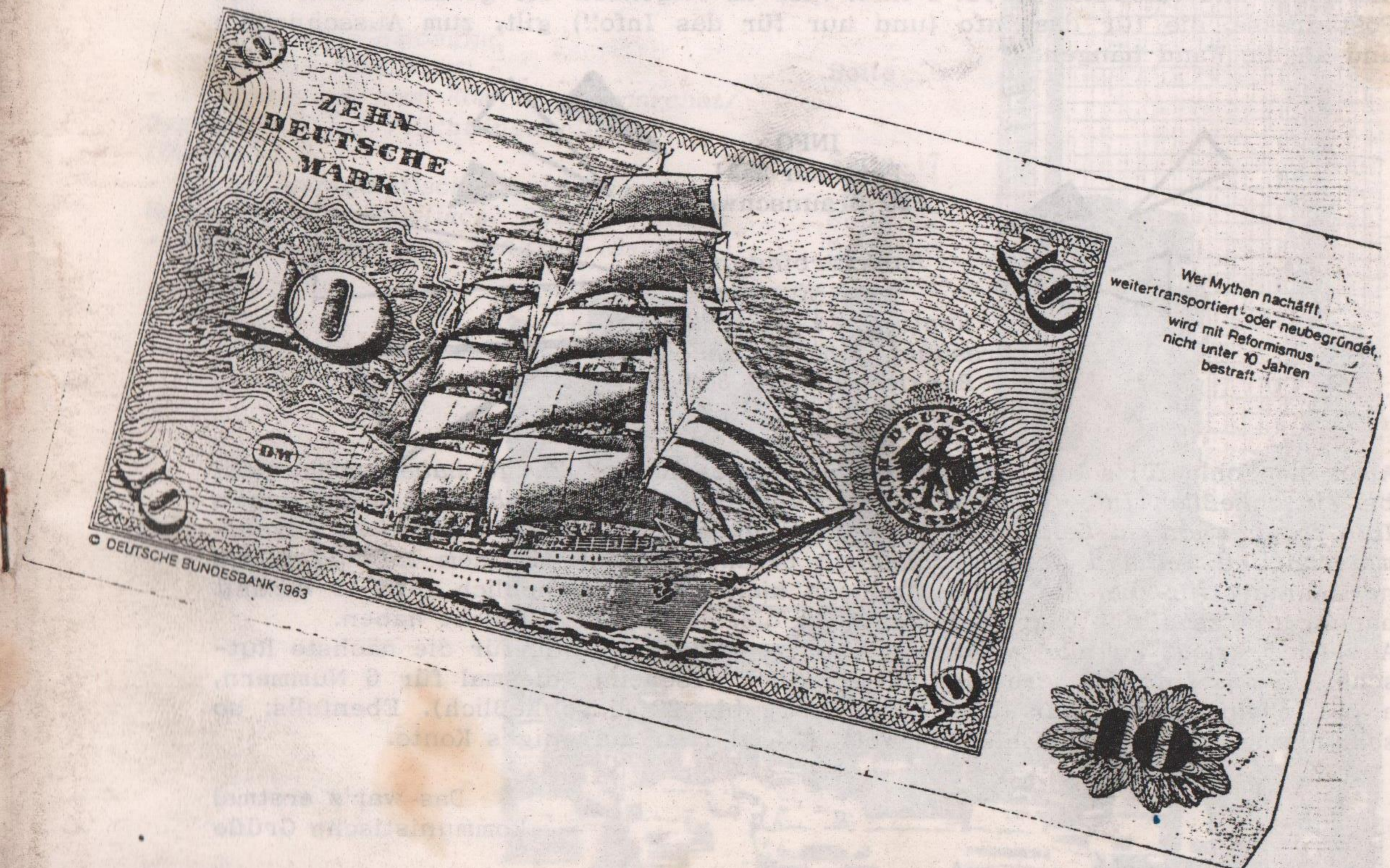
Andererseits: nur wenn die Gruppen und Leute auch mitmachen, kann keine Kampagne werden, überhaupt, und dann auch noch eine, die über September 88 hinaus laufen soll.

Widat

Arbeitsw

3454

INFO 16 SEPTEMBER 87



nach der langen Herbstpause, in der es nur ein dünnes Info gab, jetzt das Info 16. Und das ist wieder tierisch dick. Aufgrund dessen haben wir uns überlegt, daß wir die Tatsache, daß wir das Info fertigstellen, doch in gewissem Sinne als "Redaktionsvorbehalt" nutzen wollen: und zwar dahingehend, daß wir Texte besser verteilen wollen. Also wenn Sachen, die ankommen, nicht so eilig sind, daß sie sofort abgedruckt werden müssen, verschieben wir sie auf's nächste Info, wenn der Umfang sonst ins Uferlose ausartet. Wir wollen versuchen, im Schnitt so auf maximal 50 - 60 Seiten pro Info zu kommen, damit sich der Aufwand in Grenzen hält. Mal sehen, ob das überhaupt geht. Und natürlich geht das nur, wenn wir das mit den GenossInnen, die die Texte schicken, im Einzelfall absprechen.

Was drin ist? Wir verweisen auf's Inhaltsverzeichnis. Der IWF-Teil ist äußerst umfangreich, hoffentlich bewirkt er eine Auseinandersetzung, die über die Mythenproduktion in den bisherigen Kampagneansätzen hinausgeht. Der Entwurf für den Artikel zum Geld, der in der Wildcat erscheinen soll, gehört in diesen Komplex mit rein - erste Hinweise halt, diesen Mythos vom Geld kritisch zu diskutieren.

Soweit. Die Einschätzungen zu den Hausdurchsuchungen sind ja noch nicht das Gelbe vom Ei - die GenossInnen sehen sich momentan aber außerstande, da eine präzisere Einschätzung zu geben, weil sich das ja in einen größeren Rahmen von 'Bewegungserhebung' einreicht, der im Moment noch nicht so recht politisch zu überblicken ist. Auch die Bewegung hat ja ihre Schwierigkeiten, das so richtig wahrzunehmen, was da abläuft. Es wäre auf jeden Fall notwendig, da eine genauere Diskussion zu führen.

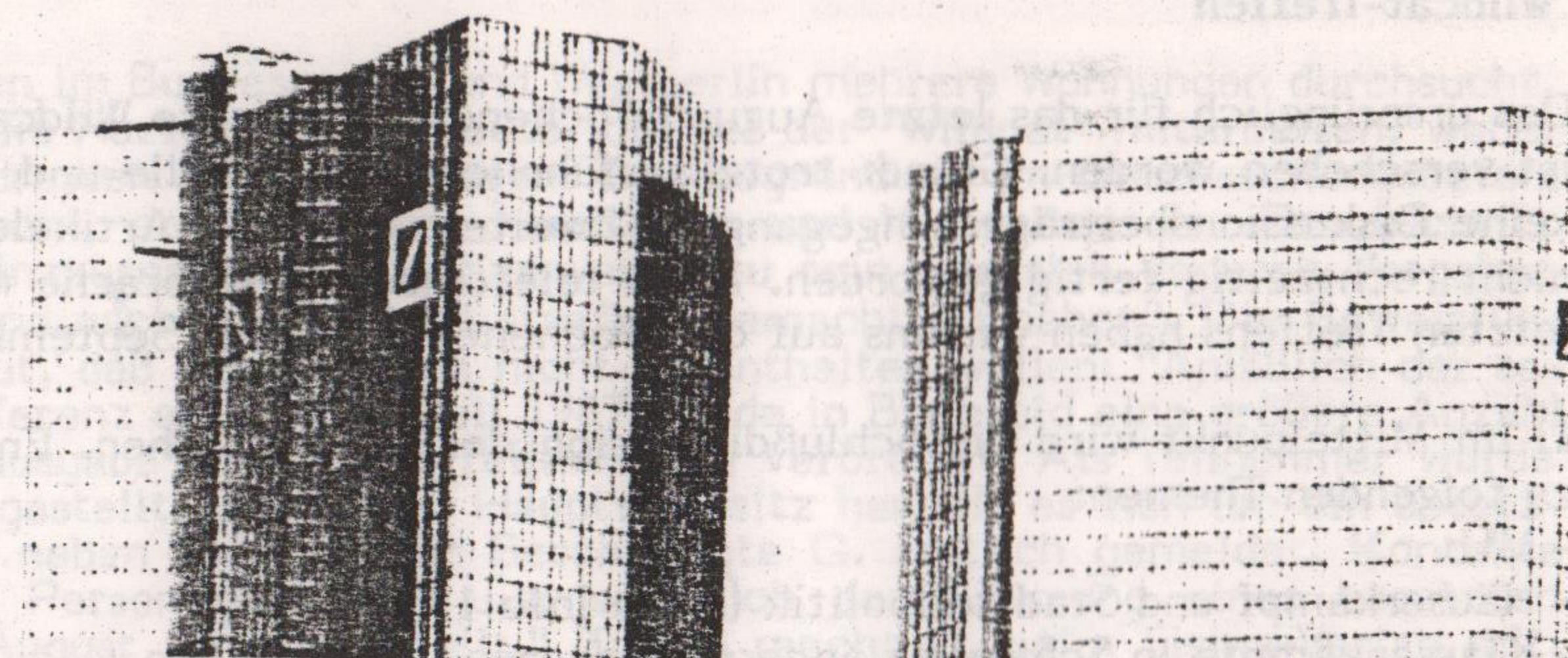
Und Technix haben wir natürlich auch noch. Zum einen ist die Info-Produktion und -Verteilung jetzt vollständig nach Braunschweig verlagert worden. Das heißt, daß nicht nur die Post für's Info nach Braunschweig geht, sondern auch die Kohle und Abowünsche für's Info. Also im folgenden die gesamte Bank- und Postadresse, die für das Info (und nur für das Info!!) gilt, zum Ausschneiden und an die Wand hängen:

INFO
Postfach 3531
3300 Braunschweig

Bankverbindung:
J. Kuri
Konto-Nr. 1 263 882 01
Dresdner Bank Braunschweig
Bankleitzahl 270 800 60

Also: die Kohle für's Info in Zukunft auf obiges Konto!! Einige haben noch nicht bis einschließlich Info 16 bezahlt, das sollten sie schnell nachholen, sonst geht's Info irgendwann an Geldmangel ein - Papier, Druckfarben, Druckfolien, Layoutmaterial und Versand wollen schließlich bezahlt werden. Mit dem Info 17 gibt's eine Mahnung für die, die bis dahin noch nicht bis einschließlich Info 16 bezahlt haben, und das Info 18 kriegen nur noch die, die Kohle geschickt haben. Außerdem kriegt ihr alle mit diesem Info eine neue Rechnung für die nächste Ruthe: da das Info jetzt regelmäßig monatlich erscheint, diesmal für 6 Nummern, also für ein halbes Jahr (die Nummern 17 bis 22 einschließlich). Ebenfalls: so schnell wie möglich die Kohle überweisen! Und zwar auf obiges Konto.

Das war's erstmal
kommunistische Grüße



Vorwort	Seite 2
Inhalt	Seite 3
Wildcat-Treffen	Seite 4
Zu den Hausdurchsuchungen:	
- von FreundInnen der Wildcat	Seite 5
- von Kölner HausbesetzerInnen	Seite 6
Zwei Briefe einer italienischen Genossin	Seite 8
Zum Hungerstreik in der Frauenplötze	Seite 11
Artikelentwurf zum Geld	Seite 13
Texte zur IWF-Kampagne:	
- Einleitung (Hamburg)	Seite 16
- Arbeitspapier zum Komplex Patriarchat/ Sexismus in der Flüchtlingspolitik (Düsseldorf)	Seite 17
- Die antikapitalistische/antipatriarcha- lische/antiimperialistische Debatte führen	Seite 21
- Verhindern wir den Kongreß (Berlin)	Seite 46



Wildcat-Treffen

Das ursprünglich für das letzte August-Wochenende geplante Wildcat-Treffen (siehe Nr. 14) ist verschoben worden. Grund: trotz ausführlicher Protokolle und Kommentare sind bisher keine Diskussionsbeiträge eingegangen. Zweitens sind die Artikelentwürfe für die Nr. 42 nicht rechtzeitig fertig geworden. Nach telefonischer Absprache mit den Teilnehmern des letzten Treffens haben wir uns auf das Wochenende 12./13. September geeinigt.

1) Im Mittelpunkt wird die Schlußdiskussion der Nr. 42 stehen. Entwürfe gibt es bis dahin zu folgenden Themen:

- MU
- Häuserkampf und Stadtteilpolitik (siehe Info 13 und 14)
- Klassenkämpfe in Schwellenländern: Südkorea und Brasilien
- Kreuzberg - ein halbes Jahr danach
- Artikel zum "Geld" (anlässlich der IWF-Diskussion)
- Kämpfe in Reinoza/Spanien

(interessant wäre ein Bericht über die Streiks in Jugoslawien, wer könnte das machen?)

Für den Info/Diskussionsteil der Zeitung fehlen noch Beiträge, bisheriger Vorschlag: zum Hungerstreik im Frauenknast Plötzensee.

Editorial: in der Nr. 41 war angekündigt, über das zukünftige Gesicht und die Herstellungsweise der Wildcat zu schreiben, hier müßten die Diskussionen des Pfingsttreffens mit einfließen...

2) Herstellung der Zeitung:

- realistische Einschätzung der Kräfte
- Beteiligung an Herstellung und Vertrieb

3) Weitere inhaltliche Planung

- Artikelplanung in Info 14
- Zusammenarbeit mit Wobbly/Collegamenti (siehe "Vorschlagfür eine gemeinsame Nummer" über die "Innere Struktur der Klasse" in Info 15)

4) In dem Vorschlag an die italienischen Genossen ist ein wichtiger Punkt angeschnitten: "revolutionäre Theoriebildung".

Wir sind in der Bewegung konfrontiert mit einer Inflation an politischen Schlagwörtern, die schematisch auf die Realität angewandt werden. Es gibt ein buntes Durcheinander von "Klasse", "moralische Ökonomie", "Unterklassen", "unteres Drittel", "Prekäre", oft ohne ausreichende Klarheit über den theoretischen Zusammenhang, dem sie entstammen. Es gibt von verschiedenen Seiten her Anläufe zu einer "Schulung", "kollektiven Theoriebildung", die auf dem letzten Treffen ja schon mal angesprochen worden sind. Z.B. theoretische Aufarbeitung von Lenin über Linkskommunismus, Wobblies, Operaismus (d.h. Klassenzusammensetzung und Organisationsansätze) bis hin zu: drei Kontinente, "neuer Internationalismus", Reproduktionsarbeit ...

Das alles bekommt nur im Zusammenhang einen Sinn, was die einzelnen Gruppen vor Ort bisher nicht leisten konnten. Deshalb ist es notwendig, so ein Projekt jetzt mal überregional zu diskutieren, und vor allem anzufangen. Nur auf dieser Grundlage bekommen Diskussionen über Artikelentwürfe auch die ausreichende Tiefe, sind sie wirklich produktiv.)

5) Charakter des Treffens

- Kritik an Pfingsten
- Verbindung von theoretischer Diskussion, Zeitung und praktischer Intervention vor Ort

Anmeldung für das Treffen: Telefon 0531/15634



JUPPHEIDI UND JUPPHEIDA....

Am 20.8. haben die Bullen im Bundesgebiet und Westberlin mehrere Wohnungen durchsucht. Im wesentlichen gingen die Razzien gegen Leute, die bei der "Wildcat" mitarbeiten, wobei auch deren alte Meldeadressen betroffen waren. Die Begründung im Durchsuchungsbefehl vom 30.7.87 war "Verdacht, am Verfassen, Herstellen und Verbreiten der Druckschrift 'Radikal Nr.130a - Provinzausgabe' beteiligt gewesen zu sein und sich dadurch Vergehen nach 129a Abs.3 StGB und nach §130a StGB strafbar gemacht zu haben". Die Beweisführung der Bullen ist so gut, daß wir sie Euch nicht vorenthalten wollen: "Anlässlich der sogenannten Atommüllkonferenz am 21./22. Juli 1987 wurde in Bielefeld eine größere Anzahl der ...'Radikal Provinzausgabe' unter den Teilnehmern verbreitet. Als Teilnehmer wurde der Beschuldigte N. festgestellt. Bei dessen Hauptwohnsitz handelt es sich um ein besetztes Haus. In diesem ist neben N. auch der Beschuldigte G. amtlich gemeldet. Kontakte zwischen diesen beiden Personen wurden u.a. anlässlich der Räumung eines besetzten Hauses in Köln am 1. August 86 festgestellt." Zudem macht G. beim Sisina-Verlag mit, der die "Wildcat" rausgibt und damit wurde dann der Bogen geschlagen, das ganze noch untermauert dadurch, daß Sisina in Köln beim selben Postamt ein Postfach hat, von dem aus Nummern der "Radikal Provinzausgabe" aufgegeben worden waren.

Das war jetzt innerhalb eines Jahres das vierte Mal, daß Räume der "Wildcat" durchsucht wurden. Im folgenden ein paar Gedanken und Thesen, zu denen wir uns Reaktionen erhoffen:

* zwar sind die "Begründungszusammenhänge" inzwischen so dünn gestrickt, daß sie gleich ohne Begründung durchsuchen könnten; aber ein paar BGH-Strategen haben wohl entdeckt, daß sie mit dem Hebel "Ermittlungen gegen Radikal" bis in die feinsten Verästelungen der Bewegung hineinleuchten können;

* die polizeiliche Durchleuchtung der Bewegung hat im letzten Jahr eine neue Dimension erreicht: etwa im Wochentakt einmal alle Buchläden, einmal die besetzten Häuser, einmal Radi-Verteiler, einmal wildcat, die ganzen Ermittlungen gegen "atom", "freiraum", Info-Läden usw. usf.. Das Material, das sie dabei gesammelt haben, hat inzwischen wohl den Umfang einer speziellen BKA-Bewegungszählung erreicht (von der "Tiefe" wohl eher "Mikrozensus");

* wir denken nach wie vor, daß es ein großer politischer Fehler wäre, sich gegen diese Maßnahmen der Bullen in eine Anti-Repressions-Kampagne zu stürzen; denen geht es (im Moment) nicht darum, linksradikale Zeitungen, Buchläden usw. zu "zensieren", zu verbieten oder sonstwie zu unterdrücken, sondern sie ziehen auf einem sehr breiten Level ihre "Bewegungserhebung" durch;

* propagandistisch sollten die Hausdurchsuchungen eine Verbindung zu den Anschlägen der Roten Zora herstellen und gleichzeitig in der Presse suggerieren, daß "die Polizei hier nicht untätig ist";

* politisch zielen die Razzien gegen Strukturen, in denen autonom, kritisch, solidarisch über mögliche Formen unseres Kampfes diskutiert werden kann; Erfolg hätte dieser Angriff auch dann, wenn anstatt lebendiger Kritik/Auseinandersetzung/gesellschaftlicher Verankerung unsererseits nur noch "Solidaritätsarbeit" und "Nachdrucken der inkriminierten Stellen" angesagt wäre;

* statt sich in "Sicherheitsarbeit" und "Nachdruck-Solidarität" zu werfen, steht unserer Ansicht nach eine genauere Diskussion über politische Perspektiven, gesellschaftliche Verankerung und Kampfformen an, die Bewegung ist nach wie vor in der Krise und untereinander zerstritten - die Razzien der Bullen dürfen nicht dazu führen, daß sie sich nur noch mit dem eigenen Bauchnabel beschäftigt;

* gleichzeitig ist klar, daß die bisherigen Hausdurchsuchungen sondierenden und vorbereitenden Charakter haben, die haben diesmal so viele Filme vollgeknipst, daß sie die nächsten Hausdurchsuchungen und andere Maßnahmen genauestens vorbereiten können - also müssen sich auch die GenossInnen darauf vorbereiten!

Das sind jetzt erstmal nur Vor-Überlegungen. Wir hoffen, daß darauf Reaktionen kommen und vielleicht eine genauere Einschätzung möglich wird sowie eine umfassendere Diskussion anfängt.

FreundInnen der Wildcat

Zu den Hausdurchsuchungen wegen 129a vom 20.8.1987 in Köln:

Einsatz des 129a als allgemeines Repressionsinstrument und Kriminalisierung von besetzten Häusern

Am 20.8.1987 fanden in den Häusern der Marienstraße 21 und 23 in Köln - seit 1977 besetzt - Wohnungsdurchsuchungen statt. Außerdem wurden Wohnungen von Leuten, die bei der Zeitschrift "wildcat" mitarbeiten in Karlsruhe, Münster und Berlin durchsucht. Als Vorwand mußte die schon vor Monaten erschienene sogenannte "Provinz-Ausgabe" der "radikal" herhalten und ein darin abgedrucktes Bekenner schreiben der Roten Zora zu einem Anschlag auf das gentechnologische Max-Planck-Institut in Köln.

Der Durchsuchungsbeschuß beruht auf lächerlichen Konstruktionen. Sie sind in der Tat dermaßen an den Haaren herbeigezogen, daß der Staatsschutz damit ganz offen zu erkennen gibt, daß es ihm um etwas anderes als den behaupteten Vorwand geht. Und die Tatsache, daß der Durchsuchungsbeschuß vom obersten BGH-Richter für 129a-Verfahren Dr. von Gerlach (Nachfolger von Gollwitzer) gezeichnet wurde, spricht dafür, daß sie mit diesen Durchsuchungen politische Erfolge vorweisen wollen.

Aber zuerst zum Ablauf der Durchsuchungen. Schwerpunkte der Durchsuchungsaktion waren die Wohnungen in Köln und Berlin. Offensichtlich wollten sie Druckmaschinen und Satzgeräte finden, um des technischen Apparates der "radikal" habhaft zu werden. (Zwischendurch verstiegen sie sich auch zu der Behauptung, sie würden nach Waffen suchen!) In Köln benutzen sie die Durchsuchungsaktion zugleich auch als Ausforschungs- und Kriminalisierungsaktion gegen die besetzten Häuser. Schließlich haben die Bullen in Köln "Fahndungserfolge" bitter nötig. In der letzten Zeit sind eine Menge politischer Aktionen im Zusammenhang mit den Häusern gelaufen, ohne daß die Bullen die Besetzerbewegung wirksam kriminalisieren konnten.

Die Aktion in der Marienstraße war daher generalstabsmäßig aufgezo- gen: morgens gegen 5.30 Uhr rückten zwei SEK-Einheiten, die eine aus Dortmund, auf zwei Planen-LKWs und mit etwa zehn Wannen an. Die Marienstraße wurde zwischen den beiden Querstraßen abgesperrt. In Kampfanziügen, Militärhelmen und mit der MP im Anschlag postierten sie sich vor den Häusern und drangen dann von der Rückseite her ein. Danach wurden die Eingangstüren von außen aufgebrochen. Vor jedem Zimmeringang in den beiden Häusern wurde ein SEK-Bulle postiert, der die Leute daran hinderte (hindern sollte), ihre Zimmer zu verlassen. Nach unseren Schätzungen waren insgesamt über hundert Bullen im Einsatz. Alle Räume wurden kurz untersucht, um herauszufinden, wo die beiden hier gemeldeten Beschuldigten wohnen. Da den Kölner Bullen die Wohnungen dieser beiden Leute sehr wohl bekannt sind, handelte es sich dabei um reine Schikane und diente zugleich als Räumungsvorbereitung; so wurden die Treppenaufgänge fotografiert und die Bullen suchten nach Durchbrüchen zwischen den Häusern. Eine Wohnung wurde schließlich bis gegen 11.00 Uhr durchsucht, wobei die Bullen jedes Blatt Papier umdrehten, eine Menge Papiere und einen Drucker beschlagnahmten und jede Menge fotografierten. Zur gleichen Zeit wurde das Auto des zweiten Kölner Beschuldigten aufgebrochen und durchsucht. Bei der Durchsuchung der Wohnung kam es auch zu Handgreiflichkeiten: Bewohnerinnen, die die Durchsuchung beobachten wollten (damit nicht nachher ein paar Sachen zuviel in der Wohnung sind!) wurden die Treppen hinuntergestoßen. Von zweien wurden die Personalien festgestellt und sie erwarten Anzeigen wegen "Widerstand" und "Sachbeschädigung".

Was tatsächlich hinter dieser Durchsuchungsaktion steckt, können wir nur grob vermuten. Sicher ist jedenfalls, daß der Staatsschutz immer großzügigeren Gebrauch vom § 129a macht, um politische Aktivitäten zu unterdrücken, um Zusammenhänge zu kriminalisieren und in der Öffentlichkeit Aktionen z.B. gegen besetzte Häuser vorzubereiten.

1. Sicherlich nicht zufällig fand die Durchsuchung in der Marienstraße jetzt statt. (Der Beschuß stammt vom 30. Juli 87!) In der Woche davor hat die Bullen auf Geheiß der Stadt Köln in einer generalstabsmäßig vorbereitete Aktion die benachbarte Kantine (Marienstr. 35) geräumt und sich dabei bere mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut gemacht. So hatten sie schon dabei versucht, in die Marienstraße 23 einzudringen und alle Zimmer von außen mit Scheinwerfern abgeleuchtet. Nachdem sie bei dieser Räumung ihre Übermacht monstriert und weitere Besetzer aus der Straße vertrieben hatten, schlugen mit der Durchsuchung zu. Nach unserer Einschätzung ging es ihnen auch darum, Möglichkeiten einer baldigen Räumung der letzten drei besetzten Häuser in Marienstraße zu erkunden. Unter dem dann in der Presse auftauchenden Titel "Terror-Fahndung: Razzia bei Hausbesetzern" (express, 21.8.) hätten sie schließlich auch einen Vorwand, die Häuser trotz jahrelanger Besetzung "politisch" zu räumen.

2. In der letzten Zeit hat der Staatsschutz immer wieder den 129a und die Verbreitung der "radikal" dazu benutzt, alle möglichen politischen Zusammenhänge Kontakte und Verteilerstrukturen "auszuforschen" und damit zu kriminalisieren. Diesmal ist er offensichtlich nach dem Motto vorgegangen, wer die "wildcat" verteilt, verteilt auch "radikal". Die Existenz einer "Satz, Druck und Verlags GmbH" wurde dabei als Hinweis auf einen technischen Apparat benutzt, über den auch "radikal" hätte produziert werden können.

Es geht ihnen bei solchen "Ausforschungsmaßnahmen" sowohl um die technischen Mittel, als auch um die Diskussionen, die aktuell geführt werden und wer sie für wem führt. Dabei interessieren sie sich natürlich auch für Sachen, die aktuell völlig legal sind, die sie aber im Rahmen eines Konzepts von vorbeugender Bekämpfung des politischen Kampfs erfassen und kontrollieren wollen. In diesem Sinne haben sie sich besonders für Kontakte und Diskussionszusammenhänge interessiert, auch wenn sie diese nicht direkt zur Kriminalisierung einsetzen können.

3. Der Staatsschutz steht unter Erfolgswang, wegen der Aktionen der Roten Zora. Am 15.8. gingen in 8 Verkaufsmärkten der Firma Adler Brandsätze hoch. Daß diese Durchsuchungen gerade jetzt kamen, mag also auch an dem Erfolg der Aktionen gegen die in Südkorea tätige Firma Adler liegen.

Anfang April 87 traten die Arbeiterinnen der Adler-Fabrik "Flair Fashion" in Iri/Südkorea in den Streik. Sie forderten eine Lohnerhöhung und wehrten sich gegen dem Streik auch gegen Arbeitshetze und sexistische Unterdrückung. Der Streik wurde nach 9 Tagen brutal niedergeknüppelt. Trotz Verletzungen, Festnahmen und Entlassungen setzten die Arbeiterinnen ihren Kampf gegen den deutschen Multikontinental fort. Nachdem der Streik der südkoreanischen Adler-Arbeiterinnen in der BRD bekannt geworden war, gab es in verschiedenen Städten Unterstützungsaktionen Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Flugblattaktionen und die versuchten um gelungenen RZ-Anschläge. Wie es aussieht, ist es in diesem Fall gelungen, die Firma Adler ihr Geschäft mit Billiglohnarbeit (zumindest in Südkorea) wirksam zu vermiesen. Für einen imperialistischen Staat wie die BRD, die dem transnationalen Kapital weltweit seine Ausbeutungs- und Profitmöglichkeiten absichert, ist dies eine deutliche Herausforderung. Bei den Ermittlungen wegen der Anschläge tapten sie offensichtlich im Dunkeln. Und die Durchsuchungen förderten auch nichts zutage, was sie entsprechend ihrer eigenen Konstruktion für eine Kriminalisierung brauchen könnten. So nahmen sie stattdessen sämtliche Papiere mit, bei denen sich wenigstens thematisch ein Zusammenhang herstellen läßt (Südkorea, Adler, Flüchtlingspolitik). Schließlich könnte schon die gelungene Kriminalisierung von Leuten, die Aktionen einer solchen Gruppe publik machen oder über sie diskutieren, für den Staat in dieser Situation ein Erfolg sein. In Köln haben es in den letzten Wochen einige Diskussionen zu Südkorea und Öffentlichkeitsarbeit auch zu den Praktiken der Firma Adler gegeben. Für den Staatsschutz wäre dies Grund genug, um hier mit der Kriminalisierung internationaler Solidarität anzufangen.

Die im folgenden abgedruckten Briefe einer italienischen Genossin waren als Beiträge für das Pfingsttreffen gedacht. Da die Notizen dazu aufgrund widriger Umstände auf dem Treffen nicht anwesend waren, drucken wir sie jetzt im Info ab.

2. Juni 1987

Ich möchte hier auf den Hinweis auf den Rahmen einer politischen Debatte zurückkommen: Wie und ob aus der Spontaneität der Klasse und der Konjunktur der Bewegung spontan tragfähige Strukturen entstehen können, die auf den speziellen Kampfzyklus hinweisen.

Wenn es um einen Kampfzyklus geht, ist es erforderlich, den Blick auf internationaler Ebene zu halten. Die letzten interessantesten Kämpfe sind für uns hier in Europa die, die in Frankreich, Spanien und Italien stattgefunden haben.

Die Sektoren, die sich bewegt haben, gehören den Öffentlichen Diensten an, dem abzubauen und zu rationalisierenden Sozialstaat. Das ist das Zeichen eines weiteren Angriffs des Kapitals auf diesen Bereich. Während die Fabrik schon reorganisiert wurde, und dort die Produktivität und Rentabilität des Kapitals neu durchgesetzt worden ist, gilt es jetzt, den öffentlichen Sektor produktiver zu gestalten.

Kann man daher eine These aufstellen, und zwar, das die Kämpfe aus dem öffentlichen Sektor demnächst ausschlaggebend für eine neue soziale Bewegung sein werden?

Oder, man kann sich auch fragen, ob wir in der Lage sind, heutzutage diesen tragenden Sektor überhaupt rauszufinden.

Ich glaube, wir sollen materialistisch und kritisch bleiben, wir sollen die Realität analysieren und untersuchen, in ihrer Tiefe und Vielfältigkeit, wie sie sich zusammensetzt.

Als Beispiel möchte ich hier den französischen Eisenbahnerstreik erwähnen. Darüber gibt es bereits unterschiedliche Bewertungen. Schwäche und Stärke der beiden Koordinationen werden von den Genossen verschieden bis gegensätzlich beurteilt, je nach Fähigkeit mehr oder weniger kritisch mit der eigenen politischen Vergangenheit umzugehen. Dies betrifft meistens eben die Organisationsfrage. Dieser Streik ist emblematisch: Das sind gerade die zwei Organisationshinweise, die es zu konfrontieren und zu analysieren gilt.

Die eine Form, von Paris-Nord, eher 'spontan' und angeblich 'weniger politisiert', und die andere, von Paris-Südwest, interkategorial und 'politisiert'.

Die Frage lautet: Welche Politik? Welche Perspektiven?

Ein französischer Genosse notiert: "... Diese Revolte hat einen Reifungsprozeß von etlichen neuen Elementen eines neuen Arbeiterbewußtseins eingeleitet ..." - und weiter - "... Beim Ende der alten Arbeiterbewegung und der Krise ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, gehen ebenfalls die alten sozialen Transformationsprojekte ein, die alten Ideen, die - im wesentlichen - die Revolution identifiziert haben mit der Machtübernahme durch ein 'wohlorganisiertes Proletariat'." (Ch. Reeve, *Le malade, le mérite et les grévistes. La société française et les récents mouvements sociaux.*)

Ein Mitglied der 'Coordination National Agents de Conduite' hat sich und die streikenden Eisenbahner als 'apolitisch' erklärt (*Le Monde*, 8. 1. 87), weil sie sich für eine andere kollektive Aktion entschieden und die traditionelle Politik zurückwiesen: "Prenez-vous en main. Et servez-vous de ce que nous avons fait", oder weiter: "eh bien oui, cette grève est politique, mais c'est parce-que le gouvernement n'a pas cédé et que nous avons maintenant contaminé d'autres salariés." (Cheminots, Gare du nord-Paris, *Le Matin*, 7. 1. 87).

Man kann hier weiterfahren und allerlei Aspekte aus dem Kampf erörtern: Die Einigkeit über die verschiedensten Ideologien und politischen Gesinnungen hinweg, die Assemblearität usw. Wichtig ist aber sie nicht reduktiv mit der Vergangenheit zu vergleichen, sondern den Reichtum an Ideen und Debatten, die darin aufgetaucht sind, aufzunehmen und zu erweitern.

Dies als Anstoß für eine Auseinandersetzung über Organisationsformen auf dem Kampfterrain.

Die organisatorische Frage der 'handelnden Minderheiten' stellt uns bestimmt andere Probleme.

Der Vorschlag zu Lokaledaktionen ist gut; aber das bedeutet noch lange nicht - wie es sich bereits ergeben hat - daß automatisch ein neues politisches Wissen entsteht. Die Lokaledaktionen müssen sich mit Instrumenten ausrüsten, die zum politischen Wachstum dienen. D.h. eben Diskussionen in Gang zu setzen durch Materialien, Veranstaltungen, Zeitungen usw.; über die gerade 'abgeschlossene' Vergangenheit, über unsere eigene Geschichte Kritik ausüben, woran es sich primär herausstellen muß, weshalb und welche politischen Inhalte und Formen überholt sind, wie und was wir noch intellektuell aufwerten können: "... Schon der ernsthafte Versuch, die Realität zu verstehen, ist ein Schritt zu Organisation, und sei es nur deshalb, weil dadurch dem Rechnung getragen werden kann, was die Genossen eigentlich denken, weil die übliche Teilung in denkende (oder irredende ?) Köpfe und einfache Genossen in Frage gestellt wird, Kräfte, Beziehungen, Kenntnisse erworben werden ..." (INFO, ?, Nr. 10).

Wir sind ein Teil der Klasse, und doch etwas anders. Unser Anliegen ist explizit, ausdrücklich, die Ordnung der Dinge von Grund auf zu ändern, und wir wissen, daß es nur durch die Selbstbeteiligung der Klasse geschehen kann. Unser Verhältnis zur Klasse kommt daher.

Vielleicht kann man hier wieder die alte Dialektik hervorholen.

Das heißt, wir wollen gar nicht als weitere alternative politische Schicht auftreten, als neue Vermittler von Interessengruppen, die sich einen Machtbruch aneignen und institutionalisieren. Wir wollen in der 'Klasse' bleiben und 'Klasse' sein (trotz der Unklarheit des Begriffes). Wir wollen auch nicht als exemplarische revolutionäre Organisation auftreten, die den Konflikt - selbst wenn 'radikal' - kanalisiert.

Ich sähe die Zeitung als effizientes Instrument für die notwendige Öffnung weiterer Diskussionsthemen und an anderen Situationen, um zu verhindern, daß sich eine abgetrennte politische 'Szene' bildet, die sich selbst und anderen eine 'klassisch' politische Linie aufzuzwingen versucht.

4. Juni 1987

Hiermit möchte ich zu dem Zusammenhang von Klasse und Organisation und neue Gesellschaft zurückkommen.

Es ist immer eine gute Methode, bei der Geschichte zu bleiben und auf Sachen historisch einzugehen. So, auf dieser Ebene, stellt sich die Frage der Identität des Proletariats. Diese Identität ändert sich im Laufe der Zeit, und was bis gestern allgemein und wahrlich sich darstellte, trifft heute nicht mehr zu. Zudem fällt es mir wirklich schwer, die Ebene von revolutionärer Organisation und der von Proletariat getrennt zu halten. Kann man sich ein Bild von revolutionärer Organisation machen, ohne die Möglichkeit zu kennen, wie die 'neue Gesellschaft' zusammenhält, zusammenhalten kann?

Wir haben schon oft gemerkt, wie sich das Proletariat verändert hat, die neuen Figuren in der Fabrik, in den Dienstleistungssektoren und öffentlichen Sektoren usw. Ihre Besonderheit ist aber nicht nur durch das bestimmt, was und

wo sich jeder im Arbeitsprozeß befindet, sondern diese Besonderheit besteht auch daraus, wie sich die politische Vergangenheit - im weitesten Sinne - in der Klasse wie bei uns selbst zurückschlägt. Wenn wir "Proletariat" sagen, muß es uns klar sein, daß die alten Identitäts- und Gemeinschaftsformen nicht mehr vorhanden sind. Nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der Fabrik.

Hier sehe ich die Gefahr, die Realität durch das zu interpretieren, was die alten sozialen Vorstellungen waren, weil wir - trotz des entsprechenden Unbehagens - noch um keine aktuelleren Formulierungen wissen.

Ein roter Faden, der die Kämpfe in Europa umspannt.

Es entstehen neue Identitäten.

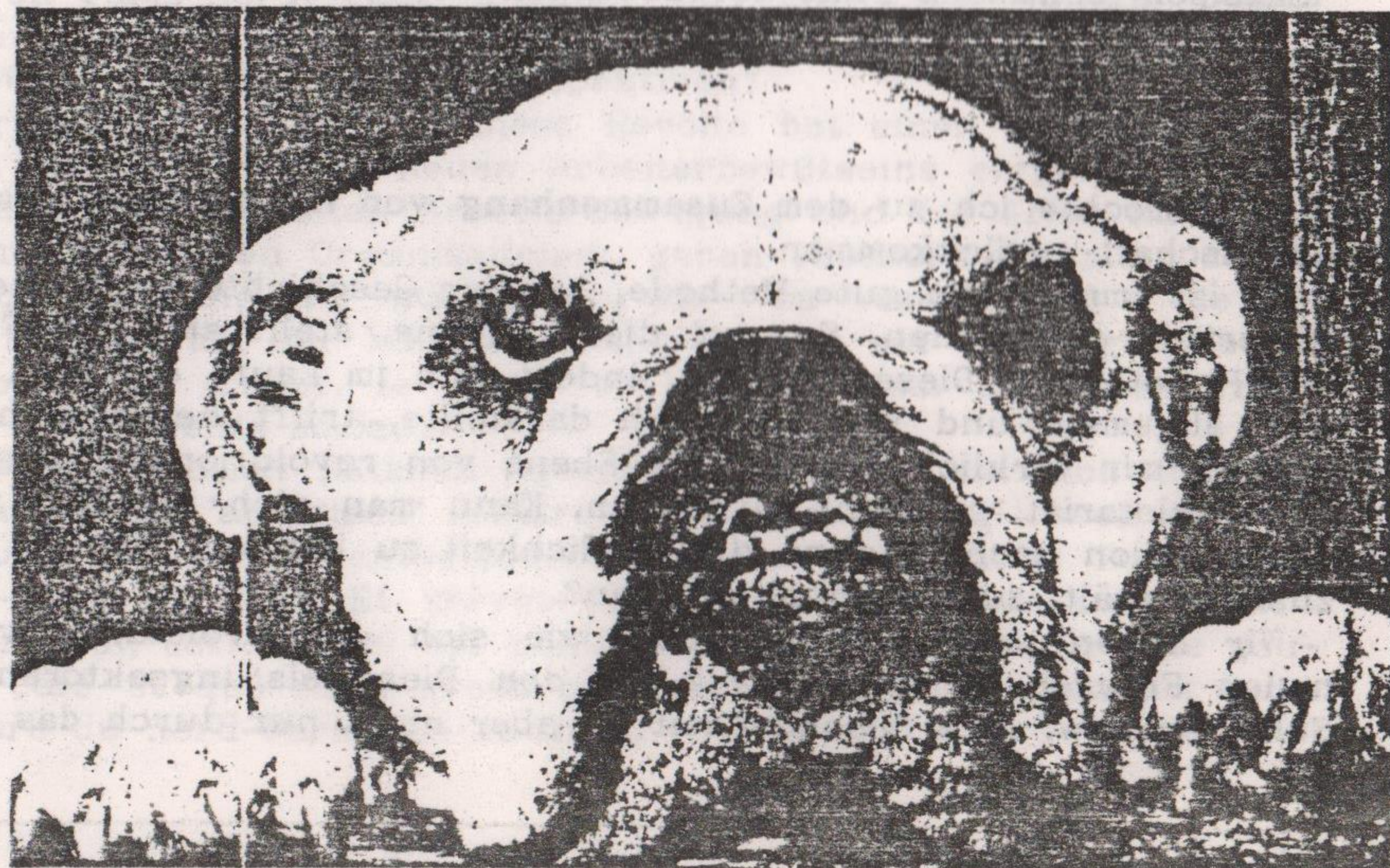
Die Kämpfe der italienischen Mittelschullehrer stellen den Bruch bloß zwischen Gewerkschaften und "Arbeitern". Ich erspare mir hier, die Voraussetzungen dieser Kämpfe und ihre historischen Hintergründe zu erläutern.

Die Figur der Lehrer in Italien läßt sich nicht zur alten Arbeiterfigur zurückführen. Da ist das Feld, das wir als neues Terrain für Klassenkampf betrachten müssen. Es handelt sich nicht um ein "neues Subjekt", sondern um ein neues Sozialkorpus (Klasse?), das über die vorhandenen parteilichen oder gewerkschaftlichen Strukturen hinüberspringt. Die Fraktur ist da.

Wenn es ruht, merkt man es nicht; aber sie liegt da. Es heißt dann, mehr denn je, sich zu öffnen, die Punkte und die Keime dieser Fraktur in dieser Gesellschaft auftauchen zu lassen und zur Reaktion zu bringen.

Ich habe mich oft gefragt, was die Studenten in den Schulen und Unis machten, warum wird es dort zu keinem Interventionsterrain? Das sei nur als Beispiel erwähnt, um auf einen Weg hinzudeuten, aus der "Szene" herauszufinden. Es bedeutet für mich, eben dort im Sozialkorpus anzugreifen und sich zu verankern, wo man sich befindet.

Sehr interessant ist diese Fraktur, die nach einer langen Bewegungsflaute zustandekommt; eine Fraktur zwischen dieser neuen verbreiteten Bewegung und den alten institutionellen und auch nicht-institutionellen "Klassenorganisationen". Bemerkenswert ist dabei das allgemeine, praktische, konkrete Bewußtsein davon - von diesem Bruch - , worauf nicht von Minderheiten oder "Avantgarden" als Ziel eines Kampfes hingewiesen wird. Die Natur der gegebenen sozialen Institutionen ist selbstverständlich geworden. Hier kann man neu ansetzen, praktisch und theoretisch.



ERKLÄRUNG der im UNBEFRISTETEN HUNGERSTREIK befindlichen FRAUEN vom 20.8.1987 (9. Tag):

Zur Situation hier und jetzt:

Die Frage warum gerade ein Hungerstreik, beantwortet sich, so glauben wir, schon allein aus den Möglichkeiten, die wir hier haben- bzw. nicht haben. Zuckerbrot und Peitsche haben längst so eingeschlagen, daß z.B. Aktionen wie Arbeitsniederlegungen, Einschlußverweigerungen, Bambulen, Boykotte oder kleine Sabotageakte kaum noch drin sind. Wenn, dann nur noch individuell, d.h. im Sande verlaufend. WIR SIND NUR DANN SAND IM GETRIEBE, WENN WIR UNS GEMEINSAM ORGANISIEREN!!!

Von daher ist es uns momentan wichtiger diesem Ziel ein Stück näher zu kommen (Über das, was an solidarischem Handeln unter uns Frauen anläßlich des Hungerstreikes möglich war), als irgendwelche lächerlichen Zusagen, die uns im wärtesten Sinne des Wortes, eh nur das Maul wieder stopfen sollten.

Es ist uns wichtiger z.B. im Zuge des unbefristeten Hungerstreikes auf vier Stationen geschlossene Warn- und Solidaritätsstreiks organisiert zu haben und die gegebenenfalls wiederaufzunehmen, wenn bis Mitte nächster Woche keine nennenswerten Reaktionen seitens des Senats/ der Justizverwaltung erfolgen.

Es ist uns wichtiger, als im Endeffekt mitentscheiden zu dürfen, ob die Trennscheibe aus Panzer oder Plexiglas ist!

WIR WERDEN DIESEN MILLIARDENBAU NICHT "WEGHUNGERN" KÖNNEN, das ist klar TROTZDEM WOLLEN UND WERDEN WIR UNS NICHT WEITER STILLSCHWEIGEND VERTRAKTEN UND UNS "HAUSERWEISE" AUFHETZEN LASSEN!!!!!!!

Die Bäume gegen die Sozialen, die Sozialen gegen die Politischen etc....

WIR LASSEN UNS NICHT LÄNGER SPALTEN UND ENTFREMDEN!!!

Wir fordern die Möglichkeit zusammenzukommen, um uns gemeinsam weiterzuentwickeln. Wir fordern also genau das, was sie- nicht nur hier, sondern auch bei euch draußen- mit allen Mitteln zu zerstören versuchen.

Daß, als erste Reaktion auf den Hungerstreik, von den Schweinen die "Therapiestation" aufgelöst wurde, und die dort im Hungerstreik befindlichen Frauen zwangsweise auf verschiedene Stationen verlegt wurden, können wir nur als Erfolg verbuchen/ werten:

WIR BRAUCHEN KEINE ZWANGSTHERAPIE!!!

Die Tatsache, daß nun die zuständige Psychologin auf einer leeren Station die Zeit und den Raum für sich selbst hat, um sich einer Eigenanalyse zu unterziehen, erfüllt uns- nicht nur mit klammheimlicher- Freude!

Was uns aber viel ehrlicher freut, sind all die solidarischen Reaktionen, die Unterstützung, die Wärme und Kraft, die uns ahnen läßt, was es heißt zusammenzukommen, gemeinsam Widerstand zu leisten, unsere Träume zu leben! Wir freuen uns über die Solidarität von Zelle zu Zelle

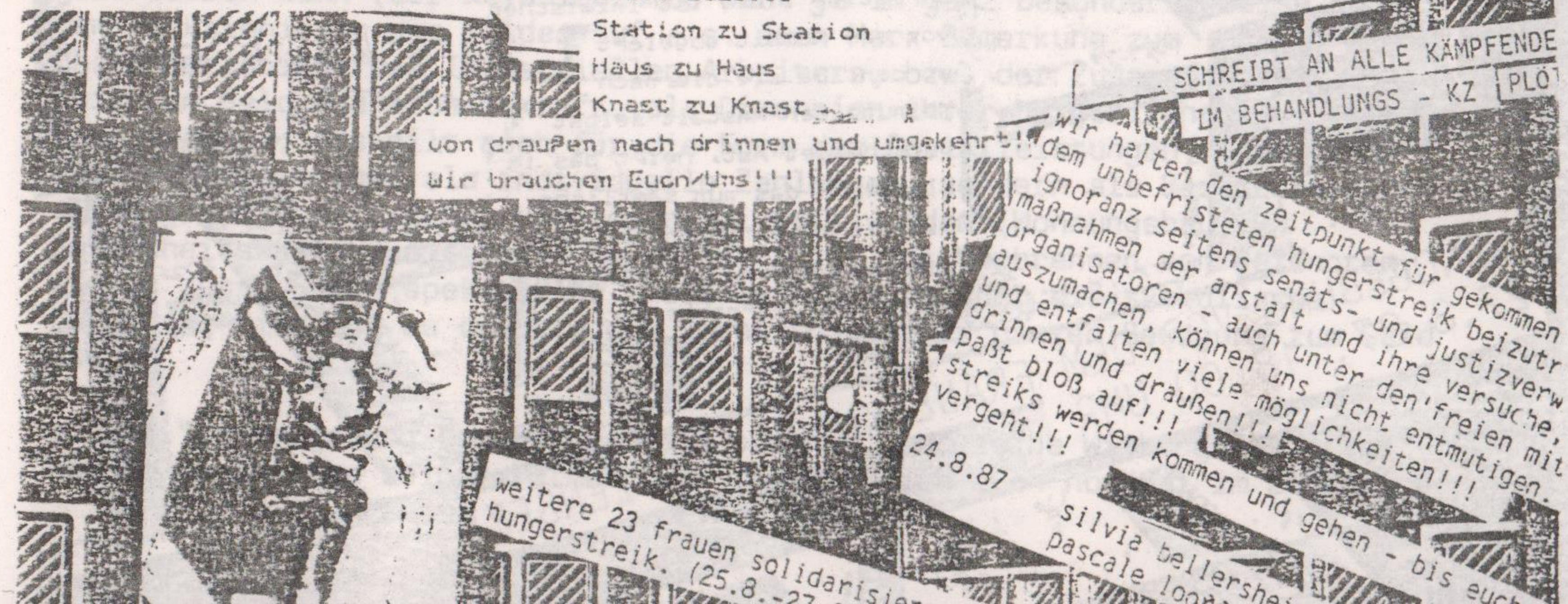
Station zu Station

Haus zu Haus

Knast zu Knast

von draußen nach drinnen und umgekehrt!

Wir brauchen Euch/Uns!!!



15 Tage Hungerstreik in der Frauenplötzensee

Hella Mahev wurde ins Haft-"Krankenhaus" für ihren unbefristeten Hungerstreik schwäche abgebrochen. SCHREIBT IHR!!!

Andrea Saser
Christine Wicke
Manuela Tepper
Miriam Stillger
Hella Mahev
und alle anderen solidarischen Frauen aus Haus IV und Plötzensee

SCHREIBT AN ALLE KÄMPFENDE IM BEHANDLUNGS - KZ PLÖTZ

Wir halten den Zeitpunkt für gekommen dem unbefristeten Hungerstreik beizutreten Ignoranz seitens Senats- und Justizverwaltungen der anstalt und ihre versuche auszumachen - auch unter den freieren drinnen und draußen!!! paßt bloß auf!!! streiks werden kommen und gehen - bis euch vergeht!!!

24.8.87
weitere 23 Frauen solidarischer Hungerstreik. (25.8.-27.8.)

silvia bellersheim
pascale long...

leitung, wichtige Vorkommnisse!

Am 6.8. wurde Marion Schwarz, auf Antrag der Anstalt beim zuständigen Richter, auf Grund lächerlicher Vorkommnisse, zwangsverlegt. Sie befindet sich seitdem im Haus I unter Totalverschluß, d.h. 23 Stunden allein auf Zelle, eine Stunde Hofgang, der sofort abgebrochen wird, wenn sie versucht mit jemandem Rufkontakt aufzunehmen. Ihr wurden bis auf das, was sie anhatte, sämtliche Privatkleidung entzogen, und das Geschirr und Besteck gegen Plastikgeschirr getauscht. Marion verweigert seit ihrer Verlegung die Knastnahrung. Ihr wurde angedroht, sie zwangsweise beim Arzt vorzuführen, oder sie ins Haftkrankenhaus zu verlegen.

Am 14.8. wurde die "Therapiestation" geräumt und alle vier dort befindlichen Frauen, zwangsweise auf verschiedene Stationen verlegt, da sie jegliche weiteren Urinkontrollen und Gespräche mit der Psychologin abgelehnt haben. Wäre diese Maßnahme nicht von Seiten der Anstalt ergriffen worden, hätten die Frauen selbst, spätestens nach dem HS, für sich die gleichen Konsequenzen gezogen - weil sie selbst nicht mehr Teil dieses Musterbeispiels "differenzierter Strafvollzug"

sein wollten. Am 18.8. versuchte der Anstaltsbeirat mit uns in Verbindung zu treten. Wir haben auf Pfarrer Longart als Vermittler verwiesen und jegliches Gespräch abgelehnt, um uns nicht in unnötige Diskussionen verwickeln zu lassen. Wozu vielleicht noch zu sagen wäre, daß der Anstaltsbeirat, angeblich Beirat für die Gefangenen sein soll, jedoch aus Anstaltspersonal besteht. Gestern ist die Anstaltsleitung mit Pfarrer Longart in Verbindung getreten. Wir selbst lehnen Verhandlungen aus o.g. Gründen ab. Das Gespräch fand am 20.8. statt. Dabei äußerte Höflich, daß die HS-Forderungen "illusorisch" seien, und zeigte lediglich Gesprächsbereitschaft bzgl. offenen Vollzug, allerdings nur mit besonderen therapeutischen Maßnahmen (also: das Gleiche wie bisher!). Unzensurierter Briefverkehr wäre auf gar keinen Fall möglich. Christine Wicke ist inzwischen von der Arbeit abgelöst worden. Da sie diernach Meinung der Anstalt selbst verschuldet hat, heißt das im Klartext, das nun sämtliche Disziplinarmaßnahmen auf sie zukommen werden, wie Einschluß, Haftkostenübernahme etc.

Ein Kaufsperre hat sie schon. Am 21. 8 soll ein Gespräch zwischen Regine Weiß und der Anstaltsleitung stattfinden. Wieder auf Wunsch von Höflich. Regine ist Vermittlerin für Haus III. Auch Der Anstaltsarzt wurde uns inzwischen geschickt; sollte uns über die HS-Folgen aufklären und uns ein Einverständnis zur Zwangsernährung unterschreiben lassen. Hat er dann allein unterschrieben.

Uns werden unbegrenzt Mineralwasser, Vitamintabletten und Kaugummi ohne Zucker (!) seitens der Anstalt bewilligt. Andererseits mußten zu Beginn des HS die Frauen ihr Essen selbst zurückbringen, was ihnen vor die Hütte gestellt wurde. Auch verzögert sich unsere Post erheblich, und dergleichen kleine Schikanen mehr.

In den letzten Tagen wurden auch wieder verstärkt HIV-Tests durchgeführt, natürlich ohne Einverständnis der betroffenen Frauen. Sonst: Lassen wir uns nicht unterkriegen und geht es uns den Umständen entsprechend GUT!

DER KAMPF GEHT WEITER!

AUFRUF:
KUNDGEBUNG VOR DEM FRAUENKNAST PLÖTZENSEE
27.8.87, 18.00 UHR

Artikel zum Geld

(Vorschlag für die nächste Nummer, ein zweiter Artikel zu den NGO und sozialen Bewegungen, was wir ja schon im Autonomie-Artikel zum Buch vom Club of Rome angekündigt hatten, würde dazu passen.)

Die momentane IWF-Kampagne birgt die Gefahr in sich, die ganze Mystifizierung des Geldes zu reproduzieren, da sie sich an der Institution (IWF) als scheinbarer Subjektivität des Geldes festbeißt und entsprechend von dieser hohen Warte aus den Blick über die Felder der Klassenkämpfe schweifen läßt. Dabei wird dann auch das Geld zu einer steinharten Angelegenheit, einem scheinbar mit eigenem Bewußtsein ausgestatteten Fetisch. In der jetzigen Vorstellung wird es dabei noch härter gemacht, als es in Wirklichkeit war und ist. Dem die ersten drei Kapitel entgegenzuhalten, was theoretisch im Prinzip genügen würde, bleibt in der politischen Debatte natürlich banal. An den konkreten Kämpfen und den aktuellen Schwierigkeiten des Kapitals müssen wir aufzeigen, was denn dieses mysteriöse Geld nun ist ...

Ein solcher Artikel, wie andere zu einzelnen Momenten der kapitalistischen Re-/Produktion, hätte also die Funktion, facettenartig in die Debatte um die IWF-Kampagne einzugreifen (nach den mir bekannten Protokollen von Lutter und anderen Papieren, steht noch ziemlich in den Sternen, was sich da an "autonomer" Position entwickeln wird, und angesichts des Themas dieser Kampagne wird der von einigen angeblich angestrebte Bezug zur Entwicklung von Kämpfen hier fast unmöglich sein ...

a. Die Gleichzeitigkeit der Kämpfe Anfang der 70er war auch eine Aushöhlung des Geldes als solchem; die Kämpfe gingen über die Artikulierung der eigenen Bedürfnisse in der individualisierten Geldform hinaus - und das war die grundlegende "Krise des Geldes". In der politischen Diskussion wird der Blick meistens schon von vorneherein auf die Quantität des Geldes eingegrenzt - also: Lohnforderungen, Sozialausgaben, Schuldenkrise usw. In verschiedener Weise entzogen die Kämpfe dem Geld seine Basis als verdinglichte Macht. Denn Geld lebt von seiner Anerkennung, es kann nur insoweit als Metall oder Papier reale Macht werden, insoweit es im täglichen Verhalten als diese Macht reproduziert wird, insoweit es real wird, daß mein Zusammenhang mit der Gesellschaft zu einer dinglichen Größe zusammenschumpft, was natürlich immer nur tendenziell wahr wird (so ist denn auch die Familie grad deswegen der letzte Hort gesellschaftlicher Stabilität, weil hier die Fiktion einer nicht dinglich vermittelten Gesellschaftlichkeit aufrechterhalten werden kann). Aber jede Bewegung gegen das Kapital hat immer auch die Seite, diese dingliche Form anzugreifen, indem andere Formen der Gesellschaftlichkeit, nicht dinghafte hergestellt werden: Das gilt für Aneignung; das steckt darin, wenn die Vermehrung des Geldes die Unterordnung unter die Arbeit nicht mehr garantieren kann (der Keynesianismus baut ja in ganz besonderer Weise auf dem Funktionieren des Geldes auf - s. auch Marx Bemerkung zum Charakteristikum des Industriellen Arbeiters, bzw. der Zusammenhang zwischen Geld und Arbeitskraft, als Dimension ihrer bürgerlichen Freisetzung); das gilt auch für die Form der Sozialleistungen, die in den 70er Jahren weniger als individuelle Zahlungen, sondern als Bereitstellung eines gesellschaftlichen Umfelds entwickelt wurden (Wohnungsbau, Gesundheitswesen, kulturelle Angebote, ...). Das Verbrennen von Geldnoten, wie es Jerry Rubin spektakulär inszenierte, ging über die symbolische Bedeutung hinaus - es drückte das Verhältnis einer ganzen Bewegung zum Geld aus ...

b. Die "Verweigerung des Geldes" als solchem, und seine Wirkungslosigkeit selbst angesichts seiner Vermehrung, (schließlich auch nochmal im Scheitern

der Ölkrise offenbar geworden) in den Metropolen fällt zusammen mit den Blockaden für das Geld in den trikontinentalen Ländern:

- da wären die "entwickelteren" Länder wie z.B. in Lateinamerika, für die schon dasselbe wie unter a. gilt, und in denen, ^{Landeswirtschaft} Boden immer noch mehr als Geld zählt.

- in den 70ern wird dies zunehmend als der zentrale Schwachpunkt auch vom Kapital erkannt: der Entwicklung des Bankenwesens und dem damit möglichen innländischen Sparen wird Priorität gegeben, mit den raffiniertesten kulturellen Anknüpfungsversuchen wie z.B. im Islamic Banking. Das Geld ist eben hier auch nur die fürs Kapital offensichtlichste Seite des Klassengegensatzes, der Verweigerung sich mit ihm auszutauschen. Das ist auch begriffshistorisch wichtig: nachdem der Weltmarkt einmal konstituiert ist, gibt es so gut wie kein Geld des einfachen Austauschs mehr (mal abgesehen von ein paar muscheltauschenden Insulanern). Das heißt überall da wo Geld auftaucht ist es schon Kapital (so wie Marx es schon früher entwickelt hat) - das Geld ist also selbst da, wo es dem bohnenpflanzenden Indio gegenübertritt bereits die ganze Macht als Kapital, Geld also nur noch als Daseinsweisen verschiedener Durchgangsstadien der Reproduktion des Kapital zu begreifen.

Die Verweigerung des Geldes ist also auf dieser Stufe von Weltmarkt die Verweigerung gegen das Kapital, ist schon Klassenkampf (wenn Werlhof feinsinnige Unterschiede zwischen Einbezug in den "Geldnexus" und Lohnarbeit - worunter sie sowieso immer nur den Extremfall des lebenslang beschäftigten Hochlohnarbeiters im entwickelten Sozialstaat begreift! - macht, dann verharmlost sie damit indirekt die Dimension des Geldes als Kapital).

Diese Verweigerung des Geldes/des Kapitals ist in den 70er Jahren eklatant: an ihr zerbrechen die aus dem Ölgeld gespeisten Investitionspläne; wird die Rechnung zerstört, im Anschluß an die auswärtigen Investitionen käme es zu einer Binnenkapitalbildung.

Und damit kommen wir dann auch zu IWF etc. : Ihre globale Macht schöpfen die Schulden und deren Manager nicht aus dem Nichts sondern allein aus dem sozialen Arbeiterverhältnis; alle Programme, Planungen und internationalen Finanzströme bleiben heiße Luft, wenn das Geld als gesellschaftliche Macht nicht zuerst vom Proletariat "hergestellt" worden ist.

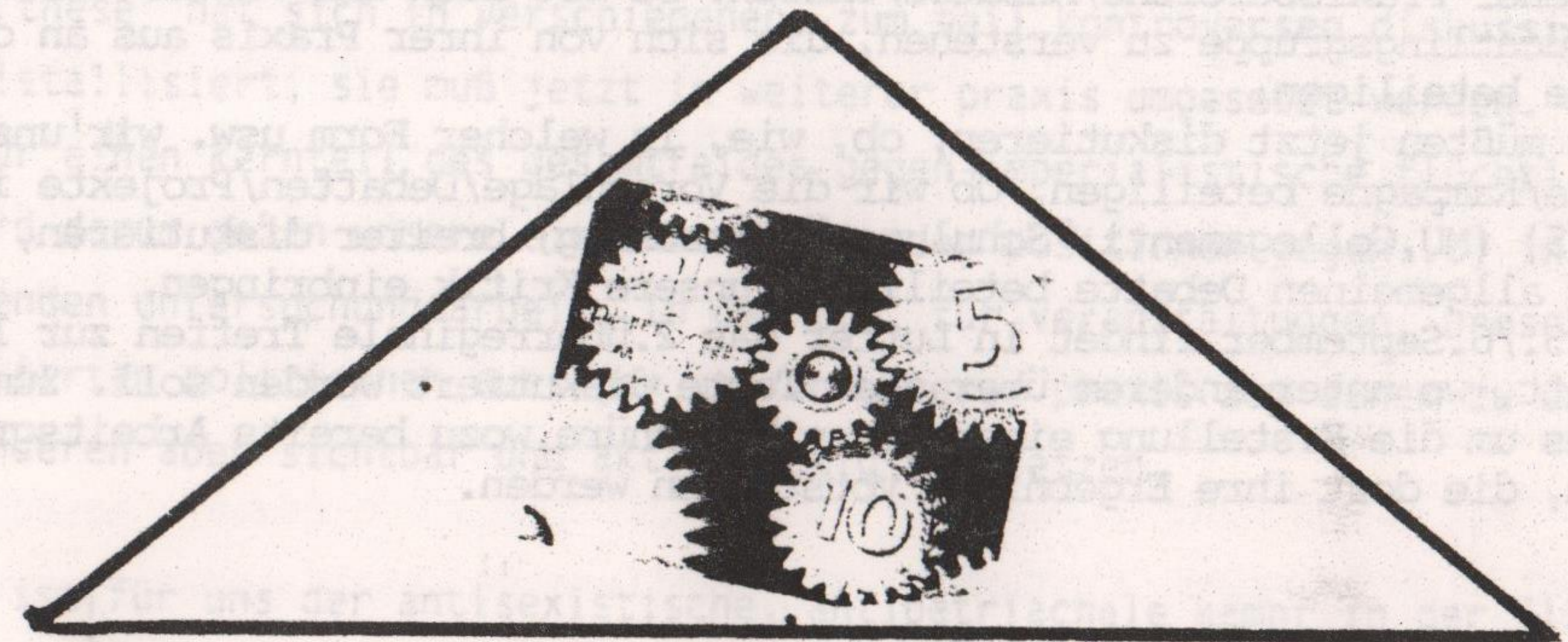
Anekdote als Einleitung:

Ein deutscher Freak auf Wüstenurlaub in Marokko. Er trifft einen Beduinenstamm, will dem Fürsten einen kunstvollen Teller abkaufen. Er bietet Geld, sehr viel Geld. Um so mehr er bietet, um so mißtrauischer wird der Beduine; nein, er will von seinem Geld nichts haben! Das Anbieten von Geld hat die Atmosphäre deutlich abgekühlt. Schließlich ist er bereit den Teller für eine bestimmte Anzahl von Mehlsäcken abzugeben. Das Angebot, ihm das Geld für dieses Mehl zu geben, lehnt er ab.

Der deutsche Freak fährt schließlich in die Stadt und kauft das Mehl. Zurück mit dem Mehl wird er nun überschwenglich empfangen und der Beduine lädt ihn ein, sein Gast zu sein ...

c. Das Geld in den heutigen Kämpfen, in der Klassenzusammensetzung: es greift immer da, wo die Individualisierung durch die Neuzusammensetzung erstmal wirksam ist. Aber verdrehen wir es nicht: So wie die Arbeit die Basis des Privateigentums und nicht umgekehrt, so beruht auch das Geld auf der Privatarbeit, aber nicht die Zersplitterung der Klasse/Kämpfe auf dem Geld. Solche "Manipulationstheorien" der eingekauften und durchs Geld verdorbenen Arbeiter fallen auf den Fetisch des Dings herein (was nicht heißt, daß es nicht auch eine Sozialpsychologie des Geldes gäbe, Geld als Machtrausch usw., aber dies entstammt nicht aus der "Seele", sondern hat eine materielle Basis.)

Die Quantitative Reduzierung des Geldes als Strafe bzw. als Versuch über die Senkung der Bedürfnisbefriedigung die Profite aufzubessern, hat also auch bestimmte Voraussetzungen: denn jedes Absenken der geldförmigen Möglichkeiten der Reproduktion trägt den Widerspruch in sich, daß sie zum Ausbrechen aus dieser Geldförmigkeit treibt - nicht nur zum realen Absenken des Lebensstandards. Das heißt die gesellschaftliche Gültigkeit des Geldes wird auch durch eine zu weit getriebene "Sparpolitik" bedroht - der Keynesianismus beruhte als prozessierende Stabilität doch gerade darauf, daß er die Bedürfnisse der Arbeiter in die Geldbahnen (=Lohn) nur dadurch einsperren konnte, daß er deren ständige Erhöhung zur absoluten Funktionsbedingung setzte - und auch wußte, daß dies auf lange Sicht nicht gut gehen kann. Seien es die Riots (und in diesem Zusammenhang hat auch ihre Charakterisierung als "Revolten gegen die Warengesellschaft" und das Geld seine Richtigkeit, s. den Comic in der Mini-Riot Broschüre!), das Nichtfunktionieren der ganzen Arbeits"beschaffung" oder die Landbesetzungen - die realen Kämpfe weisen in diese Richtung. Aber es sind erste Ansätze. Wenn heute von Schulden und Banken soviel Aufhebens gemacht werden kann - und daran strickt die Linke wider Willen noch kräftig mit - dann zeigt das erstmal, daß das Geld aktuell sehr wohl noch ein Instrument ist, daß sich die fehlende politische Initiative der Klasse auch in der zurückeroberten (d.h. also immer durch die Klasse hindurch konstituierten) Gültigkeit des Geldes ausdrückt. Aber von daher müssen wir das Geld angehen - nicht von seinen institutionalisierten Mystifizierungen aus. Was schadet dieser gesellschaftlichen Macht des Geldes schon ein geplatzter Kongreß? Dem Kapital kann es nur Recht sein, wenn für solche Institutionen als Symbole der Allmacht des Geldes/Kapitals breite Werbekampagnen durchgeführt werden - ob so oder so. Es ist doch bedrohlich zu sehen, wie gelungen die ganzen IWF-Riots, ob in Tunesien oder in Ecuador, zur Stabilisierung der nationalen Bourgeoisien (im gemeinsamen Kampf von Klasse und Staat gegen die ausländischen Eindringlinge) benutzt werden können, oder Castro zwecks Schuldenrückzahlung den kubanischen Arbeitern - ohne großen Erfolg! - einheizt. (Der politische Schluß des Artikels müßte in jedem Fall auf eine viel stärkere Problematisierung und Kritik der hiesigen Kampagne rauslaufen, in der sich zur Zeit so viele sonnen!!!)



Texte zur IWF-Kampagne

Im folgenden wollen wir 3 Texte zur IWF-Kampagne dokumentieren, die zur Zeit wohl breit diskutiert werden. Die Reihenfolge haben wir chronologisch bestimmt.

- 1) "Die antikapitalistische/antipatriarchale/antiimperialistische Debatte führen". 10-seitiges Papier (S.9 fehlt) aus süddeutschen Autonomenkreisen.
- 2) "Arbeitspapier zum Komplex Patriarchat/Sexismus in der Flüchtlingspolitik". Autonome Flüchtlingsgruppe Düsseldorf.
- 3) "Verhindern wir den Kongreß". 45-seitiges Mammutpapier von GenossInnen aus Westberlin, die seit längerem die IWF-Kampagne vorbereiten.

Zur Kampagne selbst:

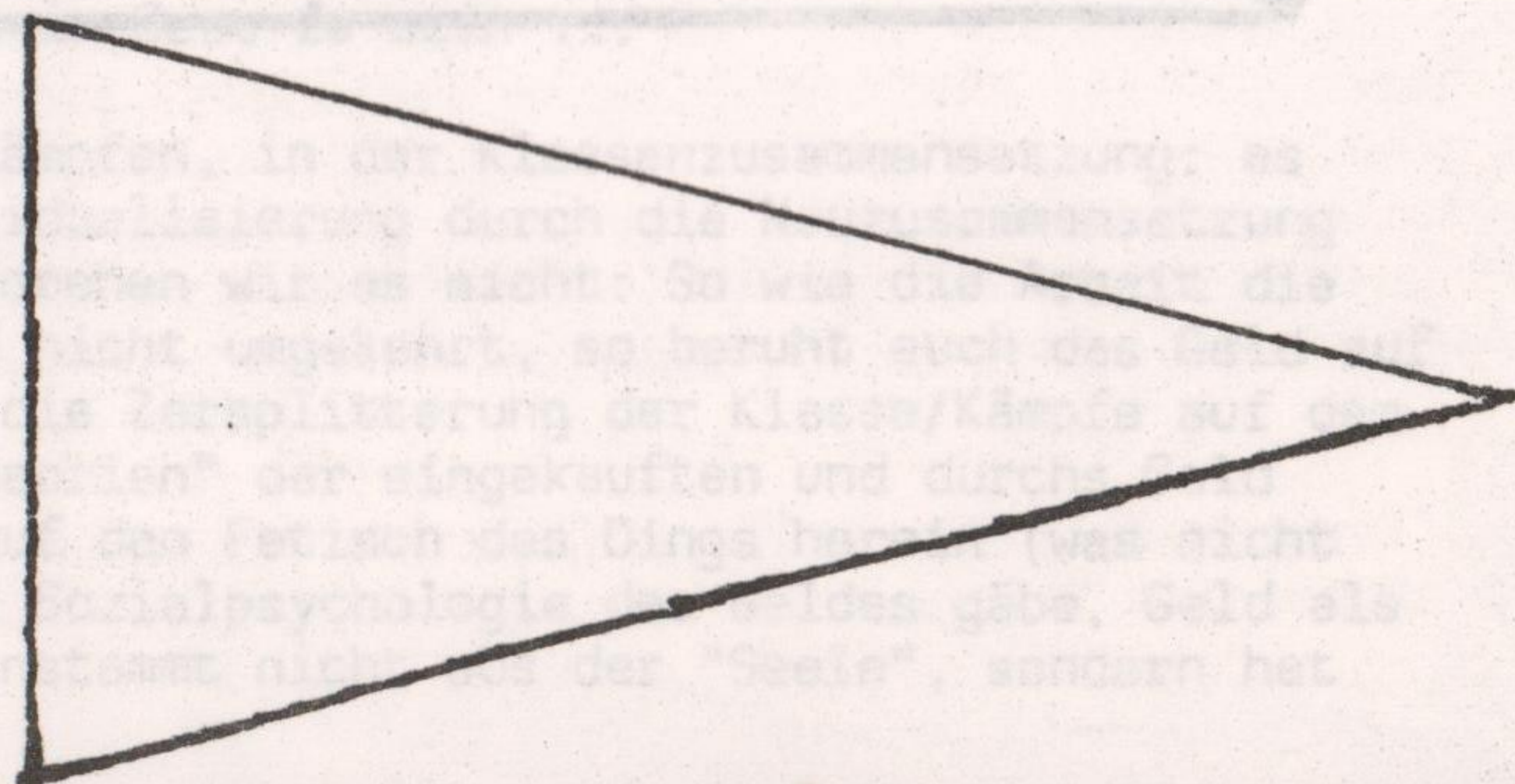
Der Vorschlag, eine Kampagne anlässlich der Jahrestagung des IWF/der Weltbank im September 1988 in Westberlin durchzuführen, beinhaltet den Anspruch, den üblichen Kreislauf von Mobilisierung zu einzelnen Ereignissen zu durchbrechen und nicht den IWF sozusagen als "zentrale imperialistische Institution" zum Gegenstand einer Kampagne zu machen, sondern die Gelegenheit zu ergreifen für eine umfassende Diskussion über internationale Klassenkämpfe, für eine breite Diskussion in der revolutionären Linken in der BRD (vielleicht auch darüberhinaus). In diesem Diskussionsrahmen (der "militanten Debatte") können und sollen dann auch die praktischen Aktionen erfolgen.

Dies zumindest der Anspruch. Ob dies gelingt, steht auf einem andern Blatt. Die andere Seite ist, daß natürlich viele aus der Szene den IWF als neues Modethema benutzen, mit dem üblichen Aktionismus, der dann vom nächsten Thema abgelöst wird (siehe Weltwirtschaftsgipfel). Ein anderes Problem sehen wir in der Mythosierung der Institution IWF, die letztendlich als mächtiger dargestellt wird, als sie real ist. Außerdem kann Internationalismus nicht heißen, sich nur mit "fremden Ländern" der 3 Kontinente zu beschäftigen und die Klassenrealität/die Kämpfe in der Metropole, unsere Diskussionen und Interventionsversuche auszublenden. Vielleicht ist dies auch einer der Knackpunkt, ob uns diese Kampagne weiterbringen wird oder ob sie sich eher als kontraproduktiv erweist. Dies ist bisher noch offen.

Gegen die Inflation von "IWF-Gruppen" wäre es wichtig klarzumachen, daß es nicht um ein neues Spezialthema geht, sondern eher um das Konfrontieren verschiedener Praxisbereiche/Ansätze/Thesen. So ist auch das Papier der Düsseldorfer Flüchtlingsgruppe zu verstehen, die sich von ihrer Praxis aus an der IWF-Debatte beteiligen.

Wir müßten jetzt diskutieren, ob, wie, in welcher Form usw. wir uns an dieser Debatte/Kampagne beteiligen. Ob wir die Vorschläge/Debatten/Projekte im letzten Info(15) (MU, Collegamenti, "Schulungs"-Vorschlag) breiter diskutieren, uns damit an der allgemeinen Debatte beteiligen, unsere Kritik einbringen.

Am 5./6. September findet in Lutter das 2. überregionale Treffen zur IWF-Kampagne statt, wo unter anderem über diese Texte diskutiert werden soll. Zum andern geht es um die Erstellung einer neuen Broschüre, wozu bereits Arbeitsgruppen bestehen, die dort ihre Ergebnisse vorstellen werden.



ARBEITSPAPIER ZUM KOMPLEX PATRIARCHAT/SEXISMUS IN DER FLÜCHTLINGSPOLITIK

"frauenhandel existiert, weil tausende und abertausende von männern wollen, daß er existiert, und bereit sind, für seinen fortbestand zu bezahlen, um die aufmerksamkeit der anderen frauen, die keine "weißen sklavinnen" sind, abzulenken, sind diese männer nur allzu bereit, ein paar von den sklavenhändlern zu sündenböcken abzustempeln, doch stets verlassen sie sich darauf, daß es genug händler gibt, um das angebot an weiblichen sklavinnen aufrechtzuerhalten. Durch gewalt, hinterlist oder hunger werden genügend frauen, so glauben sie, in die sklaverei des lasters getrieben." (aus: Barry, Kathleen; Sexuelle versklavung von frauen; sub rosa 1983)

entscheidender bestandteil einer politisch/praktischen offensive in der flüchtlingsfrage als bestandteil autonomer-linksradikaler politik nimmt der gesamt-komplex - frauenflüchtlinge, weltmarktbordelle, frauenhandel, heiratsmarkt, sextourismus, zwangsprostitution, sexismus, patriarchat - ein.

in unserer diskussion beziehen wir uns auf eine kernthese der "politischen positionen gegen imperialistische flüchtlingspolitik", nämlich:

"DAS IMPERIALISTISCHE KLASSENVERHÄLTNIß UND DAS GEWALTVERHÄLTNIß VON MÄNNERN ZU FRAUEN SIND DIE BEIDEN EBENEN; DIE DIE KONFRONTATIONSLINIEN SOZIALREVOLUTIONÄRER POLITIK MARKIEREN."

diese these hat sich in verschiedenen, zum teil kontroversen diskussionen herauskristallisiert, sie muß jetzt in weiterer praxis umgesetzt werden. wir halte sie für einen kernteil des gesamtfeldes gegen imperialistische flüchtlingspolitik es wird darum gehen unsere einschätzung (in den positionen gegen...) in der zu leistenden untersuchungsarbeit, in den z.b. für veranstaltungen, broschüre usw. formulierten politischen aussagen und in unserer praxis zum einem zu untermauern zum anderen aber sichtbar und aktionsmäßig umzusetzen.

warum ist für uns der antisexistische, antipatriarchale kampf in der flüchtlingsfrage von solch hoher bedeutung, und das bei einer hauptsächlich von männern getragenen gruppe?

in den positionen und der politischen praxis autonomer und linksradikaler politik ist die von uns benannte gleichgewichtige konfrontationslinie zwischen dem gewaltverhältnis von männern zu frauen und dem imperialistischen klassenverhältnis ein fast blinder fleck - blinder fleck für einen teil der linken, dem männlichen

blinder fleck weil allzuoft linke männer ihre politik über mackrige ignoranz bestimmen. der widerstand gegen humangenetik, gentechnologie und bevölkerungspolitik z.b. wird als "typisches frauenthema" begriffen, rollen festgelegt. klar für uns männer in der gruppe ist, es gibt keinen heroischen, geschlechtsneutralen typen. wenn männer sagen sie wollen gegen männergewalt kämpfen, muß das klar und unmißverständlich heißen, daß mann seine eigene person voll einbeziehen muß. es geht darum seine eigene gewaltförmigkeit als mann anzugreifen, und dies permanent und kontinuierlich. als männer müssen wir einen prozeß in die wege leiten der einerseits die eigene männergewalt bekämpft, andererseits dazuführt die gesellschaftlichen Strukturen von Sexismus und Patriachat anzugreifen. dies heißt nicht, daß sich der antagonismus zwischen frauen und männern einfachso auflösen läßt. und doch ist für eine tiefgreifende weiterentwicklung sozialrevolutionärer prozesse notwendig, das männer gegen männergewalt ein antagonistisches verhältnis entwickeln.

für uns als männer heißt das nicht, das wir uns den themen autonomer frauenpolitik bemächtigen wollen, vielmehr geht es darum, die ebene moralischer empörung oder privater diskussion aufzubrechen und zu kollektivem handeln zu kommen.

als mann heißt das schließlich andere männer angreifen, ein typisches männerthema - patriachat/sexismus als gesellschaftlicher faktor- zum männerthema machen. uns ist es wichtig punkte anzugehen, wo für frauen und männer gemeinsame antipatriachale politik möglich und notwendig ist - dies ist beim frauenkomplex in der flüchtlingsfrage sicherlich auch noch längst nicht ausgemacht, ist aber ein komplex in dem männer ein verhältnis zu beiden konfrontationslinien sozialrevolutionärer politik bekommen können.

die intensive auseinandersetzung mit dem frauenkomplex in der flüchtlingsfrage heißt für uns, einen beitrag zu leisten innerhalb der radikalen linken, eine auseinandersetzung zu beginnen um den stellenwert und die notwendigkeit antisexistischer, antipatriachaler politik. antipatriachale praxis in der autonomen zu verankern, bedeutet für uns als gemischte gruppe, heißt für die männer in der gruppe, sichtbare und orientierende kämpfe gegen sexismus und patriachat führen.

folgende fragestellungen halten wir für grundlegend, hier muß untersuchungsarbeit bzw. politische klarheit geschaffen werden:

1) wie wirkt männergewalt, welche rolle spielt sie im gesamtgesellschaftlichen

komplex. wie stellt sich männergewalt als strukturelle gewalt dar. was heißt für uns patriachat.

2) Inwieweit ist sexuelle versklavung und ausbeutung grundlage und element imperialistischer herrschaftsabsicherung, wie verbinden sich imperialismus patriachat als herrschaftsformen gegen die klasse.

stichworte sind: frauen als kolonie, frauen als rohstoff, als ware und das ökonomische interesse des imperialismus an der "ware frau".

3) wo verbinden sich die konfrontationslinien patriachat und imperialismus, wo müssen sie eigenständig untersucht werden und welche politische praxis läßt sich entwickeln um die grundthese von zwei konfrontationslinien umzusetzen

4) was bedeutet die ausweitung sexistischer männergewalt der "weißen herren" auf die 3. welt - funktion und hintergrund.

5) welche funktion haben die frauen als manövrier- und vernutzungspotential in imperialistischen gesamt-komplex.

6) wie mit frauen und positionen umgehen für die prostitution und heiratsmarkt derzeit einzige möglichkeit für überleben und einkommen ist.

Folgenden inhaltlichen verknüpfungspunkte müssen in eine politisch/praktische debatte - kampagne zu frauen und flucht, frauen und patriachat einfließen:

- frauen auf der flucht befinden sich meist mehrfach auf der flucht (flucht vor dem hunger, flucht vor sexistischer gewalt, flucht vor dem eigenen mann)

- trikontinentale frauen als reproduktionsgut ihrer männer

- ökonomische ausplünderung von ausländischen frauen in ungeschützten arbeitsverhältnissen oder illegaler arbeit

- nichtanerkennung von frauenspezifischen fluchtgründen

- rechtliche situation der flüchtlingsfrauen hier

- daß und ähnliches als macht- und kontrollfaktor der männer und des kapitals

- bevölkerungspolitische maßnahmen gegen ausländische frauen in der brd

- sexismus in der ausländerverwaltung

- ökonomie der prostitution

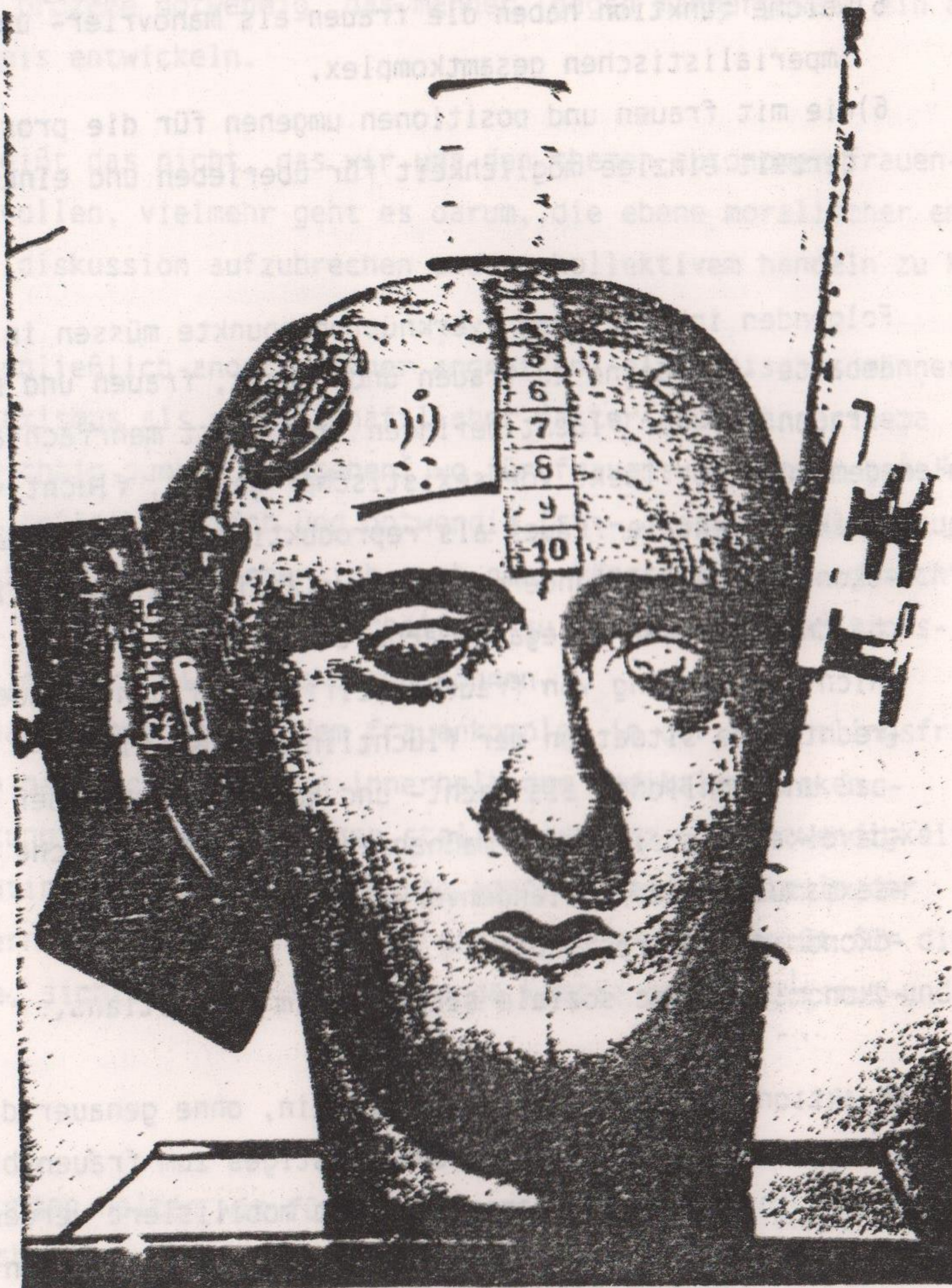
- ökonomische und soziale situation im heimatland (beispiel)

An aktionsmöglichkeiten fällt uns ein, ohne genauer diskutiert zu haben (einmal und kontinuierliche): Demo und sonstiges zum frauenabschiebeknast MH/R-aktion zu der innerhalb der kampagne breit mobilisiert werden kann und gesamthinhalte transportiert werden können /// Aktionen zum abflug von bumsbomben-doppelte funktion des ortes flughafen /// angriff von büros etc. die im frauenhandel, sextourismus engagiert sind /// plakatkampagne gegen sexshops /// reisebüros und einschlägige zeitschriften angreifen /// aktionen gegen ausländer die ihre frauen sexuell ver

kampagne zur finanziellen unterstützung von flüchtlingsfrauen in frauenhäusern///tourismuskonzerne angreifen///zwangsuntersuchung von frauen bekämpfen///Adler-Südkorea///Konzerne aufmischen die ursächlich oder mittelbar an mobilisierung und vertreibung beteiligt sind oder davon profitieren.....

für die kampagne selbst halten wir eine grundlegende auseinandersetzung in allen gruppen für unumgänglich, hier wird besonders deutlich das es keine stellvertretende auseinandersetzung von einer gruppe für alle geben darf.

autonome flüchtlingsgruppe düsseldorf 12.juli 87



DIE ANTIKAPITALISTISCHE/ANTIPATRIARCHALE/ANTIIMPERIALISTISCHE DEBATTE FÜHREN !

ÜBERLEGUNGEN ZUR IWF-KAMPAGNE

o) VORBEMERKUNG

Die Idee einer längerfristigen Kampagne zur IWF-Tagung 1988 in Westberlin finden wir gut.

Sie kann eine ganze Reihe von Diskussionen aufgreifen, die in der letzten Zeit in der BRD am laufen sind. Zumindest für uns hat sie das bereits getan.

1) DIE AUSGANGSSITUATION

Wir sind seit längerem konfrontiert mit einer (qualitativ neuen ?) unter gigantischen Anstrengungen und auf Kosten von millionenfachen Menschenleben durchgeführten Umstrukturierung der kapitalistischen Organisation in allen gesellschaftlichen Bereichen. Und das im Weltmaßstab.

Zur Lösung seiner Kapitalverwertungskrisen, zur generellen Sicherung von Kapitalakkumulation und imperialistischen Zugriff auf Rohstoffe, Absatzmärkte und Produktionsgebiete in den Ländern der Peripherie, und zur Maximierung seiner Profite - betreibt das kapitalistische System in Form der westlichen Industriemetropolen auf der ökonomischen Ebene eine Neuorganisation seiner Produktionsstrukturen in der Metropole und in der Peripherie ("Neue Klassenzusammensetzung", "Neue Produktionsformen", "Neue Technologien", "Schuldenkrise", sollen vorerst als Stichpunkte genügen).

Diese ökonomische Umstrukturierung hat die Notwendigkeit einer gesellschaftspolitischen Veränderung des "HERRschaftsapparats" zur Folge. Er hat die Aufgabe, die Umstrukturierung abzusichern: Die in der Gesellschaft neu entstandenen/neu entstehenden Widersprüche sollen durch neue Formen und Methoden der sozialen Kontrolle und HERRschaftssicherung real bzw. präventiv in den Griff gebracht werden.

Zudem macht eine "systemimmanente Logik" eine neue gesellschaftliche Realität erforderlich, bzw. führt zu dieser. So erfordern "hochsensible Bereiche" im High-Tech-Sektor eine "totale" Kontrolle und "Sicherheit", z.B. in AKW's.

In diesem Zusammenhang - unter anderen - sehen wir auch das vorläufige Scheitern der sozialdemokratischen HERRschaftsvariante - nicht nur in der BRD.

Zwischenbemerkung: Die komprimierte Form der Darstellung (es wird an anderer Stelle dazu noch viel zu sagen sein) läßt das Beschriebene mechanistisch-schematisch erscheinen: Wir gehen nicht von einer personifizierbaren Planungsstelle aus, die scheinbar "geschlossenes Gesamtsystem" konstruiert und in die Tat umsetzt. Die scheinbare Geschlossenheit an der Oberfläche entspricht nicht der Wirklichkeit. Es geht um Strukturen. Das Herausfinden der Widersprüchlichkeiten im kapitalistischen Prozeß eröffnet die Bedingungen und Ansätze für unseren Kampf. Als Einstieg geht es uns jedoch um einen groben Überblick. Um Thesen, wo wir denken, daß genauere und koordinierte Untersuchungen und gemeinsame Einschätzungen notwendig sind.

Reaktionär-ideologische Mobilisierung - sozialpolitische Maßnahmen, ein neuer Begriff von 'Leistungsfähigkeit', von 'normal/gesund'-'krank', Familien- und Bevölkerungspolitik, Sexismus, Rassismus... - heißt die Devise der HERRschenden. Um eine 2/3 Gesellschaft und die tendenzielle Zunahme von Marginalisierung aufrecht erhalten zu können, soll das Prinzip 'Teile und HERRsche' weiter forciert werden:

Atomisierung, Isolation, Verhinderung von echter Kommunikation und Vermittlung und darüber das Entstehen von Kollektivität.

Das marginalisierte Drittel darf in der Metropolenwirklichkeit nicht als solches relevant sichtbar werden. Seine Existenz wird abgestritten, verschwiegen oder zumindest auf ein 'erträgliches' Maß reduziert, um die herrschende Scheinwirklichkeit nicht zu stören/gefährden.

Die Möglichkeit zu einer offen militärischen 'Lösung' wird organisiert: in der Metropole findet das seinen Ausdruck in einer Tendenz zur 'Metropolentotalität'.

Durch Verdattung, Erfassung und Überwachung, durch (präventive) Aufstandsbekämpfung, 'innere Sicherheit', durch die Besetzung aller sozialen Räume...

Das schafft gleichzeitig die Voraussetzungen, militärische Interventionen in den Ländern der Peripherie durchsetzen zu können.

Wir haben das kurz skizziert, um unseren Begriff von Repression zu vermitteln. Repression setzt sich für uns immer aus mehreren Faktoren zusammen: sie ist konkret und präventiv, Intervention in der Metropole und Absicherung von Intervention in der Peripherie.

Es gibt somit keine direkte Linie zwischen Widerstand und Repression.
D.h.: Repression kann per se nicht als Gradmesser für die Stärke des Widerstands herangezogen werden.

Wir stehen einer realen Verschlechterung unserer Bedingungen gegenüber: Kriminalisierung und Verschärfung der Situation durch die neuen Gesetze, der Versuch, jeglichen Protest und Widerstand gesellschaftlich zu isolieren, der real oder potentiell gesellschaftliche Widersprüche vertiefen könnte. Diskussion und Vermittlung zu kriminalisieren/zu unterbinden, Organisationsansätze zu zerschlagen.

Gleichzeitig fehlen uns Begriffe und Vorstellungen, die dazu in der Lage wären, kapitalistische Metropolenwirklichkeit mit ihrer Tendenz zur Totalität, ihrer konterrevolutionären Fähigkeit, gesellschaftliche Antagonismen bereits im Vorfeld zu entschärfen, unter Kontrolle zu bekommen bzw. für sich zu nutzen, - adäquat zu beschreiben und konkrete Orte und Momente revolutionärer Gegenmacht zu benennen, eingeschlossen die Wege und Strategien dorthin.

Aus unseren Analysen der 'objektiven Situation' heraus sind kaum Ansätze zu gewinnen, die die Entwicklung einer authentischen revolutionären Metropolenstrategie eröffnen könnten.

Vor diesem Hintergrund sehen wir die politische Notwendigkeit, Antworten auf die gesellschaftliche Situation zu finden.

D.h.: als nächsten Schritt Entwicklungen und Prozesse einzuleiten, die den Erfordernissen einer inhaltlichen Bestimmung - Analyse, 'grundsätzliche Debatte', soziale Verankerung und Ausweitung, neuartige Organisation der revolutionären Kräfte - gerecht werden. Wir halten das für richtig, weil es aufgrund der Entwicklungen des Widerstands, vor allem auch in den 'Teilbereichsbewegungen', möglich ist.

2) WOVON WIR AUSGEHEN - SUBJEKTIV, IN DER AUTONOMEN LINKEN, IN DEN TEILBEREICHEN

Unsere Geschichte als "Autonome" (Stichworte: "Hoppelpolitik" - begrenzte Kontinuität und Ernsthaftigkeit - mangelnde organisatorische Zusammenhänge - Ghetto und Bezugslosigkeit zu gesellschaftlichen Prozessen - "Bauchpolitik") hat die sich allmählich entwickelnden Bedürfnisse, aber auch objektiven Anforderungen durch sich verändernde Bedingungen, nicht (mehr) erfüllen können.

Kollektiver Aneignung von Wissen und Fähigkeiten, Geschichte selber in die Hand nehmen - diese Bedürfnisse machten mehr und mehr Überlegungen notwendig an einer Politik und an einer nächsten Perspektive auch jenseits unseres Bezugs zu unserer autonomen Geschichte und zu "den Autonomen".

"Wir", "die Autonomen", sind als Bewegung allen daraus resultierenden Ableitungen unterworfen, wie (tendentiell): ständige Fluktuation, Geschichtslosigkeit, inhaltlich/politisch/strategisch/praktisch diffus bzw. unreflektiert nebeneinander stehende Ansätze - als Ganzes ohne Aussicht, z.B. die Frage nach dem "revolutionären Subjekt" (außer uns selbst) oder dem Verhältnis zur "Klasse" zu thematisieren.

Die "Konjunkturabhängigkeit" der Kämpfe und Bewegungen verhindert Kontinuität, und damit eine wichtige Voraussetzung für Aneignung und Bewußtsein von Geschichte, die dazu in der Lage wäre, Wissen und Erfahrungen, Lernprozesse und insofern revolutionäre Identität zu vermitteln und massenhaft zugänglich zu machen.

Die ungeheure Diskrepanz zwischen täglich erlebter Metropolenwirklichkeit mit ihrer ganzen Dimension von Vereinzelung, Entfremdung, sozialpsychischer Verelendung und kapitalistischer Durchdringung jedes Lebensbereichs auf der einen Seite und der Vorstellung eines "anderen Lebens", dem Kampf für die Veränderung auf der anderen Seite - führt auf Dauer für jede/n zur Zerreißprobe: transportiert Widerstand immer mehr "Frust" und "Niederlage" und verkommen unsere politischen Begriffe, die unsere Utopie und ihre Ziele antizipieren (im Kern bereits in sich tragend und vermittelnd - vorwegnehmend beinhaltend) müßten, indem sie die konkrete Erfahrung von Befreiung hier real verkörpern, zu leeren Phrasen verkommen, weil sie real-materiell eben nichts mehr vermitteln - dann greifen Repression, Resignation und der individuelle Rückzug in die Illusion von "Nischen".

Das Ergebnis ist das Kommen und Gehen von Bewegungen, das Auf und Ab von Mobilisierungen, das spontane Aufbäumen, wenn Wut nicht mehr besänftigt werden kann, der kurze revolutionäre Enthusiasmus bei Projekten, an denen sich gesellschaftliche Widersprüche rasant kristallisieren. Das gilt auch/oder gerade für "die Autonomen": die politisch aktive Zeit eines/r "Durchschnittsautonome/n" bleibt auf wenige Jahre beschränkt. Danach folgt der Ausstieg aus der Szene/die individuelle Alternativen oder auch die nur individuelle Radikalisierung.

Erfahrung und Wissen müssen sich immer wieder neu angeeignet werden, ein kollektiv-gesellschaftlicher Lernprozess ist die Ausnahme. Eine Bewegung, in der sich "die Alten" Zug um Zug zurückziehen - somit "die Jungen" mehr oder weniger die Fehler "der Alten" wiederholen - wodurch dann noch mehr "Alte" sich verabschieden, weil sie in der Wiederholung gemachter Fehler keine eigene Perspektive erkennen können - eine solche Bewegung besitzt keine Kontinuität und kann deshalb revolutionäre Identität sich immer nur sporadisch erkämpfen.

Wir sind deshalb der Überzeugung, daß die notwendige Weiterentwicklung z.B. der Begriffe und Praxis von Militanz, Organisation, Vermittlung, gesellschaftlich greifbare revolutionäre Kraft - nicht mehr nur/hauptsächlich innerhalb der "Autonomen" leistbar ist.

Wir denken, daß "die Autonomen" in ihrer Gesamtheit zwar TrägerInnen linksradikaler Inhalte in Teilbereichsbewegungen sein können und sind - insofern zur beschleunigten Kristallisierung und Verschärfung gesellschaftlicher Widersprüche in Teilbereichen und an Projekten (z.B. WAA) beitragen, jedoch auf Grund ihrer Entstehungsgeschichte, objektiven Zusammensetzung, Charakteristika und Strukturen und ihrer subjektiven Bedingungen nicht zur revolutionären Organisation in der Lage sein können.

Teilbereichsbewegungen haben sich in ihren Inhalten und Aktionsformen radikalisiert (z.B. Anti-AKW/WAA-Bewegung). Unterschiedliche Aktionsformen können sich in einem inhaltlich gemeinsam bestimmten Prozess als Vielfalt produktiv ergänzen (das wissen die Sozialtechniker und Typen wie Schily, deren Aufgabe die Spaltung und soziale Integration ist). Teilbereiche erkennen Berührungspunkte, gemeinsame Interessen, gemeinsame Betroffenheit (z.B. durch Kriminalisierung) und können über die Erkenntnis ihres Zusammenhangs gemeinsame Vorstellungen und Ziele - auch praktisch - entwickeln.

Das ist eine der Bedingungen, damit die Möglichkeit des "Umschlags" von politischem Bewußtsein und Erkenntnis in materielle gesellschaftliche Verhältnisse näherrückt. D.h. nicht nur politisch zu intervenieren, sondern gesellschaftliche Verhältnisse real bestimmen zu können - zur Gegenmacht zu werden.

"Autonome Politik" in den Teilbereichen ist oft bloße Intervention, "Feuerwehrpolitik"... Sie ist weitgehend von einer diffusen Vorstellung von "Inhalte reintragen/radikalisieren" bestimmt.

Auch bei objektiv richtiger Analyse der Projekte oder Maßnahmen der HERRschenden, an denen "Bewegung" entstand und stattfand, sind wir in der Regel an Grenzen gestoßen. An unsere eigenen subjektiven Grenzen (z.B. mangelnde Erfahrung) oder an objektive Grenzen der Teilbereiche (z.B. die sie tragenden Kräfte). Wir/Autonome haben uns dann, oft ruckartig und massenhaft, rausgezogen, das Feld den reformistischen oder grad neu entstehenden Kräften "überlassen", und uns - unreflektiert - auf den nächsten "Teilbereich" gestürzt. Dorthin, wo grad was angesagt war.

Unter anderem entstand dabei eine Form von statischem Denken, das fast nur noch in Teilbereichs-Kategorien wahrnehmen und agieren könnte. In mehrfacher Hinsicht:

"Teilbereiche sind alles" - also von einem TB in den nächsten... "Alles ist Teilbereich" z.B. antipatriachaler Kampf = (für Typen) "Frauteilbereich", neue Armut/Betriebe/Sozialamt = "sozialteilbereich" oder auch das Verhältnis zu Knast...

Zudem ging oft die Vorstellung von den Zusammenhängen verloren. Für eine andere Fraktion der autonomen Linken war - aus dieser Erkenntnis raus und aufgrund ihres spezifischen ökonomischen (ökonomistischen) Ansatzes - die Reaktion: Rückzug/Ignorieren/Nichtverhalten/De-nunziation gesamter Teilbereiche da, wo sie nicht astrein "Klassenkampf" waren. Auch dies Verengung halten wir für falsch (dazu später noch mehr).

Wir begreifen uns als einen Teil der Entwicklung innerhalb der Autonomen, der zunehmend an Grenzen stößt, nach Neuorientierung sucht und sich immer mehr neue/alte Fragen stellt. Da Ghetto zu verlassen heißt auch Brüche zu vollziehen.

Wir sehen die antikapitalistische Woche, die Libertären Tage, die anlaufende Militanzdebatte, Neuorientierung und Grundsatzdiskussionen in den Städten, die Versuche aus dem Ghetto rauszukommen, die Versuche und Bestrebungen, Teilbereichskämpfe neu zu bestimmen/auf eine qualitativ neue Stufe zu heben (z.B. KWU/Siemens-Kampagne), als reale Basis an für die Einleitung von neuen Entwicklungen und Prozessen.

3) DEN SPRUNG VON DER SPONTANEN BEWEGUNG ZUR ORGANISIERTEN REVOLUTIONÄREN KRAFT EINLEITEN

Ausgangspunkt waren Diskussionen zu der vermuteten neuen Welle von Repression und Kriminalisierung um die Erweiterung der §§en 129a, 130 rum. Wir schätzten sie als Reaktion auf den - diffus - "weiterentwickelten Widerstand" ein und präventiv gegen soziale und politische Widersprüche im Zusammenhang mit der - ebenso diffus analysierten - "Umstrukturierung" der ökonomischen, militärischen, sozial- und gesellschaftspolitischen Situation in den Metropolen ein (siehe oben).

Wir wollten der insgesamt neuen Situation - gerade auch der verschärften Repressionslage = auf der einen Seite nicht mit oberflächlichen Einschätzungen "achselseukend" ausweichen, und auf der anderen Seite keine bloß eng an die (neue) Repression angelehnte Diskussionen, Überlegungen und Schritte. Wir wollten offensiv damit umgehen. Da dran einen Schritt einleiten, der sich auf die Erfahrungen und Geschichte der letzten Jahre, bei uns, in der revolutionären/autonomen Linken und in den "teilerfahrenen" ebenso bezog, wie auf die sich verändernde Situation.

Das ging es uns um eine grundsätzliche Aufarbeitung unserer positiven Ziele und konkreten Utopien. Das alles nicht losgelöst, im luftleeren Raum, sondern an konkreten Projekten und Kampagnen. Ein Bild formte sich - das Bild einer ersten "Kampagne"... Ziel ist, neben dem politischen Angriff, den so eine Kampagne zweifellos darstellen würde, Kontakt, Austausch, Diskussion und "Vernetzung" des außerparlamentarischen Protest und Widerstands in der BRD. Mit der Kampagne soll eine materielle Bedingung geschaffen werden, um anzufangen, die anstehenden Fragen zu stellen, zu diskutieren und - wo möglich - zu klären. Das Ziel erweiterte sich mit jeder Diskussion:

ENTWICKLUNG VON VORSTELLUNGEN UND LINIEN EINER RELEVANTEN REVOLUTIONÄREN STRATEGIE IN DEN METROPOLN!

Auf die Situation jetzt bezogen, heißt das für uns erst einmal: **INHALTE ZUSAMMENFÜHREN, EINSCHÄTZUNGEN UND ANALYSEN MITEINANDER KONFRONTIEREN UND DARÜBER DIE (WEITER-)ENTWICKLUNG EINES TENDENZIELL VEREINHEITLICHEN ANTIIMPERIALISTISCHEN UND SOZIALREVOLUTIONÄREN ANSATZES!**

Wir denken, daß keiner der in den Metropolen vertretenen, kämpfenden politischen Ansätze über die umfassende, stimmige Analyse und davon hergeleitet die "richtige" (im umfassenden Sinne) Strategie verfügt. Für uns stellt sich das so dar, daß in den verschiedenen Bereichen/Sektoren Untersuchungsarbeit geleistet werden muß, Einschätzungen abgeleitet und ausgetauscht, und dann aus dem Bewußtsein eines Zusammenhangs heraus politisch militant orientiert werden muß.

Gemeinsam ist zur Zeit allen Ansätzen auf jeden Fall, daß sie für sich allein genommen nicht anspruchsvoll sein können, eine überzeugende revolutionäre - praktisch sich bestätigende - Strategie/Perspektive entwickelt zu haben. Metropolenwirklichkeit ist komplexer als in ein paar Seiten beschrieben werden kann.

Die Position, wie im Maipapier von 1982 vertreten (beispielhaft für viele Positionen) halten wir für einen abenteuerlichen Voluntarismus; dort heißt es: "es ist jetzt nicht mehr der Punkt, die inneren Veränderungen hier im einzelnen zu analysieren, denn die Haltung und die Lebenspraxis derjenigen, die seitdem kämpfen, hat die veränderte Situation schon in sich und geht ganz einfach von ihr aus."

Wir wollen dem eine Passage aus einem Papier von Westberliner GenossenInnen von 1985 gegenüberstellen: "es geht darum, die Machtverhältnisse aufzudecken. Wer hat hier konkret die Macht, und wer hat die Macht, hier konkret was zu verändern? Das ist keine WILLENSFRAGE, sondern eine KLASSENFRAGE! Das ist nicht in erster Linie eine Frage subjektiver Radikalität, sondern objektiver Verhältnisse. Der eigene Wille und die eigene Radikalität sind grundlegender Antrieb im revolutionären Prozeß. Sie setzen die aus dem Erkennen der objektiven Bedingungen notwendige Strategie in die Praxis um. Sie sind nicht die Politik selbst." - muß also zunächst um das Erkennen der objektiven Bedingungen gehen.

Wir halten es für entscheidend, die verschiedenen vorhandenen Ansätze und Analysen (diverse autonome und antiimperialistische Positionen, Wildcat, Autonomie, marxistische...) nicht einfach gegeneinander zu diskutieren bzw. den einen oder anderen vorschnell zur Grundlage unserer theoretischen Diskussionen zu machen. Vielmehr wollen wir sie "miteinander" diskutieren, d.h. offene Fragen, überzeugende Antworten, Lücken zusammentragen; die Momente der Metropolenwirklichkeit aufspüren und sie zu benennen, die nirgends vollständig beantwortet werden bzw. konkretisiert werden können.

Das ergeben sich neue Fragen und theoretische wie praktische Notwendigkeiten. Was meinen wir auch mit:

ANTIKAPITALISTISCHE/ANTIPATRIARCHALE/ANTIIMPERIALISTISCHE DEBATTE FORCIEREN!

MILITANTE DEBATTE AUF DEM GESELLSCHAFTLICHEN TERRAIN ORGANISIEREN!

MAUERN DES GETTOS DURCHBRECHEN/SOZIALE GEGENMACHT AUFBAUEN!

sofern kann ansatzweise, in der Situation jetzt, etwas wie "Einheit der revolutionären Kräfte" materiell werden und nicht als bloßes Nebeneinander von Ansätzen und Aktivitäten.

so! **UM DIE MATERIELLEN GRUNDLAGEN SCHAFFEN, UM WISSEN, ERFahrungen UND GESCHICHTE UNS ALLEN GEGENMÜSSLICH ZU MACHEN. WEIL NUR SO GEMEINSAM ADÄQUATE ANTWORTEN AUF DIE GESELLSCHAFTLICHE SITUATION GEGEBEN WERDEN KÖNNEN!**

Aber auch deshalb, weil das Fehlen von gemeinsamen Theorie- und Strategiebildungsprozessen - z.B. bei den Autonomen verheerende Folgen haben kann und z.T. schon hat.

Die jüngsten Entwicklungen zeigen das: Nach Tschernobyl haben sich viele neue Leute eingeklinkt, Massenmilitanz und v.a. Kleingruppenmilitanz hat enorm zugenommen. Das ist allerdings eine durchaus widersprüchliche Entwicklung: die teilweise Auswahl der Ziele, die Durchführung und oft das Fehlen von Vermittlung sind für uns ein Zeichen von mangelnder Eingebundenheit in gemeinsame, 'organische' Prozesse. Genau da können die neuen Gesetze, und staatliche Repression überhaupt, greifen.

Es geht also auch darum,

UNSERE GESCHICHTE UND VORSTELLUNGEN VON REVOLUTIONÄRE, POLITISCHER MILITANZ - UND UNSERER VERMITTLUNG, AGITATION UND PROPAGANDA "AUF DIE FÜSSE ZU STELLEN!" und in dem Zusammenhang um

EIN NEUES VERHÄLTNISS VON THEORIE UND PRAXIS

Daß Theorie zu einem notwendigen Übel verkommt, ist weit verbreitet. Will man/frau politisch aktiv sein, muß das eben in Kauf genommen werden. So entsteht ein funktionales Verhältnis zu theoretischer Arbeit, die widerwillig geleistet wird, um die nötige Legitimation und Erklärung für sein praktisches Handeln zu erhalten. Theorie als Sammelsurium von Instrumentarien, die je nach Bedarf verwendet werden, als Klamottenkiste, aus der geschöpft wird. Nur irgendwann ist auch diese leer...

Wir haben oft erlebt, daß unsere Sprüche hohl sind, unsere Parolen zu Phrasen verkommen, zu einem Mythos, der kaum noch Lebendigkeit, Kraft und reale Hoffnung zu transportieren vermag; und unsere Analysen der Wirklichkeit kaum noch gerecht werden, die Realität nicht mehr erfassen können - geschweige denn, politische Strategie eröffnen würden.

Eine reine Wissensaneignung von Fakten und Zahlen würde einem Auffüllen der erwähnten Klamottenkiste gleichkommen: das beschriebene Dilemma wäre so jedenfalls nicht gelöst. Vielmehr muß das vorherrschende, gestörte, weil funktionale Verhältnis zu Theorie in seiner Gesamtheit geknackt werden. In diesem Zusammenhang steht auch die ebenfalls weitverbreitete Sprachlosigkeit; generell die Unfähigkeit zu politischer Diskussion (die Fähigkeit dazu wäre nebenbei gesagt ein hervorragender Schutz vor eingeschleusten Zivis)

Diskussionsprozesse zielen dann auch oft nicht in erster Linie darauf ab, Widersprüche zu entdecken, Fragen zu stellen und gesellschaftliche Antagonismen durch permanente kritische Reflexion benennen zu können, um so eine gemeinsame politische Praxis zu entwickeln. Vielmehr sind sie darauf aus, über die angebliche Erklärung von Erscheinungen der Realität ein harmonisches "Wir-Gefühl", eine Einheit für praktisches Handeln herzustellen. Dieses "Wir-Gefühl" - ohne wirkliche inhaltliche Grundlage - kann Diskussionen so nur in Kategorien wie Ablehnung (Polemik/Anätze) bzw. Zustimmung/Bestätigung begreifen. Die Fähigkeit, sich selbst und die eigene Position infrage zu stellen, verliert man/frau dabei oft. Oder Diskussionen überspringen Begründung und Herleitung von Praxis gleich, und beschränken sich darauf, die Frage der Praxis technisch-formal zu klären und dabei die inhaltliche Richtigkeit der geplanten Praxis von vorneherein vorauszusetzen.

Gesprochene 'Theorie' in Diskussionsprozessen und geschriebene 'Theorie' in Texten bedeutet für uns mehr: Theorie und Praxis, das ist für uns ein dialektisches Verhältnis, kein funktional-hierarchisches! Theoretische Arbeit ist produktive, kreative und fantasievolle Arbeit. Theorie heißt die Fähigkeit, Wirklichkeit so zu erleben/zu erfahren, diese Wahrnehmung in Begriffe zu fassen bzw. anhand der Wahrnehmung Begriffe zu entwickeln, die die Komplexität der Metropolenwirklichkeit zu erklären/ zu vermitteln imstande sind. Ein neues Verständnis vom Verhältnis zwischen Theorie und Praxis ist für uns unverzichtbare Voraussetzung, um dem Anspruch, eine grundsätzliche Debatte zu eröffnen/führen, gerecht zu werden.

Die Fantasielosigkeit vieler Aktionen ist Ausdruck fantasielosen Denkens: subversive Köpfe braucht das Land!

Denken kann allzuschnell verlernt/ formalistisch/ funktional werden.

ES GEHT UM DIE ÜBERWINDUNG EINER IGNORANZ DER UNWISSENHEIT UND DER PRAXIS AUF DER EINEN SEITE UND EINER ARROGANZ DES WISSENS UND DER THEORIE AUF DER ANDEREN!

Wir erleben immer wieder, daß sich Menschen, die wichtige theoretische Arbeit leisten, ihre Schreibtische zurückziehen und damit sie und ihre Arbeit für den revolutionären Prozeß verloren gehen, weil sie die praktische Ignoranz der Bewegung, ihre mangelnde Bereitschaft zuzuhören, ihr Desinteresse zu fragen und ihre Unfähigkeit kritisch zu denken, nicht mehr aushalten - oft gerade dann, wenn sie ihre eigenen Hoffnungen verlieren und resignativ draufkommen. Umgekehrt erleben wir, daß Menschen ihr Interesse an theoretischer Arbeit verlieren, die Bereitschaft, sich auf Diskussions- und Lernprozesse einzulassen,

aufgeben, angesichts der Erfahrungen mit Leistungsdruck, elitärem Verhalten von Intellektuellen, der Hierarchie und der Machtposition von 'Wissensträger/inne/n' und der mangelnden Bereitschaft, Wissen zu vermitteln. Wissen - d.h. auch Erfahrungen...

Wir behaupten, daß, falls ein Interesse zwischen diesen Menschen vorhanden ist, ihre unterschiedlichen Ebenen/Arten, wie sie Wirklichkeit wahrnehmen und verarbeiten, kennenzulernen und sich gegenseitig zu vermitteln, also voneinander zu lernen, ein höchst produktives Spannungsfeld zwischen Spontanität/emotionalität und Reflexion/Theorie entstehen kann. Wir werden noch massenhaft Menschen, die spontan-emotional eine andere Vorstellung von Lernen als die hier verordnete, haben auf unsere Seite ziehen müssen - genauso wie massenhaft Menschen, die theoretisch arbeiten, jedoch keine Hoffnung(mehr) haben, bzw. ihren Haß sublimieren.

Es geht um eine neue Dimension von Lern- und Diskussionsprozessen, Vermittlung, Interesse, Agitation und Propaganda, von Theorie und Praxis! Weiter:

IN NEUES VERSTÄNDNIS VON TEILBEREICHSKÄMPFEN UND DARAUSS ABGELEITET, EIN NEUES VERHÄLTNISS ZWISCHEN ORGANISIRTER REVOLUTIONÄRER POLITIK UND DEN TEILBEREICHSBEWEGUNGEN

Wir definieren "Teilbereichsbewegungen" mal vorläufig als Bewegungen, die einen oder mehrere, objektive Widersprüche zwischen Gesellschaft und Kapitalinteresse/Staat aufgreifen, umformen und daran die bekannten, begrenzten Kämpfe entwickeln.)

Wir wissen, -das haben nicht zuletzt die Erfahrungen in der Friedensbewegung deutlich gemacht-, daß Teilbereichsbewegungen aufgrund ihrer sozialen Zusammensetzung oft nicht über einen bestimmten Punkt hinaus 'radikalisiert' werden können, bzw. sich radikalisieren können. Wir sind uns daher auch der Gratwanderung einer Politik in Teilbereichen bewußt. Sie können für die HERRschenden immer auch funktional sein ('Seismographfunktion', reformistische 'Verbesserung' des kapitalistischen Systems,...) und sind es auch oft.

Trotzdem gehen wir von einem Ansatz aus, der revolutionäre Politik auch in weitgehend 'bürgerlichen' Bewegungen möglich machen soll. Ein Ansatz, der die Analyse der objektiven gesellschaftlichen Widersprüche, an denen sie sich entzünden und die Analyse der klassenmäßigen Zusammensetzung der Bewegungen leistet. Daraus insofern/soweit eingreift, daß die maximale Eskalation und Entwicklung 'bürgerlichen' Protests und Widerstands gegen herrschende Projekte und Maßnahmen genauso gewährleistet ist, wie das Zusammenkommen von 'Klasse' und revolutionären Kräften.

Wir halten es aus mehreren Gründen für unerläßlich, uns auch auf die Teilbereiche zu beziehen:

Strategisch: Revolutionäre Situation mit der realen Aussicht auf Sieg - heißt für uns unter anderem auch: maximale Eskalation in den 'bürgerlichen/demokratischen' Bewegungen.

Also: Verankerung, organisatorische, praktische, personelle Zusammenhänge. Organisiertes Zusammenwirken von revolutionärer, militanter und militärischer - politischer - Aktion/Kampf und der Kämpfe in den Teilbereichen.

Teilbereiche als Kampfterrain, als konkrete Orte, wo sich unsere Politik umsetzen kann, und wo wir praktische/theoretische Erfahrungen machen können.

Und: Ein immenser Pool an Wissen, Kompetenz, Überlegungen, wo die Auseinandersetzung damit nicht nur fruchtbar sein kann, sondern notwendig für unsere Aneignung von gesellschaftlicher Analyse und der Entwicklung fundierter - revolutionärer - Alternativen.

Sie sind somit auch ein Teil der Antwort auf die FRAGE NACH EINER VERMITTELBAREN KONKRETEN UTOPIE, DER PERSPEKTIVE JENSEITS DES GETTOS - SOZIALE VERANKERUNG UND AUSWEITUNG, GESELLSCHAFTLICHE GEGENMACHT VON UNTEN...

Aber: Vorrang hat dabei für uns die Aneignung des Begriffs 'Klasse'. D.h. unser eigenes subjektives Verhältnis dazu und die Fähigkeit zu entwickeln, einen politischen Begriff von 'Unterdrückung' und 'Marginalisierte' aus der Metropole heraus abzuleiten. Dieser muß auch die Dimension der sozialpsychischen Verelendung in der Metropole fassen und aufknacken. Das als Voraussetzung einer authentischen Metropolenstrategie - ob und wie die real werden kann, also durch eine konkrete Vorstellung des Weges, wie 'wir' zur sozialen Gegenmacht werden, legitimiert und begründet werden kann, ist Aufgabe und Ziel der anstehenden Prozesse. ES GEHT UM DIE FRAGE NACH DEM REVOLUTIONÄREN SUBJEKT IN DER METROPOLE !

UND DER KONSTITUIERUNG REVOLUTIONÄRER SUBJEKTE ZUR ANTAGONISTISCHEN/SICH BEWUSST POLITISCH VERHALTENDEN KLASSE !

Oder, wie die AUTONOMIE (NF) 14 richtig schreibt: "geht es um eine Untersuchungsarbeit im metropolitanen Proletariat, um die Suche nach Momenten und Orten proletarischer Rekonstruktion, um das, was wir Orientierung auf das soziale Terrain genannt haben."

Wir schätzen die Situation nicht euphorisch ein; angesichts der Dimension unserer Worte schleicht, gleichsam einer gierig herumlungernnden Katze, unser Nihilismus heran.

Aber: Wir haben keine Chance, also nutzen wir sie; oder - frei nach MAO TSE TUNG - bestehen wir darauf, daß nur wer sich intensiv um die offenen Fragen gekümmert hat, ein Recht darauf hat, mitzureden - also versuchen wir, die Fragen zu beantworten!

Nur vor dem Hintergrund des bisher gesagten läßt sich für uns DIE FRAGE: "SIEG ODER TOD" NEU THEMATISIEREN UND AUS DEN BISHERIGEN ANSÄTZEN IN DER METROPOLE DIE LEHRE ZIEHEN und DER ZUSAMMENHANG MIT DEN WELTWEITEN KÄMPFEN NEU/WEITERENTWICKELT HERSTELLEN, SOWIE HIER, "IM HERZEN DER BESTIE", DIE ENTSCHEIDUNG ZU INDIVIDUELLER UND KOLLEKTIVER VERBINDLICHKEIT ZUM REVOLUTIONÄREN PROZESS ERMÖGLICHEN

"Sieg oder Tod. Diese Parole, ohne die bis heute keine einzige sozialrevolutionäre Bewegung von historischer Sprengkraft zustande gekommen ist, klingt für deutsche Verhältnisse geradezu unerhört" (Karl-Heinz Roth in: 'Die historische Bedeutung der RAF' - 1980 "Klaut Sie"), oder "Vielleicht liegt es in der Unvorstellbarkeit von revolutionären Veränderungen hier, daß wir uns nicht die Mühe machen, den Weg, die Schritte dorthin, uns und anderen genau zu benennen." (aus dem Reader zu den Libertären Tagen in Ffm)

Ohne die Fähigkeit, Bedürfnisse zu formulieren, die die ökonomische Ausbeutung und die sozialpsychische Verelendung in der Metropole zu sprengen vermögen; ohne Befreiung, die sich in Begriff und Vorstellung aus der Metropolenwirklichkeit hier ableitet, bleibt der Anspruch auf revolutionäre Veränderung notwendig abstrakt.

'Befreiung' und 'nicht-entfremdetes Leben' müssen konkret erfahrbar werden. "Sieg oder Tod ist nur diskutabel, wenn es auf die konkrete Rückeroberung von Freiheit und Menschenwürde in jener konkreten Gesellschaft ausgeht, in der wir leben." (Karl-Heinz Roth in: 'Die...') Individuelle Entscheidung für den Kampf, 'egalitäre Beziehungen, Verbindlichkeit und gelebte Kollektivität sind für uns dafür wesentliche Bedingungen und vor diesem Hintergrund zu diskutieren: Politische Prozesse sind auf Dauer mit einer Begrifflichkeit, die inhaltlich falsch bestimmt, real nicht erlebbar und somit abstrakt phrasenhaft ist, nicht zu beschreiben. Diese Begrifflichkeit spiegelt dann falsche Tatsachen vor, verhindert Kritik! Der Prozeß der Wiederaneignung/Neubestimmung der Begrifflichkeiten, der Befreiung konkret erlebbar macht und sich dadurch revolutionäre Identität aneignet, ist wesentlich bestimmt durch seine Fähigkeit, sich zu vermitteln. D.h. es geht um die Vermittlung von Prozessen und nicht erst von Ergebnissen, in denen konkrete Erfahrung der Entstehung und Motivation von revolutionärer Identität kaum transportiert wird.

Vermittlung ist Voraussetzung für die Verbreiterung des revolutionären Prozesses! Die jeweilige Stufe von erreichbarer und real erfahrbarer Befreiung hängt immer unmittelbar von der Stufe real-materieller Gegenmacht ab.

Nur

"Politische Ziele, die sich an den Erfahrungen des Massenwiderstands orientieren, können auf die Dauer den neuen Menschen frei von Konkurrenz, Leistungsdruck und Aggressivität in seinen Beziehungen konkret werden lassen"

und nur so kann verhindert werden, daß

"Die Hoffnung, die in 'Sieg oder Tod' antizipiert ist, nicht überspringt, weil eben nicht die Dimension des Sieges, sondern ein bißchen mehr Tod herauskommt." (Beides: Karl-Heinz Roth in 'Die...')

DIE AUFGABE DER ORGANISIERUNG DER REVOLUTIONÄREN KRÄFTE IST NUR KONKRET LÖSBAR. WENN SIE IM ZUSAMMENHANG MIT DEN JEWEILIGEN REVOLUTIONÄREN PROJEKTEN ANGEANGEN WIRD - SONST BLEIBT SIE ALS THEORIE UND ANSPRUCH STEHEN!

Gerade an dieser Frage halten wir eine intensive Auseinandersetzung mit der Geschichte des Widerstands, einer Einschätzung der Teilbereichsbewegungen und ein Verhältnis zu den unterschiedlichen Konzeptionen des bewaffneten Kampfes für wichtig.

Organisierung jetzt - heißt für uns zunächst Organisierung übergreifender Informations- und Diskussionsstrukturen - entlang der Prozesse, zwischen den GenossInnen, und an den Projekten/Kampagnen, wo Informationsaustausch und Diskussion (an-)läuft.

Alles darüber hinausgehende - z.B. die Organisierung von kämpfenden Strukturen - werden die diskutieren und entscheiden, die zusammen kämpfen...

Bei der Entwicklung eines zunehmend genaueren Verhältnisses zu den beschriebenen Fragen, zu dem Prozeß, kamen wir natürlich immer wieder an Grenzen: Zum einen an die Frage - Wie realistisch ist der (mit-)Jeinzuleitende Prozeß im Verhältnis zur realen Entwicklung, bei den "Autonomen" - im Widerstand - in den politischen und sozialen Bewegungen - in den Städten? Auf welche Entwicklungen können wir uns tatsächlich beziehen? Wir stellten fest: Genaues Wissen, was wo wie grade im Gang ist, fehlt. Unsere eigenen Erfahrungen, Wahrnehmungen, Aufarbeitungen gewährleisteten einen begrenzten Einblick. Ähnlich bei der Einschätzung der ökonomischen, sozialen und politischen Situation. Der Anspruch an ein erstes Thesenpapier war Genauigkeit ("Diesmal kein so plattes

Papier"), was unter den gegebenen Umständen nur monatelange 'interne' Arbeit heißen konnte. Also nicht leistbar, wenn wir möglichst bald breitere Diskussionen einleiten wollten. Daneben entwickelte sich aber auch ein genauerer Bezug zu dem, wie sich die von uns vorgestellte Entwicklung in der BRD/Westberlin sonst noch äußert, außer in unseren unmittelbaren Zusammenhängen. Darüber, daß wir in verschiedenen Projekten Teil davon sind und/oder den politisch/inhaltlichen Zusammenhang zu unseren Überlegungen herstellen, ergibt sich für uns auch der praktische Zusammenhang: Unsere Vorstellungen von den Prozessen in den jeweiligen Projekten materiell werden zu lassen. (Das läßt sich genauer an jeweils konkreten Papieren entwickeln und vermitteln, etwa zur Geschichte der AUTONOMIA in Italien oder einer Aufarbeitung der letzten 2 Jahre Widerstand gegen die WAA in Wackersdorf...) Wir wollen an dieser Stelle jetzt noch einige Punkte kurz andeuten zu den Schwierigkeiten, die auftraten: Unser Bedürfnis, und die Umsetzung, 'anders', ernsthafter, verbindlicher, langatmiger dranzugehen, mußten wir uns immer wieder neu erkämpfen. 'Das Getto verlassen' - heißt zunächst einmal auch: Brüche bzw. eine kritische Aufarbeitung unser eigener Geschichte/Praxis. Also auch: Trennungsprozesse ... Sich ein (neues) Verhältnis zu egalitären - antipatriarchalen - Beziehungen untereinander erkämpfen und die notwendige Neugierde, Offenheit, sich-einlassen-können auf ganz andere soziale, politische, gesellschaftliche Zusammenhänge... Vermittlungsprobleme traten auf - Verständnis- und Verständigungsschwierigkeiten - die Frage z.B. wie Papiere geschrieben sein müssen, um Entwicklungen/Prozesse nachvollziehbar machen zu können...



c) UNSERE VORSTELLUNGEN ZU ABLAUF UND STRUKTUR

1) Wir finden es richtig, wenn gesagt wird: "Die Mobilisierung hin zur Verhinderung des Kongresses '88 verstehen wir als eine ... Möglichkeit, bei der Neudefinition einer politischen Strategie wieder enger zusammen-zuwachsen. Mit einigen Gruppen der radikalen Linken wird's praktische, aber keine politi-sch-theoretischen, wiederum mit anderen wird's theoretische aber keine praktischen Gemeinsamkeiten geben. Dann aber hat die breite Diskussion aller Linksradi-kalen über IWF etc. dazu geführt, Differenzen oder gar Fronten unter uns klarer zu machen. Auch das dient einer größeren politischen Handlungsfähigkeit."

ABER: Es muß auch um die Neudefinition und praktische Konstituierung des Begriffes "WIR" ("Wir Autonome" etwa...) und einer Vorstellung von revolutionärer Politik gehen. Das kann nicht durch ein mechanisches Nacheinander geschehen: Wir haben nicht die Vor-stellung einer linearen Mobilisierung ("Wir" - "die anderen"), sondern die eines offenen, d namischen und widerspruchsvollen Prozesses, der in gesellschaftliches Terrain eingreift. Also: Organisation einer grundsätzlichen Debatte über Kapitalismus/Imperialismus/Patri- chat als Voraussetzung zur Entwicklung einer Strategie für die revolutionäre Veränderung in der Metropole. Das erfordert ein neues Verständnis von Information, Aktivierung und Vermittlung von Prozessen. Das müßte geleistet werden, wenn der Schritt, den die Kampagnen rkörpern kann, viele (nach)vollziehen sollen. Auch wir haben lange Zeit der Idee nachgehungen, über die inhaltliche Bestimmung in Klä- rungsprozessen, "die AUTONOMEN" in ihrer Gesamtheit zu vereinheitlichen, und so eine For- cierung zum Kern revolutionärer Politik voranzutreiben, über den dann die Verbreitung läuft.

Das halten wir mittlerweile für falsch. Stattdessen wollen wir den "Wir"-Begriff mit sei- darin enthaltenen Bedeutungen und den daraus resultierenden Politikansätzen/Verhaltenswei- sen infrage stellen und grundsätzlich thematisieren. "Die Autonomen" als das begreifen, was sie sind/Sie sein können.

2) Wir halten eine bundesweite Demonstration in Berlin '88 als politische Zusammenfassung und zentralen Ausdruck einer dezentralen/regionalen Kampagne für richtig. Die Demo sollte vor allem politisch militant bestimmt sein - das heißt für uns z.B., daß Auftakt-, Zwischenkundgebung und Abschlußkundgebung inhaltlich das beste sein sollten, was so geballt lange nicht in dieser Republik zu hören war. Wir schätzen die politische Brisanz einer politisch militant bestimmten Demo mit even- tueller internationaler Beteiligung während der IWF/WB - Tagung in Westberlin und "unter den Augen" der Weltöffentlichkeit (insbesondere der Länder der Peripherie) als sehr hoch ein.

3) Wir können uns diese Demo, wie die ganze Kampagne, nur mit der Beteiligung möglichst vieler in der BRD existierenden politischen und sozialen Bewegungen vorstellen. Wir sind zwar ebenfalls der Meinung, "daß eine revolutionäre inhaltliche Position uns von reformistischen Kräften zunächst bewußt isoliert"; daß 'Kampagne' aber deswegen heißen muß, aus dieser Isolierung rauszukommen, zu informieren zu aktivieren. Wir halten das Bewußtsein und die Bestimmung dieser beiden Ausgangspunkte für die zentralen Voraussetzungen/Ziele der Kampagne, des Prozesses. Eine Folgerung, die auf der Suche danach, der Isolierung zu entkommen, getroffen wird, nämlich "Wir sollten von vornherein klarmachen, daß wir alle Aktionsformen gegen den IWF für richtig halten - von der Menschenkette bis Reden der kritischen Aktionäre", erscheint uns weder unbedingt zwingend noch logisch richtig zu sein. Vielmehr halten wir sie für falsch und politisch, wie sich oft erwiesen hat, fatal. Denn diese Position unterschätzt die Eigendynamik und Bedeutung reformistischer Aktionen und ihre inhaltlichen Bestimmungen. Wir können uns nicht darauf beschränken, die Tolerierung unserer Aktionsformen zu fordern, an die sich reformistische Funktionäre im Zweifelsfalle noch nie gehalten haben, und ansonsten auf das produktive Nebeneinander vielfältigster Aktionsformen und Inhalte hoffen. Vielfalt von Aktionsformen kann nur innerhalb eines Rah- mens produktiv werden, der Ausdruck einer gemeinsamen, inhaltlichen Grundlage ist. So können bestimmte Aktionsformen - zum indert zeitgleich ausgeführt - nie nebeneinander, sondern immer nur gegeneinander stehen, da sie in ihrem gesamten Zusammenhang entweder real unterschiedliche Inhalte transportieren oder durch die Behandlung und Verarbeitung von Medien und Bullen/Justizapparat ausgespielt werden. (z.B. an der Gewaltfrage)

so halten wir z.B. die massive Beteiligung linksradikaler Kräfte an der konkreten Diskussion und Auseinandersetzung um Inhalte und Aktionsformen im Kampf gegen die WAA von Anfang an für die rasante inhaltliche und aktionsmäßige Zuspitzung dieses gesellschaftlichen Widerspruchs verantwortlich (schwere Fehler/die Situation vor Ort sind uns dabei sehr wohl bewußt): ohne unsere Einflußmöglichkeiten im "Bündnis" wäre es uns nie gelungen, am 16.12.85 eine Menschenkette neben der Bauplatzbesetzung zu verhindern und diese als zentrale Aktion zu bestimmen. (Wir belassen es vorerst bei diesem Beispiel; wir denken, daßes zur Diskussion dieser Frage, interessant wäre, Entwicklung von Bewegungen/Mobilisierungen an Projekten aufzuarbeiten - z.B. eben an der WAA)

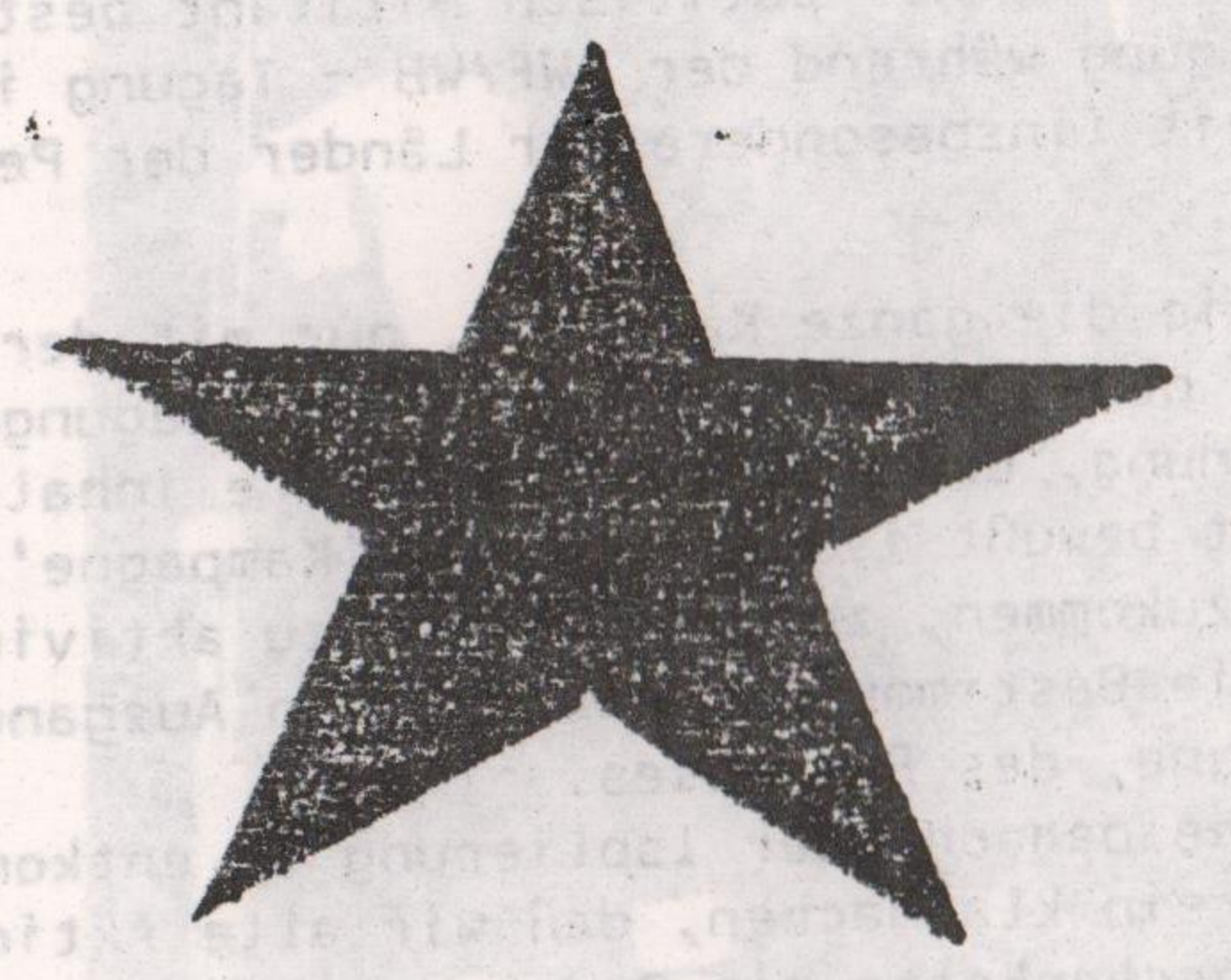
Zudem darf man/frau die Informationsstrukturen und die Mobilisierungsfähigkeit anderer Spektren nicht vergessen, d.h. in Bündnissen haben wir eine ganz andere Chance, Menschen mit revolutionären Inhalten zu erreichen.

Wir sind also nicht grundsätzlich gegen Bündnisse, sondern glauben, daß es in jeder spezifischen Situation darauf ankommt, Bedingungen, Einflußmöglichkeiten... zu untersuchen und danach zu entscheiden (Hanau war richtig, WWG auch - wir können aus beidem lernen). Auf der anderen Seite sind wir dafür, Aktionsformen, die die Entwicklungsmöglichkeiten eines politischen Prozesses massiv behindern/verunmöglichen aufs schärfste zu unterbinden. Kein Nebeneinander, wo Spaltung und damit "Veränderung" angesagt wären. Es ist also eine andere Frage, wann und wie (politischer Nutzen für uns) Bündnisse aufzukündigen/eine Spaltung in der Bewegung notwendig und politisch richtig wird!

Grundsätzlich denken wir, daß die inhaltliche Auseinandersetzung während der gesamten Kampagne und die direkte Beteiligung anderer Bewegungen ab sofort und nicht erst in der letzten Phase angestrebt werden sollte.

Wird die Thematik IWF von vielen Teilbereichen aufgegriffen, könnten sich revolutionäre Ideen eine ganz neue Dimension und Relevanz in der gesellschaftlichen Diskussion erobern.

EN SPRUNG VON DER SPONTANEN BEWEGUNG ZUR ORGANISIERTEN REVOLUTIONÄREN KRAFT EINLEITEN!
 DIE ANTIKAPITALISTISCHE/ANTIPATRIARCHALE/ANTIIMPERIALISTISCHE DEBATTE FÜHREN



FÜR AUTONOMIE
 FÜR DEN KOMMUNISMUS

VERHINDERN WIR DEN KONGRESS!

A	Papier zur Kampagne	S. 1 - 8
B	Anhang	
	Teil 1 "Widerstand - weltweit"	S. 1 - 14
	Teil 2 "Kap. Umstrukturierung"	S. 1 - 11
	Teil 3 "Beispiele"	S. 1 - 6
	Teil 4 "Die nächsten Schritte"	S. 1 - 6

Mit diesem (Deck) Blatt soll nicht der Anschein erweckt werden, daß wir eine "doktorarbeit" verfaßt haben (oh nein).

Es soll nur ein Hinweis sein, daß eigentlich auch die ersten 8 Seiten reichen, um zu wissen, welches unser Vorschlag ist.

Die restlichen Seiten sind Ausführungen und Erklärungen, wobei wir natürlich davon ausgehen, daß die, die die ersten 8 Seiten für interessant halten, auch die restlichen lesen.

"Verhindern wir den IWF-Kongreß!"

Überlegungen zum Stand der Kampagne im August 87

(bei miesem Wetter!)

1. Warum beschreiben wir soviel Papier?

Seit dem Aufzug ^{vom Feb. 1987} verschiedener autonomer Gruppen zur Verhinderung des Kongresses haben sich viele Gruppen des linksradikalen Spektrums auf die Formulierung einer neuen internationalistischen Kampagne bezogen. Dieses Interesse ist zunächst positiv - obwohl wir auch Schwierigkeiten haben, uns auf "die Kampagne" zu beziehen, da fast jede/r was anderes drunter versteht. Die ersten Mißverständnisse sind weitgehend ausgeräumt, die Diskussionen über Realismus ("Das schaffen wir nie, den Kongreß zu verhindern") und Aktionismus ("Alter Fehler der Autonomen, sich mal wieder nur um actions im September 1988 zu kümmern") werden kaum noch geführt. Aber jetzt meinen viele die sich aktiv in die Kampagne einklinken wollen, sie müßten erst anfangen, sich Bücher über den IWF und die Weltbank zu besorgen, müßten "Weltwirtschaft" und Dollartendenzen "lernen, marxistische Grundsatzanalysen zur Kenntnis nehmen - und da ihnen das fremd ist, begrüßen sie zwar die Kampagne, aber wollen erst im August 1988 was damit zu tun haben: wenn's halt konkreter wird. Es ist wohl zunächst unser Fehler, wenn viele, die nicht zum engsten Kreis der Initiatorinnen gehören, unsere Verständigungsformeln ("militante Debatte", "Kräfte bündeln", "Teilbewegungen aufeinander beziehen", "keine Bündnisse") für Wortgeklingel halten.

Dieses Papier soll ein Versuch sein, die Idee der IWF-Kampagne, die Bündelung unserer Kräfte, ein Stück voranzubringen, und zu gucken, wie sich möglichst viele an der Kampagne beteiligen können. ("Wir", das ist eine kleine Gruppe von Leuten, die in IWF-Gruppen mitarbeiten, aber keinerlei Vertreter irgendwelcher Gruppen.)

Eine Schwierigkeit haben wir alle: eine richtige Verbindung von Diskussionsprozessen und praktischen Schritten herzustellen und mit den gegensätzlichen Gefühlen von "Wir hetzen ja schon wieder nur von einem Termin zum anderen!" und "Die Kampagne kommt ja gar nicht richtig in die Gänge!" umzugehen. Bei den IWF-Gruppen und bei jeder von uns existiert ein Bruch: gleichzeitig wollen und müssen wir mehr wissen, und gleichzeitig wollen und müssen wir mehr tun. Üblicherweise gehen wir so damit um, daß wir jeweils bei den anderen die "Theorie-" bzw. "Praxisfeindlichkeit" aufspüren, herausarbeiten und dann niedermachen - na ja, vielleicht ist unter "Kräfte bündeln" noch was anderes zu verstehen?

Für uns alle bleibt die Frage: welche Schritte sind nötig, um eine Zustand zu erreichen, in dem IWF-Kampagne nicht als notwendige Geschichte in den Köpfen von vielen erscheint, sondern eine Dynamik entwickelt, in der die politischen Schritte wie selbstverständlich aufeinander folgen und Diskussionen über brisante Themen auf breiter Ebene geführt werden?

Noch ein Satz zu den Diskussionen in Berlin: Die laufenden Patriarchatsdiskussion begreifen wir als einen Anfang, die daraus entstandene Trennung der Berliner IWF-Gruppe als einen positiven Schritt. Wir wollen mit unserem Vorschlag diese Diskussion nicht vom Tisch wischen - im Gegenteil, sie soll elementarer Teil innerhalb der nächsten Schritte zur Mobilisierung und Verbreiterung sein. Deshalb haben wir sie nicht als extra Themenschwerpunkt ausgegrenzt sondern denken, daß sie Teil eines jeden Themas ist (und das ist bisher leider noch viel Anspruch, wenig Realität).

Und zur praktischen Mobilisierung in Berlin: Bei der Aufruf-Formulierung waren wir uns alle einig, die Kampagne auch in den realen Auseinandersetzungen, nicht nur in den Diskussionen zu entwickeln - erwähnt wurden KWU-Aktionstage, VoBo, Reagan-Besuch, 750-Jahr-Feier (hinzugekommen ist die Anti-Mun/Carp-Mobilisierung). Wir finden, daß hier auch ne ganze Menge positiv gelaufen ist, sehen allerdings nicht eine Kontinuität in den Aktionen; der Prozeß der "Organisation" unter uns ist noch immer wieder unterbrochen.

Tja, ob so viele gute Absichten als Begründung reichen, so viel Papier zu beschreiben, ist uns im Augenblick auch nicht mehr so recht klar. Wir haben zur Lesbarkeit eine Zweiteilung vorgenommen: in der Kurzfassung erläutern wir einen Vorschlag und verweisen auf "Anhänge", die unsere Begründungen deutlicher machen - und somit auch angreifbarer sind.

2. Ein Vorschlag

Beim Treffen in Lutter kam der Vorschlag zur militanten Debatte auf: wir wollten brisante Themen aufgreifen, autonome Widerstandspolitik bestimmen, Unterschiede und Gegensätze klarer herausarbeiten, aber auch Differenzen ausräumen - dies alles, um aktiver, praktischer werden zu können.

Wir greifen einen Diskussionsbeitrag auf, der untergegangen ist, und formulieren ihn als Vorschlag neu:

Die Gruppen in Lutter sollten ab sofort mit der Organisation eines "Autonomen-Kongresses" - zB zu Ostern 88, zB in Frankfurt - beginnen. Mit dem Ort wollen wir ausdrücken, daß hier die beiden

Tendenzen zusammenkommen sollten, die den Kongreß zum Widerstand in Westeuropa, Jan/Febr 86 und die "Libertären Tage" zu Ostern 87 organisiert haben. Ostern 1988 deshalb, damit wir noch genügend Zeit haben, über wesentliche Aktionslinien zu entscheiden, und uns für die praktischen Schritte noch genügend Zeit bleibt, um nicht in die bekannte "autonome Kurzatmigkeit" zu verfallen.

Dieser Kongreß sollte drei Hauptziele haben:

- es sollen sich die wichtigsten Strömungen und Kontroversen den kritischen Diskussionen einer linksradikalen Öffentlichkeit stellen - aber immer mit der praktischen Frage: Was verhindert, daß wir zusammen vorgehen, zB gegen den IWF?
- es soll eine Zwischenbilanz der verschiedenen Versuche geben, Kräfte der Teilbereichsbewegungen zusammenzuführen, zu bündeln, Aktionslinien zu bestimmen
- es sollen Entscheidungen gefällt werden: wie ist die Zwischenbilanz der Kampagne, welches sollen unsere Hauptaussagen sein, welche Weichenstellung für die nächste Zeit schält sich heraus?

a. Kontroversen austragen

Es wird nicht ganz einfach sein, die verschiedenen linksradikalen Gruppen von dem Sinn einer aktiven Beteiligung zu überzeugen; wichtige Prozesse werden eh vorher und schriftlich laufen - auf dem Kongreß treffen wir uns eh als "die soundso aus da und da" und werden lernen müssen, uns auf die Inhalte von Kontroversen zu beziehen. Vier von ihnen haben für uns einen hohen Stellenwert:

+ die Kontroverse um Frauen-/Männer-Widerstand, Kampf gegen Patriarchat, Unterschiede und Gegensätze in der Praxis. Wir sollten die Berliner Diskussionen über den Bielefelder Ansatz, die Protokolle der Broschüren-Diskussion, die Papiere der Frauen- und Männergruppe (als Ergänzung der Düsseldorfer Flüchtlingsgruppe) so formulieren, daß die Kontroverse deutlicher wird - um auch zu entscheiden, ob dies Thema gemischt sinnvoll zu diskutieren ist

+ die Kontroversen um "die Klasse": Reste alter ML-Positionen (Klasse als Freie Lohnarbeiter, als Nichtbesitzer von Produktionsmitteln), Frauen als "eigentliche Klasse", "Klasse im wahrsten Sinn", Klasse als widersprüchliche Einheit von besonders Unterdrückten: Marginalisierten, Hausfrauen, Entgarantierten - schon in unseren Definitionen gehen wir von sehr unterschiedlichen Ausgangspunkten aus. Unterschiedlich sind auch die Folgerungen: sind Kämpfe der Klasse Reaktionen auf die Setzungen des Kapital - oder umgekehrt: ist das Kapital immer wieder gezwungen, auf

"die Kämpfe der Klasse" zu reagieren - oder welcher Art ist ein dialektisches Wechselverhältnis zwischen beidem? Und auch: wie ist unser Verhältnis, also das der Marginalisierten in den Metropolen, zu den Unterdrückten und Ausbeuteten des Trikont, inwiefern sind wir Komplizen imperialistischer Ausbeutungsstrukturen, oder gilt das nur für die "Arbeiteraristokratie", und wir sind selbstverständlicher Teil "des Weltproletariats"?

+ die Kontroversen um "die Organisierung". Inzwischen sind fast alle Linksradikalen für "Organisierung", aber auch hier wimmelt es von unterschiedlichsten Konzepten - wir verweisen nur auf die gegensätzlichen Interpretationen des 1. Mai in Kreuzberg, auf die quälenden Radi-Diskussionen, auf Gegensätze im Entwicklungseigenen jeder Kampagne der letzten Zeit, auf die Diskussionen über westeuropäische Guerilla-Konzepte oder die Zusammenarbeit mit Befreiungsorganisationen; auch hier steht die Herausarbeitung der wichtigsten Kontroversen noch aus.

+ der Widerspruch im Herangehen an "unser Umfeld", am Arbeitsplatz im Stadtteil: zunächst politische Klarheit "unter uns" entwickeln (mit der Gefahr des Sektierertums), oder aber: offen mit allen zusammen praktischen Widerstand leisten, die es gerade wollen (mit der Gefahr, über zeitweilige Breite im Wesentlichen nachzugeben und dem Reformismus mal wieder auf den Leim zu kriechen). Schon ganz praktisch müssen wir uns in der IWF-Kampagne entscheiden, wie wir Linksradikalen mit der geplanten Reformer-Kampagne zum IWF umgehen wollen. Gemeinsame Grundlage ist: keine Bündnisse mit denen, die die Ausbeutungsordnung nicht bekämpfen, sondern verbessern wollen - aber unsere praktischen Schlußfolgerungen sind noch sehr unterschiedlich.

In den Papieren in Anhang 1 und 2 finden sich Hinweise auf unsere Position - aber vieles ist beispielhaft gemeint, Unfertiges, tatsächlich halt "Diskussionspapier" Sollte der Vorschlag für diesen Kongreß auf Zustimmung stoßen, werden die Positionen sehr viel schärfer gefaßt werden müssen - werden sich auch sehr viele abmühen müssen.

b. Kräfte bündeln

In dem Kampagnen-Aufruf haben wir hervorgehoben, daß viele aus ihren Teilbereichsbewegungen heraus auf die Kampagne beziehen sollten, daß jetzt nicht alle auf ein neues Modethema abfahren sollten. Um das nicht so abstrakt stehen zu lassen, schlagen wir vor: Alle, die das Weiterarbeiten in ihren Bereichen und gleichzeitig die Entwicklung einer langfristigen Kampagne mit dem Rahmenthema IWF ("neue

antimperialistische Bewegung") für richtig und notwendig halten, beginnen in ihren Gruppen mit der Diskussion, ob und wie sie sich an der Entwicklung von Schwerpunktthemen und also entsprechenden Aktionsgruppen für den Widerstand gegen den Kongreß beteiligen werden. Einige der Themen- und Aktionsschwerpunkte seien aufgezählt: Aufstandsbekämpfung, Weltmarktware AKW, Kulturimperialismus, Neue Technologien-Agrobusiness, Weltarbeiterinnenmarkt, Flüchtlinge, Pharma-"modernes Gesundheitssystem", Elektronik-Weltmarktfabriken, Weltmarktprodukt Waffen u.ä., Sextourismus-"Normaltourismus usw.

Zu drei Beispielen haben wir angefangen, genauere Fragen aufzuschreiben (welche Gruppen wir ansprechen wollen, soll lieber mündlich ergänzt werden), das Papier der Düsseldorfer Flüchtlingsgruppe paßt erstmal genau da rein, und vielleicht versuchen sich ja bis Lutter noch andere an diesen Themen... s. also Anhang 3!

Wir stellen uns das Treffen zu Ostern so vor, daß die Gruppen, die bis dahin gearbeitet haben, über ihren Zwischenstand berichten: vielleicht lassen sich aus diesen Vorarbeiten schon Schlußfolgerungen für so etwas wie "nationale Widerstandstage" ziehen - vor, nach und während der Schweine-Tagung. Eines ist uns klar: wir wollen der Tagung im ICC nicht eine ähnliche "Gegentagung" gegenüberstellen. Wir denken eher an ein dezentrales Modell: an von uns bestimmten Tagen sollte in möglichst vielen Städten ein vorher bestimmtes, übergreifendes Thema imperialistischen Angriffs und der Versuche weltweiter Gegenwehr aufgegriffen werden: in Veranstaltungen, in Aktionen.. Dementsprecher sollten sich möglichst schnell Gruppen bilden, die die Hauptlinien der kontroversen Diskussionen wie auch koordinierter Aktionen gegen Repräsentanten/Einrichtungen/Symbole vorbereiten.

Entscheidungen fällen

Die drei Beispiele im Anhang 3 haben auf die inhaltliche Vorbereitung von Themen- und Aktionsschwerpunkten verwiesen, und diese Gruppen sind insofern auch Aktionsgruppen, als sie sich auch praktisch auf Widerstand in der Zeit vor und nach dem September 88 beziehen werden. Der Kongreß zu Ostern 88 wird also nicht nur Diskussionen und Kräfte bündeln, sondern wird auch Entscheidungen zu treffen haben:

- Welche Ideen, Diskussionen, Vorschläge sind soweit entwickelt, daß wir sie gemeinsam in den Vordergrund stellen wollen (und logisch auch: gegen welche Vorschläge entscheiden wir uns), welche sollen in welcher Form dem Schweinekongreß gegenübergestellt werden.
- Wie wollen wir die nächste Phase der Mobilisierung auch praktisch organisieren, welche "Breite" trauen wir uns zu, ohne an inhaltliche Schärfe zu verlieren. Die Art und Weise, wie wir Entscheidungen

fällen, aber auch, wie wir mit Bullenzensur und -kontrolle bei brisanten Fragen umgehen, wird ein Teil unserer Mobilisierungs-Strategie sind.

Genauso müssen wir uns zum "Nachher" Gedanken machen, dies könnte in Form eines weiteren Kongresses im Herbst/Winter geschehen. Als Beispiel: Ostern 88 überlegen wir, ob wir in der Lage sind, gemeinsame Widerstandsformen zu finden (auch im Kampf gegen patriarchale Unterdrückung) und wie sich das im September 88 verwirklichen läßt. Im September laufen dann (?) gemeinsame Aktionen und Herbst/Winter gucken wir, wie es denn um die Gemeinsamkeit bestellt war, welche Schlüsse wir daraus ziehen und wie's weiter geht.

3. Einige praktische Schritte

Zur Realisierung unseres Vorschlags müssen wir als erstes überlegen, welche Gruppen die inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen übernehmen können und wie eine Koordination der verschiedenen Gruppen zustande kommt. Um zu verhindern, daß wieder "nur" verschiedene Teilbereiche etwas zu "ihren" Themen vorbereiten, ist auch ein Info-Austausch nötig, um die "militante Debatte" nicht nur zu bestimmten Themen konkret werden zu lassen.

a. Lutter

Die Treffen in Lutter (oder wo auch immer) sollten regelmäßig stattfinden (zB alle 8 Wochen) und von bestimmten Leuten ^(Gruppen) vorbereitet werden, auf die die beteiligten Gruppen sich vorher einigen. Themen und Vorgehen müssen abgesteckt sein, Verbindungen zu den einzelnen Teilbereichsgruppen in den Städten aufgenommen werden (Übermittlung von Protokollen/Papieren/Diskussionsvorlagen

b. Internes Info

Je größer die Vernetzung der einzelnen Gruppen wird, desto nötiger wird eine Form des Austausches; gut wäre ein Info über alle Aktivitäten/Diskussionen/Entwicklungen der Debatte und der Kampagne, möglicherweise auch über konkrete Vorbereitungen des IWF-Kongresses.

c. Archiv

Die Zusammenstellungen in den beiden Teilen des Anhangs wären umfangreicher, systematischer, genauer, kontinuierlicher, wenn wir unser Material, unsere Quellen, Artikel usw mal zusammenschmeißen würden, dazu überlegen und planen könnten, was an Wichtigstem fehlt, wie wirs beschaffen, wer was systematisch auswertet, übersichtlich und zugänglich macht. Außerdem ist so ein Archiv

auch ne gute Methode, unterschiedliche Wissensvorsprünge von Experten abzubauen, sich in Themen einzuarbeiten - wir sollten es schnell anfangen.

d. Info-Austausch mit internationalen Gruppen/ Info-Büro
Sicher ist, daß so Kontakte ins Ausland leichter und kontinuierlicher hinzukriegen sind - nur so kommen wir an authentische Inf zum weltweiten Widerstand. Hier müßten aber einige Leute Verantwortung übernehmen, daß zB Diskussionspapiere, Zeitungsmeldungen (in Form von Zusammenfassungen) übersetzt werden und an die Gruppen in den betreffenden Ländern verschickt werden, die so auf dem Laufenden bleiben über das, was bei uns passiert. Andersrum sind so die Bedingungen geschaffen, daß wir auch von ihnen regelmäßig Infos erhalten.

e. Broschüre/Reader
Nach dem letzten Broschüren-Treffen in Hannover ist eher unklar, wann und wie eine Broschüre fertig sein wird. Einige stellten das Konzept in Frage, zum einen die Frauen, die skeptisch sind, daß sich die Patriarchatdiskussion wie ein roter Faden durch die Broschüre zieht, und andere, weil sie befürchten, es werde eine reine Info-Broschüre und unsere Debatte falle raus. Sollten wir schnell ein internes Info zustande bringen, könnten wir alle viel besser beurteilen, welche Diskussionspapiere schon so wichtig sind, daß sie auch einer "breiteren Öffentlichkeit" zugänglich gemacht werden sollen - so entsteht vielleicht eine Kette von Broschüren anstelle einer Kette von Gliederungen und Planungen. Falls der Vorschlag zum Kongreß ok gefunden wird, werden wir bestimmt sone Art Reader machen müssen.

f. Reformer-Aktivitäten zum IWF
Wir sollten überall dort präsent sein, wo sie versuchen, ihre Lösungsvorschläge "zu verkaufen", und unsere Positionen offensiv zu vertreten (zB BUKO, Latainamerikatage, ESG/AL/Friko-Treffen in Berlin)

Diese Aufzählung ist eine Zusammenfassung; ausführlicher steht's im Anhang, Teil 4 - die Bemerkungen zur Broschüre sind noch vor dem Hannover-Broschüren-Treff geschrieben.

4. Umgangsformen

Zum Schluß noch ein paar Bemerkungen zu unseren Umgangsformen untereinander. Immer wieder ist es auffällig, daß in Diskussionen

einige wenige am meisten reden und andere nicht zu Wort kommen oder sich nicht trauen, etwas zu sagen. Es ist natürlich ein wichtiger Punkt in der Frauen/Männer-Diskussion, aber auch nach der Trennung ging bei den Männern die Diskussion zu diesem Punkt weiter. Für uns ist auch dies ein Teil der Kampagne, darauf zu achten, und ~~Strukturen~~^{Formen} zu suchen, mit diesen Strukturen umzugehen, sie aufzubrechen.

Ein weiterer Punkt wurde schon am Anfang angesprochen: wie gehen wir mit Ideen, Vorschlägen um, wie treffen wir Entscheidungen? Wie verhindern wir Gefühle wie "die preschen zu schnell vor" oder "die kommen ja überhaupt nicht in die Gänge"? Auch hier müssen wir gucken, wie wir Wege finden, verschiedene Herangehensweisen nicht einfach vom Tisch zu wischen, sondern lernen, sie miteinander zu verbinden, zumal sie sich oft gar nicht ausschließen.

Noch ne letzten Bemerkung: Die Diskussion, wie - konkret - der Kampf gegen das Patriarchat wesentlicher Bestandteil des Klassenkampfes werden kann, wird (hoffentlich) breiten Raum einnehmen. Den klarsten Diskussionsbeitrag haben gerade erst die Genossinnen der Roten Zora geliefert.

ANHANG

TEIL 1

Weltweiter Widerstand - unterschiedliche Widerstandsformen

Am Anfang unserer Diskussionen in der C.-str. sind wir auf einen Satz aus Hartmanns Bretton Woods-Artikel abgefahren: hinter der (beschreibenden) Geschichte den Klassenkampf entdecken, wiederentdecken.

Das heißt, den Klassenkampf als Motor der Geschichte begreifen.

Aber aus der Klarheit, hinter den Erscheinungen handelnde Subjekte zu wissen, haben sich für uns mehr Fragen als Antworten ergeben. Wir haben ein/das revolutionäre Subjekt vermutet und zu erforschen gesucht, wir haben es aber - wie unser damals diskutiertes Beispiel des Rooseveltschen "New Deal" gezeigt hat, - bisher nicht klar bestimmen können.

Unsere Frage damals war: war die Politik des "New Deal" in erster Linie eine Folge/Reaktion auf die Klassenkämpfe vor und innerhalb der offen zutage getretenen Weltwirtschaftskrise, oder eher der Versuch der präventiven Krisenlösung von oben? Wir ahnten zwar, daß sie nur im Verhältnis beider Komponenten zueinander zu verstehen sei, nur - diese Erkenntnis hat uns in der Findung des revolutionären Subjekts nicht unmittelbar weitergeholfen.

Trotz zahlreicher theoretischer Ansätze und Hinweise fehlt bisher in der Theorie eine eindeutige Bestimmung des Subjekts. Wir bewegen uns also in dieser Hinsicht (mit anderen) auf Neuland. Dies besonders, weil wir in der C.-str. von Anfang den notwendigen Bezug unserer Untersuchungen zur Praxis betont haben, d.h. wir stehen vor dem Problem, bestimmen zu wollen, welche Konsequenzen die Neubestimmung des/eines revolutionären Subjekts für unsere politische Praxis hat.

Es erscheint uns deshalb zwangsläufig, daß die Diskussion um die Notwendigkeit des antipatriarchalen Kampfes an dem Punkt der "Klasse" entstanden ist, Feministische Theorie hatte seit Jahren auf die Notwendigkeit der Neubestimmung der Bedeutung der Frauen in der Zusammensetzung der Klasse hingewiesen: weil einmal die Marxsche Theorie auf die Füße gestellt werden müsse, da sie den produktiven Charakter der bis dahin "Reproduktionssphäre" genannten Bereiche (Hausarbeit etc.) nicht erkannt hatte, zum anderen, weil der kapitalistische Umstrukturierungsprozeß eine Tendenz hervor gebracht hat, 'garantierte' Arbeit zunehmend in den Bereich Haus, in Richtung der unbezahlten Lohnarbeit - Stichwort "Hausfrauisierung" - abdrängt.

Im Folgenden trifft nun ein krasser Widerspruch zutage: in unserem Papier hat die Theorie keinerlei Entsprechung in der Benennung praktischen Frauenwiderstandes, im Trikont und hier. Zwar wissen wir von konkreten Aktionen hier, in Nigeria, in Bolivien in Costa Rica und anderswo, wissen dies aber nur aufgrund zufälliger persönlicher Kontakte, deren Beobachtungen natürlich auch nur punktuell, evtl. zufällig und subjektiv sind. Wir unterliegen hier auf der einen Seite der eindeutigen Politik der bürgerlichen Medien, die Frauenwiderstand schlicht aussparen. Zum anderen müssen wir davon ausgehen, daß spezifisch antipatriarchaler Widerstand von Frauen wohl tatsächlich erst in relativ geringem Umfang existiert.

Auf dem aktuellen Stand der Diskussionen in der C.-str. müssen wir - in Bezug auf Theorie und Praxis - zugestehen, daß wir, wenn wir von "Klasse" reden, mit einem Begriff, mit einer Worthülse hantieren, die wir noch nicht haben füllen können.

Wir als Linksradikale wollen von Situationen immer wieder sporadisch aufflammender Kämpfe ohne Folgen für einen kollektiven Lernprozeß, auf dem wir dann in den nächsten Auseinandersetzungen aufbauen können, wegkommen, stehen dabei jedoch vor einem praktischen Problem:

wie können wir eine linksradikale, autonome Widerstandspolitik entwickeln, die nicht der Versuchung erliegt, alles immer nur besserwisserisch zu kritisieren, sondern uns in konkreten Situationen handlungsfähig findet, mit dem Blick fürs Machbare, ohne in Reformismus abzugleiten, und die zudem Perspektiven einer längerfristigen Organisierung der Kämpfe eröffnet. Dies Problem ist ungelöst.

In diesem Zusammenhang haben die Diskussionen in der C.-str. nach unserer Meinung gezeigt, daß ein bloßes Verweisen auf konkrete Parallelen der Ausbeutungssituation der "Klasse" nicht zu konkretem Handeln führt, weder für die die Gruppen der Teilbereiche hier, noch können wir erwarten, daß dieses zunächst abstrakte Wissen zu gleichzeitigem Handeln der Unterdrückten im Weltmaßstab führt.

D.h. für uns nochmal: unsere Diskussionen sollten sich zentral um die Frage drehen, wie können wir die Aufarbeitung solcher Fragen nach der Notwendigkeit des Anti-Patriarchatskampfes und die nach "unserem" neuen revolutionären Subjekt verbinden mit Schritten praktischer Politik. Praxis aber bedeutet nicht nur Aktion, sondern die Auseinandersetzung mit konkreten Handlungsperspektiven. Dieses Feld ist im Moment allenfalls von den Reformisten besetzt, was einen Großteil ihrer Anziehung für ex-Linksradikale ausmacht. "Die greifen auch längerfristig was auf, was zudem machbar erscheint, und arbeiten daran, bis sie was erreicht haben."

Hierin liegt ein ganz wesentlicher Mangel unserer Politik: autonome Gruppen entstehen in konkreten Situationen, an konkreten Problemen. Sie zerfallen aber oft schnell wieder. Dies meist aus zweierlei Gründen: ideologische oder methodologische Unterschiede diskutieren wir oft so, als sei uns das Rauspulen der Unterschiede wichtiger, als das Finden von gemeinsamen Praxisansätzen. Fehler und Schwächen anderer - wie auch eigener - Positionen sind oft Anlaß für das Niedermachen der jeweiligen Position, damit meist der ganzen Debatte. Die VV's zur KWU-Kampagne mit dem Streit AloLa gegen Antiimps, wie auch die Aufbereitung/Nachbereitung zum 1.5. waren in dieser Hinsicht vor kurzem neue Beispiele.

Zum anderen verhindern die fehlenden Handlungsperspektiven immer wieder längerfristiges Arbeiten an einem Thema. Das hatte in Vergangenheit immer zur Folge, daß Gruppen entweder in der Theorie verharrten, sich darüber irgendwann aufgelöst haben, oder wir haben kurzfristig zu diskutieren und Handeln begonnen, 2 Wochen oder 2 Monate später aber war dieser Zusammenhang wieder zerfallen. Kongress xxx oder Aktion yyyy war ja gelaufen.

Fragen

Weil der weltweite Widerstand gegen den Imperialismus - innerhalb unserer Kampagne trifft er uns über die IWF/WB-Politik entgegen - derart vielfältig ist, sind wir weit davon entfernt, bestimmen zu können, entlang dieser oder jener Widerstandslinie muß unsere Politik laufen, mit diesen oder jenen Teilen von "Klasse" könnten/müßten wir uns verbünden. Oder: hier ⁱⁿ müßte unser Ansatz von Widerstand bestehen.

Dabei wird uns ein nur empirisches Zusammenfassen aller/vieler uns bekanntgewordener Widerstandsaktionen und Formen wahrscheinlich ebensowenig weiterhelfen, wie die vor-schnelle Behauptung, Hungerrevolten in Brasilien wiesen uns den Weg zur Organisierung der "Klasse", oder gar die Linie Toxteth - Brixton - Kreuzberg.

Wir müssen fragen:

- lassen sich Tendenzen erkennen? Welche?
- Wieweit sind solche dann verallgemeinerbar, evtl. auf unsere Situation zu übertragen für uns zu nutzen?
- sind Kämpfe in den Metropolen im Moment/längerfristig organisierbar?
- Von wem, wenn wir keine Eliten/Avantgarde wollen?
- Können wir von einer Gleichzeitigkeit der Kämpfe in den Metropolen und im Trikont ausgehen?
- Oder ist evtl. das Wissen um die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung der Kämpfe entscheidender für unsere Strategiebestimmung?
- Welcher Art Widerstand ist es, der das herrschende System am meisten bedroht, am ehesten ins Wanken bringt?
- Die Revolten, die riots (die ja nochmal x-mal unterschiedlich ablaufen, oft ganz verschiedene Ursachen und Ziele haben), sobald sie in ausreichender Vielzahl ablaufen?
- Die nationalen Befreiungsbewegungen (die eine nationale Befreiung anstreben, aber logistisch alles andere als national operieren), die als Avantgarde (Elite?) die Kämpfe organisieren?
- Der Kampf in Metropolen, aber wenn ja, welcher Kampf dort, mit welchen Inhalten, mit welcher Form, wer wird dabei kämpfen?
- Oder eine Verbindung von all dem, aber wie Verbindung, wenn es jetzt keine gibt, und die Strategien so zahlreich, die Taktiken so verschieden? (Und etliche Gruppen des linksradikalen Spektrums sich ebenfalls kaum einigen können)

Wir meinen, das langfristige Ziel unserer Untersuchungen des weltweiten Widerstandes und der Suche nach dem revolutionären Subjekt sollte sein:

Ursachen für den Widerstand ergründen, seine Ziele, den roten Faden weltweiter Widerstandsaktionen zu fassen suchen, um unseren Widerstand hier effektiver zu machen und massenhafter, besser organisiert und dauerhafter, damit erfolgreicher.

Untersuchung

Bei der Untersuchung scheint es uns nötig, eine Dreiteilung vorzunehmen:

den Widerstand im Trikont zu betrachten

den Widerstand in den metropolitanen Ländern Europas zu beleuchten

und die Situation der BRD zu beschreiben, wo die Widerstandslinien noch einmal gesordert gebrochen und vielfältig verlaufen.

Diese Einteilung erfolgt weniger aus Gründen der so verlaufenden politischen Entwicklung des Widerstandes, als vielmehr wegen einer notwendigen Systematik bei der Unter-

suchung/Beschreibung. Ob das so praktikabel ist, wird die Diskussion zeigen.

Innerhalb der Trikont-Beschreibung scheinen uns die Fragen wesentlich, die hier die Debatte nachhaltig bestimmen:

- sind die Revolten, die riots, die oft unorganisiert beginnenden Ausbrüche von Massengewalt gegen herrschende Zustände Teil der revolutionären Linie, an der wir uns entlanghangeln können, weil hierbei keinerlei Eliten zur Macht streben, die Organisationsformen des Widerstands sich tatsächlich erst im Kampf herauskristallisieren?
- andererseits: was heißt denn Che Guevaras "schafft 2, 3, viele Vietnams ..." heute? Für Che war damals zweierlei klar: 1. der internationalistische Aspekt jedes Befreiungskampfes, jeder Revolution. 2. Die Organisation des Kampfes durch den bewaffneten Focus.
- Während die bewaffneten Gruppen der Metropole im Grunde die Focus-Theorie weiterverfolgen, haben sich die zentralamerikanischen Guerrillabewegungen strategisch davon abgesetzt.
- entfernen sich nationale Befreiungsbewegungen zwangsläufig mit der Konstituierung starker militärischer Strukturen schnell von ihren sozialen Ursprungsbewegungen, werden gar eine neue Elite auf dem Weg zur Macht?
- oder sind FMLN (El Salvador), FARC (Kolumbien), NPA (Philippinen), EPRLF (Eelam) et bewaffnete Sektionen der jeweiligen sozialen Bewegungen, stehen mit ihnen im Austausch, lernen von ihnen?

Tendenzen

Die Grünen berichten in einer Anfrage an die BRD-Regierung von mindestens 17 Aufständen in 13 Ländern des Trikont, die eindeutig mit den Anpassungsprogrammen des IWF in Verbindung zu bringen sind.

Wir können davon ausgehen, daß es etliches mehr an Widerstand in den letzten 10 Jahren gegeben hat, die Medien der BRD darüber aber nichts berichtet haben. Weil sie "zu unbedeutend" waren, oder - wie im Fall von Frauenwiderstand zu vermuten - politisch nicht genehm.

Eines, scheint uns ^{haben} diesen Revolten gemeinsam, sie sind nicht erkennbar Folge einer langjährigen Oppositionspolitik einer Partei, Massenorganisation, oder einer Guerrillabewegung. In jedem der Fälle wurde aber von politischen Kommentatoren festgestellt, daß jetzt "das Faß übergelaufen ist", d.h. die Aufstände nicht aus heiterem Himmel kamen.

Die folgenden Einschränkungen und Unregelmäßigkeiten (Jamaica spielt eine Sonderrolle Brasilien, mit Einschränkung auch Peru - von den in der "Anfrage" erwähnten Ländern sind sicher nicht vollständig. In Bezug auf eine Tendenz 'spontane Massenaufstände' als Antwort auf IWF/WB-Maßnahmen gibt es wohl noch andere Brüche.

- Unregelmäßigkeit Jamaica: die Auseinandersetzungen mit Bullen liefen zu einer Zeit, (1979/80) als noch die relativ fortschrittliche PLP Michael Manley's an der Macht w

Die Aufstände hatten einen doppelten Hintergrund: ein Teil der Massen protestierte in den Straßen aufgehetzt von der rechten Peoples National Party von Seaga, aus kurzfristigen wahltaktischen Überlegungen heraus. Die Regierungspartei selbst hat ihre Gefolgschaft gegen IWF/WB mobilisiert, um deutlich zu machen: für die Krise in Jamaica, Reallohnkürzungen, Lebensmittelknappheit, ist nicht die PLP verantwortlich, sondern die Yanks, die Banken, der IWF, die Weltbank. Also keine spontanen Revolten. Dasselbe gilt für 1987. Zwar sind heute die Strassenkämpfe nicht eindeutig als Reaktion auf IWF-Maßnahmen zu erkennen, aber sicher eine Folge der IWF/WB angepassten Wirtschaftspolitik Seagas in den letzten 7 Jahren. Der Widerstand heute wird getragen von Mitgliedern und Sympatisanten der PLP, einer populistischen, links-liberalen Massenpartei.

- Einschränkung Brasilien: Eine parallel laufende Tendenz zur wachsenden Bereitschaft der Massen zu Aufstandsaktionen sehen wir in der Organisation (hauptsächlich) der Metallarbeiter in neuen Gewerkschaften (seit etwa 1981), die einen eindeutigen Klassenstandpunkt in den Kämpfen einnehmen.

- In Peru sind die Revolten von 77/78 wesentlicher Hintergrund für die Reorganisation der (heute regierenden) reformistischen Partei APRA, die eine Linie gegen die IWF-Auflagen fährt, nur 10% der Exporterlöse des Landes in die Zins- und Tilgungszahlungen zu stecken.

Sie sind aber auch Voraussetzung gewesen für die Entstehung des Wahlbündnisses von Kommunisten mit linken Splittergruppen zu den letzten Wahlen. (ca.30% der Stimmen) Und für die Entstehung des Sendero Luminoso als Kaderorganisation mit Massenbasis (zumindest in Ayacucho)

Am Beispiel Perus wäre sicher interessant, zu untersuchen, inwieweit hier der Eingang einer sogenannten Anti-IWF-Politik in das Regierungsprogramm eines Landes der Versuch ist, das Unbehagen der Massen, das sich noch nicht in spontanen Aufständen äußert, zu kanalisieren, also eine von oben und vorsorglich geltende Linie sozialdemokratischer Tradition, oder eher der letzte Strohalm der Herrschenden, die sich dem Druck der Massen mit solchen Scheinzugeständnissen nocheinmal hoffen, entziehen zu können. Eine weitere, offene Frage, ist die nach der Rolle der nationalen Bourgeoisie in Peru. Inwieweit gerät sie in einen Gegensatz zur Politik internationaler Großbanken, wie weit profitiert sie von Maßnahmen/Auflagen des IWF/WB.

Wirkung und Folgen der Revolten

Auf der Erscheinungsebene scheint - soweit für uns zu beobachten - in allen Fällen nach dem Aufflammen der Massenrevolte eine Kontinuität von Widerstand auf Massenbasis nicht gegeben. Welche Formen von Widerstand an die Stelle der Revolte getreten sind, - wir gehen davon aus, daß die Revolte politische Folgen für den Widerstand und die Herrschenden haben - wissen wir nicht. Im Fall von Haiti z.B. wäre dies sicher spannend zu untersuchen, wie es möglich ist, ohne erkennbare Organisationsformen traditioneller Art (Partei - Gewerkschaft - Guerrilla) über einen solch langen Zeitraum militanten Massenwiderstand zu leisten.

Aber: eine grundlegende Änderung des Herrschaftssystems haben Revolten in keinem Fall herbeigeführt.

Gut, in Brasilien hat die Militärdiktatur und ihre pro-IWF-Politik zu einer verstärkten Organisation der in diesem sog. Schwellenland relativ zahlreichen garantierten od. freien Lohnarbeiter geführt. Nicht zuletzt dies hat zur Abdankung der Diktatur geführt, wobei offen bleiben muß, ob die Hungerrevolten oder die Streiks den "stärkeren" Druck aufs System ausübt haben.

In Bolivien hat der zentrale Gewerkschaftsverband COB die Politik gegen IWF/WB seit 1982 zum zentralen Punkt seiner Massenmobilisierungsarbeit gemacht, mit der Folge, daß dort eine breite Anti-IWF-Bewegung entstanden ist. Diese bewegt sich im Moment in den eher traditionellen Bahnen des Protests, Demos etc.

In der Dominikanischen Republik ist die Widerstandsmassenbewegung, die 1984/85 das Regime beinahe zum Kippen gebracht hätte, offenbar zerfallen.

Jamaica steuert auf eine neue Runde parlamentarischer Auseinandersetzung zu, Wahlen stehen an, die Regierung Seaga hat mit Hilfe des IWF und seiner Anpassungsprogramme abgewirtschaftet. Eine revolutionäre Massenbewegung aber ist nicht in Sicht.

Offen ist die Situation in Haiti, aber das Fehlen jeglicher Organisationsstrukturen auf Massenbasis scheint auch hier den Erfolg der riots, (Erfolg als Veränderung des Systems der Herrschaft), die seit eineinhalb Jahren andauern, in Frage zu stellen. Ägypten, der Sudan, Tunesien, Marokko, Sierra Leone in Afrika, Sri Lanka in Asien (wir lassen hier die Kämpfe der Tamilen gegen das Zentralregime raus) und Ecuador in Südamerika scheinen vorerst befriedet.

Wir meinen aber, es ist unbestritten, daß es dort weiter brodelt.

Befreiungsbewegungen

Ein anderes, wesentliches Element weltweiten Widerstands gegen imperiale Herrschaftsansprüche ist die Existenz nationaler Befreiungsbewegungen.

In den Diskussionen der Linksradiكالen sind sie zunehmend ins Gerede gekommen. Ein Hauptargument in der Debatte: "Befreiungsbewegungen sind etwas ganz anderes, als soziale Bewegungen."

Internationalismus wie bei der bedingungslosen Unterstützung Ben Bellas in Algerien, oder ausgedrückt in Demos unter dem Motto 'Ho-Ho-Ho-Chi-Min' oder 'Mao - Tse -Tung' ist 'out'. Es scheint, als seien wir in Bezug auf Internationalismus kritischer geworden, während die Bedeutung zu internationalistischen Themen arbeitender Gruppen deutlich zurückgegangen ist in der BRD.

Nicht vergessen, aber bisher nie praktisch geworden ist die Kritik an der Tatsache, daß diese revolutionären Gruppen sich meist nicht anders als verbal von Machismo und Frauenunterdrückung absetzen.

Nach Meinung der FSLN in Nicaragua müssen die Frauen weiterhin in erster Linie viele Kinder kriegen, weil Nicaragua viele "neue Menschen" (hombre nuevo) braucht. Das Motto solcher Kampagnen ^{wie} "erhöhen wie die Produktion" zielt nicht nur auf die ökonomische Größe, sondern auch auf die Erhöhung der Zahl der Produzenten übers Gebären.

Natürlich gibt es in Nicaragua viele Frauenⁱⁿ gesellschaftlich einflußreichen Positionen, auch kämpfen viele an den Fronten mit. Sie sind aber dennoch a) Ausnahmen und dienen b) oft dazu, die Regel der Frauenunterdrückung zu verstecken.

Ein Recht auf Abtreibung z.B. haben die nicaraguanischen Frauen bis heute nicht. Die einzige Kampagne, die es bisher in dieser Hinsicht gab, basierte auf der Tatsache, daß die volkswirtschaftlichen Kosten zu hoch sind, weil viele schwangere Frauen zu Kurpfuschern und Engelmacherinnen gehen, die staatlichen - kostenlosen - Krankenhäuser danach aufwendige, teure Anschlußbehandlungen verletzter Frauen durchführen müssen. "Wäre es da nicht besser, die Abtreibung zu legalisieren." ('Barricada', Nov.85)

Vielleicht wichtig zu erwähnen ist die Tatsache, daß die zunehmende Kritik an den nationalen Befreiungsbewegungen nicht nur von den Linksradikalen, sondern auch von Reformisten gekommen ist. Diese entdeckten die undemokratischen Züge, den fehlenden Pluralismus, die Demokratie, ohne die doch kein Sozialismus möglich ist. Und sie beklagten sich, mit Cohn-Bendit an der Spitze, darüber, daß die (in diesem Fall) FMLN ja nichts anderes wäre, als eine neue Elite, die Macht nur mit neuen Methoden ausüben wolle.

Die ersten Musterbeispiele der Linken, die kubanische und die vietnamesische Revolution sind längst gefangen in der Ökonomie des RGW, der politischen Starre des realen Sozialismus. Im Falle von Vietnam haben hegemoniale Interessen den "proletarischen Internationalismus" ersetzt.

Anders als heute waren zentrale Punkte der Diskussionen über Internationalismus Fragen nach dem "wie?" des sozialistischen Aufbaus, das Überdenken politisch möglicher Alternativen. Sowjetisches oder chinesisches Aufbaumodell, Zentralisierung zur gesellschaftlichen Entwicklung oder Dezentralisierung? Was bedeutete die Tatsache, daß es sich um Agrarländer, beinahe ohne Arbeiterklasse, handelte?

Aufbau einer Schwerindustrie ja oder nein? Wenn ja, Übernahme des chinesischen Modells mit (z.B.) vielen kleinen Hochöfeneinheiten, oder große Anlagen, die "wirtschaftlicher" arbeiten?

Kurz, die Prozesse dort bedeuteten für uns natürliche Lernmöglichkeiten, gerade auch weil sie^{sich} schon auf einer Ebene befanden, die die Machtfrage mit einschloß, oder entschieden hatte.

Eine solche Auseinandersetzung mit den Kämpfen in der sog. dritten Welt findet heute nicht mehr statt. Eher die um die caritas-ähnliche Hilfe für Nicaragua.

Wir meinen: seit der kubanischen Revolution 1959 ist festzustellen, daß systemverändernde Machtwechsel ausgehen von organisiert und bewaffnet operierenden Bewegungen, die mit sozialen Bewegungen der Völker im Austausch standen/stehen. Erst in dem Moment, wo zu dem Element des bewaffneten Kampfes einer oder mehrerer Guerrillagruppen der organisierte Volksaufstand hinzukam, ließ sich das jeweils herrschende Machtgefüge stürzen. Einen solchen Umsturz als unmittelbare Folge eines oder mehrerer riots hat es nicht gegeben.

Was also sind die Knackpunkte unserer Kritik an den nationalen Befreiungsbewegungen? Nach unserer Meinung liegen sie in zwei Bereichen:

1. Wie sieht das Entwicklungsmodell der Bewegungen für ihre Länder aus?

Hier müssen fragen, Muß wirklich jede Stufe der Entwicklung des Kapitalismus in den Metropolen "nachvollzogen" werden? Muß z.B. in Kuba ein AKW gebaut werden? Also nichts anderes, als die Übernahme des traditionellen marxistischen Entwicklungsmodells: Fortschritt gemessen am Stand der Entwicklung der Produktivkräfte. Industrie wird automatisiert, die Landwirtschaft industrialisiert. Die Kritik an der Übernahme kapitalistischer Produktions- und Herrschaftstechnologien. Zur "Entwicklung" des Landes schien es den Offizieren in Libyen nach 69 notwendig, die Nomaden anzusiedeln zu machen. Die Marxisten in Äthiopien zerstören in ihrem Krieg gegen die Bevölkerung Eritreas die Strukturen der Subsistenz.

Dazu kommen Fragen, die im Bereich "Kulturimperialismus" genauer benannt sind. Warum ist das Fernsehprogramm in Nicaragua ähnlich schwachsinnig wie das in Costa Rica, Fernsehserien aus Yankeeeland überallem.?

2. Wir müssen die Frage nach dem doppelten Unterdrückungsverhältnis der Frauen stellen, das mit bloßem Gleichheitsgerede nicht zu beseitigen ist. Wie gehen wir in die Zukunft um mit Organisationen, die Machismo aus taktischen oder ideologischen Gründen nicht praktisch angreifen?

Weitere Kritikpunkte

Nach unserer Meinung liegen also hierin Ansätze linksradikaler Kritik an den Bewegungen im Trikont.

- die Übernahme kap. Herrschaftstechnologien - extensive Pharma-Medizin, die Monokulturplantagenwirtschaft mit allen bekannten Folgen für Ökologie etc, mit der Abhängigkeit von multinationalen Pestizidherstellern, - die Aludose nicht zu vergessen und die Auto. usw....

Dazu kommt die oft rein nationale Ausrichtung des Widerstands im Land selbst, die Herausbildung eines internationalistischen Bewußtsein bei den Massen zu vernachlässigen. Hierzu ein Beispiel der Innenpolitik der FMLN.

- Seit dem Winter 85/86 ist die Wirtschaftspolitik der Duarte-Regierung für die Bewegung in der Hauptstadt und für die FMLN Hauptansatzpunkt innenpolitischer Auseinandersetzung. Das Wirtschaftspaket (paquetazo economico) hat zur Abwertung der Lira geführt, zu steigenden Preisen, zu Reallohnverlusten. Schuld an dieser Krise ist für die politisch/militärische Opposition Duarte. Obwohl die FMLN sonst die USA als Hauptverantwortlichen für den Krieg, die Lage in El Salvador, nennt, läßt sie in dieser innenpolitischen Kontroverse die USA, die US-Großbanken, die fürs Kapital notwendigen internationalen Umstrukturierungsmaßnahmen als grund außer Acht.

Es ist nur zu vermuten, daß die FMLN - im Vorgriff auf die Zeit ihrer Regierung oder Übernahme - nicht in die Lage kommen will, wie seinerzeit Nicaragua nicht kreditwürdig dazustehen.

- Beispiel Kuba: die Kubaner organisieren schon seit langem Kampagnen gegen die

se Verschuldungspolitik des IWF/WB. Nur die "gerechten" Kredite sollten wir zurückzahlen, die anderen nicht." Mit dieser Linie ist zumindest im lateinamerikanischen Raum erheblich mobilisiert worden, die Schulden nicht zu zahlen, steht für viele Staaten auf der Tagesordnung. Die Kubaner selbst aber - so lobte kürzlich das 'Handelsblatt' zahlen ihre Tilgungs- und Zinsraten pünktlich. In diesem Bereich hat die nationale Politik eindeutig Vorrang vor internationalen Verbindungslinien des Widerstands in Lateinamerika (die in der Logistik militärischer Strukturen sicherlich bestehen).

- Von Nicaragua wissen wir, daß das Land seit Jahren keine Kredite von internationalen Finanzorganen erhält. Um mit der ökonomischen Krise - natürlich auch eine Folge des Yank-Contra-Krieges - klarzukommen, hat die FSLN entscheidende Maßnahmen der IWF-Anpassungsprogramme von sich aus durchgeführt: Abwertung der Landeswährung, Abbau der Subventionen für Grundnahrungsmittel, eingeschränktes Streikrecht.

Bei all dieser Kritik eine Bemerkung am Schluß diese Abschnitts. Uns scheint, eine politische Alternative zur Politik der Befreiungsbewegungen - wie sie zur Macht kommen und wie sich als Staat verhalten - haben wir Linksradikale nicht. Wir wollen die FSLN in Nicaragua kritisieren, messen aber dennoch dieses Land, dieser Bewegung auch an seinem antiimperialistischen Kampf, in dem Nicaragua - trotz einer eher sozialdemokratischen Ausrichtung der Theorie der führenden FSLN-Fraktion (Terceristas) - noch keinen Schritt zurückgewichen ist, und sich vielen Bewegungen der Region gegenüber praktisch durchaus internationalistisch verhält.

Wir sagen dies, weil wir wegkommen wollen von der Position, immer nur alles - besserwischerisch - zu kritisieren, ohne uns je Gedanken zu machen, wie könnte unserer Meinung nach eine linksradikale Alternative aussehen. Die Frage nach einer Alternative wird uns hoffentlich noch ganz stark bei der Frage unseres Umgangs mit den Bewegungen beschäftigen, für die Machismo ein notwendiges Übel zu sein scheint.

Wir haben jetzt nur ein paar Aspekte von Widerstand unter verschiedenen Vorzeichen erwähnt, „FraGEN ANGERISSEN“, die für einen neuen Internationalismus von Bedeutung sein könnten.

Organisationen wie die NPA, die Situation auf dem afrikanischen Kontinent, speziell die Lage in Südafrika, sind rausgefallen. Einmal, weil wir zu dem Beschriebenen mehr wissen, zum anderen wäre sonst alles noch länger geworden. Innerhalb dieses Themenbereichs bleiben für uns viele Fragen offen, die nach einer linken Antwort auf Aquino, auf Pinochet etc. Und was hat zur Aufgabe der Tigers in Eelam geführt?

Was noch alles fehlt

Den ganzen Aspekt von Arbeiteraufständen in den Fabriken, Fabrikbesetzungen wie jetzt in Puebla, haben wir nicht erwähnt, Fragen nach neuen Formen der Organisierung der Wenigen im Trikont mit garantierten Arbeitsverhältnissen.

Die Landbestzungen.

Die Situation der RGW-Länder, hierbei besonders Polen, das unter dem Aspekt des Widerstandes eine gesonderte Diskussion erfordert.

Beispiele von riots - wie die Abfackelung des Chemie-Komplexes in Südkorea vor über

einem Jahr - fallen raus. Überhaupt die Lage dort. Studentenunruhen, Arbeiteraufstände, oder was? Kampf um die Macht gegen die Sozialdemokraten, oder people power auf koreanisch?

All dies sollte auf dem Kongress im Frühjahr Thema sein.

Noch ne Bemerkung: wir beschränken uns in aller Regel auf die Medien der BRD. internationalen Widerstand wird wahrscheinlich in der NZZ, dem Observer, in Le umfassender berichtet. Sicher ist auch dies ein Grund, warum wir über Frauenwiderstand bisher so wenig wissen.

Aber auch hier könnte der direkte Austausch, über ein Info, uns weiterhelfen.

Metropolitaner und BRD - Widerstand

Die Tendenzen des Widerstands gegen die Herrschaft des Kapitals in den Metropol Ländern erscheinen uns sehr viel weniger eindeutig, als die in Bezug auf riots organisierten Widerstand im Trikont.

Eines jedoch ist in den letzten 15 - 20 Jahren in Europa deutlich geworden: (mit Ausnahmen Polen und z.T. Spanien) die organisierte Arbeiterklasse mit ihren traditionellen Formen der Organisierung in Gewerkschaften und Revi-KP's hat ihre Macht eingebüßt.

Dieser Prozeß ist in Italien und Frankreich anders abgelaufen als in England, die BRD spielt eh eine Sonderrolle.

In Italien und Frankreich ist es den Herrschenden gelungen, die ehemals starken Klassenorganisationen zu zerschlagen. Anders als in der BRD war es dort in den letzten Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre gelungen, den Widerstand in Stadtteil Fabrik und Universität zu verbinden, wobei der Schwerpunkt auf dem Widerstand der organisierten Arbeiterklasse lag.

Die technische Neuzusammensetzung der Klasse, die Zerschlagung ganzer Fabrikstr über eine Aufteilung in verschiedene Sektionen und Regionen, die Ausdehnung des sog. informellen Sektors, die Verlagerung ganzer Produktionszweige in Länder des Trikont, haben dem Widerstand die Grundlagen seiner Handlungsfähigkeit geraubt. Klar ist hierbei allerdings, daß in Italien die bewaffneten Gruppen wie nirgends sonst in den hochindustrialisierten Ländern Unterstützung in der Bevölkerung hatten.

(Hier hat die Umstrukturierung ~~des~~ Bullen/Countersektors Wirkung gezeigt) Die ETA und IRA betrachten wir hier als besondere Bewegungen.

In England hat die organisierte Arbeiterklasse nie den Widerstandsrahmen der Fab verlassen, war aber dennoch bis Mitte der 70er Jahre der Faktor, die englischen Kapitale auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig machte. (natürlich spielte die Vertiefung der Industrie, auf Grund der alten Machtstellung des Empire, auch eine Rolle) Über neue Gewerkschaftsgesetze nach dem Vorbild der BRD, der Organisierung der Arbeitskampfabläufe von oben, gelang es der Thatcher-Regierung, den gewerkschaftlichen Kampf zu einer stumpfen Waffe zu machen. Traditionelle Ständedünkel einer organisierten Arbeiterelite tat in den Streiks bei Murdoch und der Bergarbeiter ein über die notwendige Solidarisierung anderer Gewerkschaften und gesellschaftlicher Gruppen

pen zu verhindern. Die starke Stellung der organisierten Arbeiterklasse und ihrer Partei - der Labour Party - (bis vor wenigen Jahren) hat in England das Wachsen neuer Widerstandsformen und Strukturen, bei den Reformisten und bei den Linksradi- kalen, bisher verhindert. Hierin liegt sicher eine Ursache dafür, daß seit 1975 riots von Leuten anderer Nationalitäten, ab 84 auch von weißen - entgarantierten - Jugendlichen immer wieder aufflammen.

In Spanien ist die traditionelle Form der Organisierung in Gewerkschaften noch nicht in dem Maße Integrationsfaktor des Kapitals, wie in den bisher genannten Ländern. Der UGT, der Gewerkschaft der regierenden PSOE, kommt allerdings im nach-faschistische Spanien genau diese Rolle zu.]

Weiterhin existieren gewerkschaftliche Klassenorganisationen - wie die SOC in Andalu- sien - die in der Tradition des anti-faschistischen Widerstandes stehen, und ent- sprechend von den Sozialdemokraten verfolgt werden.

Andererseits sind die anarchistischen Ansätze, wie CNT und FAU, gescheitert, und heute regional wie national politisch bedeutungslos.

Eine neue Widerstandslinie zeichnet sich möglicherweise in Aktionen wie denjenigen der lothringischen Stahlarbeiter ab, die 84/85 mit Bulldozern Rathäuser niederwalzten also nicht in ihren (eh maroden) Fabriken verharrten. Und den Aktionen streikender spanischer Arbeiter im Mai 87, die an zwei Stellen Basen der Yanks in Spanien zum Ziel ihrer Protestaktionen machten.

Dieser Widerstand ist bisher regional begrenzt geblieben. Wir wissen z.B. von Leuten aus dem Bergarbeiterstreik in England, daß sie durchaus die regionale Begrenzung zu überwinden versucht haben, die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung des Widerstandes in den verschiedenen europäischen Ländern (BRD-Gewerkschaften als Streikbrecher) und der Aufbau eines internationalen Apparats zur Aufstandsbekämpfung, die Inter- nationalisierung der Counterstrategien, haben aber bisher eine Verbindung von Kämp- fen verhindert.

Nach unserer Meinung ist es im Moment nicht möglich, aus diesen Widerstandsansätzen Verbindungslinien nachzuvollziehen, die über eine Parallele hinausgeht, wie sie in den Köpfen linker Theoretiker entsteht.

Unsere Situation hier

Wir wollen jetzt nicht auf die historische Entwicklung der neuen deutschen Linken ein- gehen, der Herausbildung der bewaffneten Gruppen auf der einen, der Bürgerinitiativen später der autonomen Teilbereichsbewegungen. All dies ist sicher schon x-mal analy- siert worden.

- Fest steht, in der BRD sind die bewaffneten Gruppen als Avantgarde gescheitert.
- Fest steht, nirgends woanders gibt es eine derart einflußreiche linke Reformbewegung, die es geschafft hat, große Teile früherer Linksradi- kaler aufzusaugen, und neu auf den Parlamentarismus einzuschwören.
- Fest steht, nirgends wie in der BRD sind sowohl die Gewerkschaften, als auch nicht- organisierte Angestellte und Arbeiter selbst soweit ins herrschende System von sog.

freier Marktwirtschaft und Unterdrückung des Widerstands eingebunden, und akzeptieren es als originär "ihr" System.

- Fest steht, nirgends gibt es eine breiter gefächerte Basisbewegung/en gegen die verschiedensten Auswüchse neuer imperialistischer Herrschaftsmodelle, von Knast- gruppen, über Gruppen gegen Autoteststrecken bis anti- Gentechnologie-Gruppen.
 - Und, nirgends haben sich einige dieser Basisbewegungen auch bei der Umsetzung li- radikal, militanter Politik so lange als politischer Faktor behaupten können, wie z.B. die anti-AKW-Bewegung.
 - Und nirgends gibt es eine solche Vielfalt militanter Gruppen und Aktionen, deren eindeutige zahlenmäßige Zunahme nicht nur auf eine wachsende Akzeptanz militanter Widerstandsformen in der Bevölkerung schließen läßt, sondern auch auf unsere wachsende Bereitschaft, solche Widerstandsformen zum normalen Bestandteil unserer Politik zu machen.
- Nur, was ergibt sich daraus für uns?

Um das vorweg zu sagen: wir möchten gerne Diskussionen vermeiden, die entstehen, der Trikontbereich sehr viel umfangreicher ist als der über metropolitanen Wide- stand, hierbei der bewaffnete Widerstand nur absolut am Rande erwähnt wird.

- Wir haben im Anhang (Teil 1 und 2) versucht, eine Zustandsbeschreibung der Wider- und der Kapitaleseite zu geben. Dies aber nur sehr skizzenhaft. Dies ist eine Schrift vieles wird dadurch angreifbar. Nach unserer Meinung aber unvermeidlich, da wir denzen aufzeigen wollen, die nicht von noch mehr Text und Empirie zugedeckt werden sollen.
 - Der Widerstand, den wir heute im Trikont wahrnehmen, ist Massenwiderstand, d.h. Klassenkampf hat die Stufe des Sektierertums (lange) überwunden.
- Der Kampf bewaffneter Gruppen in Europa (außer ETA und IRA) war und ist aber nur Reflex sehr viel breiterer politischer Bewegungen (Arbeiter - Studenten - z.T. Frauenbewegung), die in den letzten 15 Jahren zunehmend in die Defensive gedrängt worden sind, und ihre Kraft und Bedeutung verloren haben.
- Dies war ein Grund für die zunehmende Schwäche und Isolierung der bewaffneten Gruppen. Sie sind heute weder Träger des Widerstandes einer/der "Klasse", noch verstehen Massenbewegungen - z.B. die Bereichsbewegungen in der BRD - Gruppen wie die RAF ihre bewaffnete Fraktion.

Wir schließen daraus: der Widerstand in der BRD bewegt sich heute vorwiegend im (ander linksradikaler, militanter Ein-Punkt (Aktions-) politik und einem reformist Spektrum, dem es gelungen ist, sowohl Widerstandsthemen, als auch bedeutende Teile früherer Widerstandsbewegungen zu integrieren und für sich nutzbar zu machen.

Wir müssen heute zugestehen, daß für eine Mehrheit der jugendlichen Arbeitslosen, der Marginalisierten - sofern sie überhaupt "nach links" tendieren, und sich nicht eher mit faschistischem Gedankengut und Handeln anfreunden - der Reformismus sehr viel attraktiver ist, als unsere Ansätze linksradikalen Widerstands.

Linksradikaler Widerstand ~~hat~~ hatte in der BRD nie die Tendenz, Massenwiderstand zu werden. (Die Studenten- und Jugendbewegung, die ja in Phase des historischen Umbruchs in der BRD ablief - erste Nachkriegswirtschaftskrise, 66/67, Ende des Kalten Krieges auf dem Hintergrund, daß die Metropolländer neue Märkte erschließen mußten, usw. war da eine Ausnahme)

Dies ist so, obwohl es uns Linksradikalen immer wieder gelungen ist, Konflikte zu eskalieren, zu radikalisieren, und bis dahin passive ~~sozial~~ Bevölkerungsschichten mit-einzubeziehen, wie in der Anti-Akw-Geschichte, oder - hier in Berlin - in der Häuserbewegung.

Unser antimilitaristischer Kampf (BRD raus aus der Nato) hat andererseits nie ne Breitenwirkung gehabt, obwohl Anfang der 80er Jahre die Bereitschaft vieler Leute, sich für eine Abrüstungspolitik zu engagieren, deutlich war.

Die Friedensbewegung, der reformistische Weg, hat diesen Widerstand vermasselt, und in die Sackgasse geführt. Wir haben und hatten keine politische Antwort darauf.

Wir haben auch bisher keine politischen Antworten auf Fragen wie die nach dem "Weißen Kreis", den Senats-Preiserhöhungen (BVG, BSR, BEWAG, GASAG), Themen, bei denen es möglich scheint, unser Sektierertum zu überwinden, wenn wir längerfristige politische Handlungsperspektiven entwickeln, Politik längerfristig organisieren. Das setzt aber zunächst einmal voraus, daß wir die grundlegende politische Auseinandersetzung mit dem politischen Reformismus in der BRD/Westberlin überhaupt führen wollen.

Die Linie "mit denen reden wir nicht", und "wenn du zu denen hingehst, bist du selbst schon mit einem Bein Reformist" ist die Garantie für ein Fortbestehen unseres Sektierertums.

Dies zumindest solange, wie nicht massenhafter Klassenwiderstand spontan neue Grundlagen für eine ganz neue Auseinandersetzung unter uns herausbildet, und unser Verhalten im Widerstand. In dieser Richtung scheint uns aber nichts in Sicht, trotz der Nacht vom 1. auf den 2. Mai. Diese Nacht hat erfreulicherweise unsere Stimmung verbessert, unsere unmittelbaren Kampfbedingungen aber keineswegs.

Ein Wort noch zum Carp/Mun-Kongress und der Parole "Verhindern wir ..."

In einem Flugblatt schreiben Genossinnen/en: "... die ganze Mobilisierung war bestimmt als ein Schritt in einem längeren Prozeß des Widerstandes hin zur Verhinderung des IWF-Kongresses."

Natürlich finden wir gut, wenn sich schon viele Leute und Gruppen auf den IWF-Kongress und die Kampagne beziehen. Gut war auch, verschiedene politische Linien in einem kurzen Vorbereitungsprozess zu bündeln, in dieser Phase ist sicher noch einiges Inhaltliche zur Rolle der Mun-Sekte, zur Funktion des Kongresses, rübergekommen.

Dennoch war es nicht eine Probe, eine Vorbereitung für den IWF-Kongress, unsere Kampagne. Weil es nämlich keinen längerfristigen Prozess der Vorbereitung gegeben

hat. Spätestens nach der Kessel'demo' hätten wir neue Formen des Vorgehens finden müssen, weil eine Verhinderung des Kongresses nicht durchzusetzen war. Aber in erster Linie wegen der Kurzfristigkeit der Vorbereitung - mitten in der Sommerpause - waren wir dazu nicht mehr in der Lage.

Gerade deshalb eine langfristige Kampagne mit langvorbereiteten Schritten der politischen Eskalation.

TEIL 2

A Welches sind die neuen Angriffslinien des Kapitals?

Wir haben bisher die Widerstandsformen im Trikont und in den Metropolen skizziert. Um ein vollständiges ^{tes} Bild zu erhalten, müssen wir uns auch die Entwicklungen des Gegners anschauen. Wir wollen uns dabei auf die ökonomische Ebene beschränken, in dem Wissen, daß die politisch-militärische Ebene an sich dazugehört, die IWF/Weltbank-Politik ohne die politische und militärische Hegemonie der USA, den NATO-Staaten und Japans nicht denkbar ist.

Die fortbestehende ökonomische Hegemonie der Metropolländer beruht auch auf der Fähigkeit der imperialistischen Staaten und Konzerne, regionale und globale Krisen in ihrem Interesse zu lösen. Dabei erwies sich das kapitalistische System derart innovativ, das es ihm immer wieder gelang, aus den krisenhaften Akkumulationszyklen neue Wege und Methoden im Kampf gegen die Klasse zu entwickeln und damit neue Profitquellen aufzutun.

Der Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods, die Aufhebung der festen Dollarparität 1973 war zugleich das Ende zweier Wachstumsjahrzehnte in den Metropolen, insbesondere in Westeuropa. Aufgrund der Klassenkämpfe in Westeuropa war es der Arbeiterklasse gelungen, stetig ihren Anteil am produzierten Mehrwert zu erhöhen, das Kapital geriet immer in die Defensive. Die keynesianische Politik der Vollbeschäftigung durch expansive Kapitalakkumulation und staatliche Konjunkturprogramme stieß an systemimmanenten Grenzen.

Wenn die Profite für's Kapital gegen Null gehen, ist auch die sozialdemokratische Politik der Klassenversöhnung am Ende.

Die erste Folge: Die ehemals starke westeuropäische Schwerindustrie, die Werften, Textil- und Elektrobranche waren der Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht mehr gewachsen. Die Antwort der Kapitalisten ab 73/74 verlief nach dem bekannten Muster kapitalistischer Umstrukturierungskrisen: Stilllegung ganzer Produktionszweige, Produktionsverlagerung in sogenannte Billiglohnländer, Massenentlassungen, Abbau sozialer Sicherungen und vor allem Rationalisierung des Produktionsprozesses. Das alles, ohne militante (zumeist nur verbaler) Gegenwehr der westdeutschen Gewerkschaften, ja sogar oft mit zähknirschender Zustimmung der Gewerkschaftsführung: "Wir müssen die Konkurrenzfähigkeit der exportorientierten deutschen Industrie auf dem Weltmarkt sichern, damit sichern wir die Arbeitsplätze."

Die zweite Folge der Krise des deutschen Kapitals Anfang der 70er:

Die technische Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse aufgrund der Umstrukturierungs- und Rationalisierungspolitik des Kapitals. Die Einführung neuer Fertigungstechnologien wie der Computer- u. Halbleitertechnik hat sowohl die Arbeit intensiviert, neue Qualifikationsprofile geschaffen, neue Produktionszweige aufgetan wie der Informations-, Kommunikationsmittel, der Bio- und Gentechnologie, aber vor allem die Klasse der Arbeiter/-innen neu zusammengesetzt und zugleich ihren Einfluß auf den Produktionsprozeß weiter zurückgeschraubt. Die Ausdehnung der Schichtarbeit in der kapitalintensiven Industrie, die Flexibilisierung, die Einführung von Zeitarbeitsverträgen und vor allem die Expansion des Dienstleistungssektors hat zudem den gesamten Reproduktionsektor umgewandelt. (Beispiele: Die Ausdehnung der fast-food-Eßkultur, die Industrialisierung, Kommerzialisierung des Freizeitbereichs,)

Die Zunahme von entgarantierter Arbeit aufgrund dieser Neuzusammensetzung der "Klasse" hat aber auch neue Widersprüche für's Kapital produziert. Wie überhaupt davon auszugehen ist, daß die neuen Antworten, Angriffe des Kapitals auf die jeweiligen Krisen auch immer wieder neue Widersprüche mit heraufbeschwören - der Klassenkampf also auf andere Ebene sich fortsetzt - aber auch neue Widersprüche zwischen den miteinander konkurrierenden Kapitalfraktionen produziert werden. Von "der Krise" des Kapitals, "der existenziellen Bedrohung des Imperialismus" durch die Befreiungsbewegungen kann unserer Meinung nach nicht geredet werden. Es gibt kein "Weltkapital", sondern Konkurrenz, Krisen, Widersprüche zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen - gerade aufgrund der dialektischen Beziehungen im Klassenkampf - gehören zur dialektischen Entwicklung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses.

Wir wollen im folgenden einige wichtige Linien des Prozesses der Internationalisierung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses darstellen. Die Angriffe des Kapitals gegen die "Klasse" seit der Krise Anfang der 70er in den Metropolen haben eine zunehmend weltweite Dimension - gerade mithilfe des IWF und der Internationalisierung des Banken- und Geldgeschäfts. Dagegen verläuft die Gegenwehr der antagonistischen Klassen weiterhin regional, national und ungleichzeitig. Objektiv hat der Imperialismus durch seine Politik von Entwicklung und Vernichtung im Trikont, durch die neue internationale Arbeitsteilung das "Weltproletariat" geschaffen. Zugleich fördert das Kapital im Verein mit der jeweiligen nationalen Bourgeoisie die Spaltung des Proletariats u.a. durch Nationalismus und Rassismus. Oder anders gesagt: Das Kapital konnte deswegen eine weltweite industrielle Reservearmee u. "Weltproletariat" bilden, weil die nationalen Besonderheiten, die politisch und ökonomisch so unterschiedlich entwickelten Gesellschaftssysteme in Ländern wie China, Südkorea, Japan oder BRD-DDR fortbestehen, die eben ein gemeinsames Handeln des Proletariats in den Regionen, weltweit bisher verhindert haben. Die Arbeiter/innen unterschiedlichster gesellschaftlicher Systeme werden vom Imperialismus gezwungen, gegeneinander zu konkurrieren, ohne bisher die Möglichkeit zu haben, international koordiniert auf die internationalen Angriffe des Kapitals zu reagieren. (Beispiel: englischer Bergarbeiterstreik, poln. Kump werden aufgrund des Zwangs die Bankenschulden zu zahlen, gezwungen als Streikbrecher Kohle für den engl. Markt zu fördern.)

Wir wollen jetzt konkrete Entwicklungen der Internationalisierung der kapitalistischen Produktion darstellen. Entwicklungen, von denen wir meinen, daß wir sie einzeln und im Zusammenhang zum Thema der Kampagne, der Aktionen gegen den Kongreß machen sollten.

1. "Free enterprise zone" und "Weltmarktfabriken"

Die Zahl der Arbeiter/innen in den Weltmarktfabriken wird derzeit auf mehr als 6 Millionen geschätzt. Davon allein über 4 Millionen Frauen. Bereits 10% aller Industriearbeiter/innen in den Entwicklungsländern arbeiten in den von kapitalistischen Multis beherrschten Weltmarktfabriken. Die Hälfte dieser Fabriken ist allein in 4 Ländern: In Hongkong, Singapur, Taiwan und Südkorea. Immer mehr Staaten der 3 Kontinente gehen dazu über, die kapitalistischen Konzerne zum Nulltarif in diesen sogenannten "free enterprise zones" anzusiedeln. Die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen stellen die Staaten mithilfe der Weltbank oder Krediten der internationalen Großbanken zur Verfügung. Seit ein paar Jahren werden auch in Nordamerika und Westeuropa solche "Freien Produktionszonen" aufgebaut. In Europa ist dabei Großbritannien führend, die EG will in den "strukturell schwachen" Regionen, wie z.B. an der Wesermündung oder in Süditalien, Irland den Bau solcher Paradiese für's Kapital fördern.

Für die Multis gibts mehrer Gründe, Fabriken in den "Freihandelszonen" zu errichten (z.T. auch in Form von joint-ventures mit einheimischen Kapitalisten): Völlige Steuerfreiheit, keine Devisenkontrollen, Zollfreiheit, freier Profitexport und vor allem, billigste Arbeitskräfte bei zumeist totalem gewerkschaftlichen Organisations- und Streikverbot. Die herrschende Klasse in den Ländern der 3 Kontinente wirbt aber auch mit anderen Aussichten für die von der metropolitanen Arbeiterklasse in die Enge getriebenen Unternehmer: "Malaysia: Der solide Staat für die Elektronikindustrie. Die manuelle Geschicklichkeit der orientalischen Frau ist in der ganzen Welt berühmt. Ihre Hände sind klein, sie arbeitet schnell und mit ungeheurer Sorgfalt. Wer könnte daher seinem Wesen und seine ererbten Fähigkeiten nach besser geeignet sein, zur Leistungssteigerung schwieriger Montagearbeiten beizutragen, als das orientalische Mädchen."

Diese scheinbaren Natureigenschaften der Frauen Südostasiens hat die Textil-, Elektronik- und Computerindustrie angezogen. Durch staatliche Gesetzgebung flankiert, beuten die Imperialisten die doppelte und dreifache Abhängigkeit der Frauen Taiwans, Südkoreas oder Singapurs aus.

Die Wochen- und Jahresarbeitszeiten sind 50 bis 100% höher als in der BRD. Kein Wunder, daß die teuren Maschinen länger laufen und die Profite in Südostasien bedeutend höher sind. Urlaub, Urlaubsgeld sind für die Arbeiter/innen Fremdwörter. Oft leben die Frauen in kasernierter Form, in Heimen auf dem Fabrikgelände, dürfen die "Freihandelszonen" auch in ihrer Freizeit nicht verlassen. Die Arbeitsproduktivität erreicht den gleichen Standard wie in den Metropolen, dafür beträgt der Lohn weniger als 1/10. Sozialversicherung oder Pensionsansprüche existieren nicht. Wenn die Frauen an den Mikroskopen nach vier bis fünf Jahren Arbeit schwere Augenschäden erleiden, werden sie gefeuert. "Omas" werden die Frauen in den Fabriken Hongkongs genannt, wenn sie dicke Brillen tragen - sie sind oft nicht einmal 25 Jahre alt. Kaputtgeschrieben. Ihnen bleibt nur Heiraten oder die Prostitution. Diese für die Kapitalisten paradiesischen Ausbeutungsverhältnisse werden im Zuge der internationalen Konkurrenz mittels Flexibilisierung der Arbeit und den Aufbau von "Freien Produktionszonen" in die Metropolen reimportiert. Insofern hat jeder Streik gegen solche Fabriken, wie bei Adler in Südkorea, seine Auswirkungen auf die weltweiten Arbeitsbedingungen.

Die Internationalisierung der kapitalistischen Produktion und Akkumulation durch die Multis wird begleitet von einer Kirchturmpolitik einiger nationaler Gewerkschaften in den Metropolen. Jüngstes Beispiel ist das Streikbrecherverhalten der IG-Metall bei VW in Kassel anläßlich des Streiks der mexikanischen VW-Arbeiter/innen. Die deutsche Gewerkschaftsführung hat es in der Vergangenheit schon oft verstanden, die Interessen der sogenannten Stammelegenschaften bei VW, Siemens, BASF auf Kosten der Kollegen/innen im Ausland durchzusetzen, allzuoft in Zusammenarbeit mit den Managern.

Auf politischer Ebene hat dies schon lange Tradition unter den Sozialdemokraten. Neu ist, daß jetzt auch die Grünen sich um den Erhalt der deutschen Exportindustrie Sorgen machen, oder wie in der Stahlindustrie die Rationalisierung auf EG-Ebene mittragen - unter Wahrung der "Interessen" der deutschen Stahlarbeiter und Konzerne (siehe Stratmann-Papier).

2. Die Verwertung der Frau, Frauenarbeit:

"Komm und erlebe die Familienatmosphäre bei Motorola und baue eine sichere Zukunft für Dich und Deine Angehörigen", heißt es in einem Anwerbungstext für Frauen in einer südostasiatischen Zeitung. Die Fabrik als Familie. Mit Frauen an Fließbändern und männlichen Aufsehern, weißen Managern und sexueller Armache. Diese patriarchalischen Gesellschaftsverhältnisse sind eine weitere Extraprofitquelle für die Kapitalisten. Junge Mädchen zwischen 14 und 18 Jahren werden bevorzugt eingestellt. Die "sichere Zukunft" ist nach wenigen Jahren vorbei. Neben der Schaffung eines "Weltproletariats" u.a. durch solche Weltmarktfabriken läuft aber noch eine gänzlich andere Form der Internationalisierung der Ausbeutung von Frauenarbeit für's Kapital. Beispiele: Die Ausbildung von Krankenschwestern in den Philippinen und der "export" dieser jungen philippinischen Frauen in die USA. Der "export" von tamilischen Frauen als Haus- und Dienstmädchen nach Italien. Die Importierung südkoreanischer Krankenschwestern in die BRD. Der Import von thailändischen und ghanesischen Frauen in die BRD mit einem Touristenvisum, die dann hier als (illegale) Prostituierte arbeiten müssen. Der Sextourismus nach Thailand. Die seit Jahrhunderten kostenlose Arbeit der Frauen auf dem Acker und im Haushalt für ihre Ehemänner. Diese nicht bezahlte Arbeit, Reproduktionsarbeit hat entscheidend zur Reduzierung der Reproduktionskosten der männlichen Lohnarbeiter beigetragen.

Mehr und mehr lassen sich im Trikont Arbeits- und Reproduktionsverhältnisse beobachten, die eine Parallelität von Lohnarbeit und Subsistenzarbeit beinhalten. Dabei haben die Frauen die Aufgabe, unbezahlte Produktionsarbeit zu leisten und ein Großteil der Reproduktionsmittel herzustellen, sei es auf dem Lande in der kleinen Subsistenzparzelle, sei es auf den Märkten.

Die Weltbank-Projekte zur Förderung des "informellen Sektors" zielen genau auf die Verwertung, Wertproduktion dieser von den Frauen geleisteten Arbeit, die dadurch das Überleben ihrer Familien sichern. Die Strategien von Weltbank und IWF sind eindeutig auf Ausweitung dieser patriarchalischen Ausbeutungsverhältnisse, diesen Formen von Frauenarbeit im Zuge der "Ökonomisierung" der Armut gerichtet. Und sie sind im Zusammenhang zu sehen mit der Bevölkerungspolitik, der Flüchtlingspolitik, den Zwangssterilisationsprogrammen und der Genforschung.

3 Ökologische Zerstörung

Für das internationale Kapital gibt es aber noch andere Gründe, ihre Produktion in die Länder der 3 Kontinente zu verlagern. Am deutlichsten sind diese bei der Chemie- und Nichteisenverarbeitenden Industrie veranschaulicht.

Die an sich schon schwammigen ökologischen Reglementierungen der Metropolen gelten nicht in Mexiko, Brasilien oder Indien. Hier können weiter DDT-Produkte hergestellt werden. Lästige Abfallbeseitigungsvorschriften sind für die japanische Aluminiumindustrie auf Borneo unbekannt, der hochgiftige Rotschlamm wird direkt in den Urwald gekippt. Atomkraftwerke der Firam KWU können für die Türkei bedeutend billiger angeboten werden, da am Bosphorus viele der kostspieligen Sicherheitsvorschriften der BRD als nicht notwendig erscheinen - auch weil es keine türkische Anti-Akw-Bewegung gibt.

Noch gravierender sind die ökologischen Zerstörungen durch die Agarmultis. Die Rindfarm von VW im abgeholzten brasilianischen Regenwald, die riesigen Zuckerrohrplantagen für das Alkohohlbenzin, der Futtermais- und Sojaanbau in Brasilien oder in Venezuela für die nordamerikanischen Rinder, die Tomatenplantagen in Nordwest-Mexiko, das Abholzen der Amazonaswälder für die meisten europäischen Wohnzimmerkollektionen, die Versalzung und Vergiftung der Böden durch künstliche Bewässerung und Pestizideinsatz haben verheerende klimatische und ökologische Folgen. Die Versteppung und Auszehrung der Böden durch die Monokulturen in weiten Teilen der USA oder durch die Massentierzuchtfabriken mit ihren Gülleabfällen und Nitratverseuchung des Wassers in Norddeutschland machen deutlich, daß die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch das Agrobusiness kein alleiniges Problem des Trikontinents ist.

4. Die Zerstörung der Subsistenzwirtschaft auf dem Land durch das Agrobusiness

Die Vertreibung der Subsistenzbauern aus dem Brasilianischen Hochland, die Landenteignung durch die nationale Oligarchie und die internationalen Agrarkonzerne sind das Ergebnis einer gezielten Entwicklungspolitik der Weltbank und des IWF seit Beginn der "Grünen Revolution" Anfang der 60er Jahre. Hinter der "Modernisierung" der Landwirtschaft verbirgt sich in allen Entwicklungsprojekten der Weltbank und anderer Entwicklungsagenturen des Imperialismus Landraub, Vertreibung der ländlichen Bevölkerung in die Elendsviertel der Großstädte bzw die Herstellung einer Abhängigkeitsstruktur von den Agrar- und Chemiemultis. Die Technisierung und Industrialisierung des Ackerbaus wurde und wird mit der Gewalt der Militärs und der Privatpolizei der Großgrundbesitzer durchgesetzt.

Die Saatgutmultis, die Getreide- und Sojamultis verwerten nur Produkte, die maschinell auf großflächigen Plantagen angebaut werden. Der Einsatz von Düngemitteln und Herbiziden und Pestiziden wird genaustens vorgeschrieben, so daß selbst den Großgrundbesitzern keine Alternative bleibt. Die Produktion von Futtermais, Wei-

zen, Soja oder Zuckerrohr für den Weltmarkt hat sowohl die Anbauweise wie die Ernährungskultur in den 3 Kontinenten grundlegend verändert. Während noch vor zwei, drei Jahrzehnten die Menschen auf dem Land den Mais und die Bohnen wegen ihres hohen Kalorien-, Spurenelementen- und Eiweißgehalts selbst anbauten und sich nahezu davon vollständig ernähren konnten, müssen heute die Millionen Armen am Rande der Großstädte den Futtermais kaufen und erkranken wegen der gleichen, aber viel schlechteren Ernährung.

Landvertreibung, Flüchtlingsströme in die Elendsviertel der Großstädte, Unter- und Mangelernährung, der Zwang seine Existenz durch den Verkauf seiner Arbeitskraft zu sichern - dies ist das Programm aller imperialistischen Entwicklungsprojekte.

5. Mobilisierung und Verwertung der weltweiten Flüchtlingsströme.

"Refugees, an overlooked Resource" ("Flüchtlinge, eine übersehene Resource"), stellte 1984 das 'Wall Street-Journal' fest. In der Tat, das metropolitane Kapital und die staatlichen Einwanderungsbehörden wußten bisher recht wenig, die Arbeitskraft der Flüchtlinge auszubeuten. In den letzten Jahren hat sich dies geändert. Weltbank und UN-Organisationen kümmern sich mit Krediten z.B. für Flüchtlingslager in Pakistan, diese "Ressourcen" fürs Kapital verwertbarer zu machen. Fabriken sollen unmittelbar neben den Lagern gebaut werden. Die internationale Arbeitsorganisation (ILO) denkt laut über die Einrichtung einer "internationalen Börse für den Austausch von Arbeitskraft" nach, um die Flüchtlingsströme gleich in die richtigen Fabriken zu lenken.

Es klingt absurd, aber gerade im Zeitalter der Massenarbeitslosigkeit in den Metropolen wird durch internationale Schlepperorganisationen die regional nicht verwertbare Bevölkerung noch erhöht. In Süditalien arbeiten heute mehrere hunderttausend tunesische Fischer, Landarbeiter, ätiopische Handwerker in den kleinsten Schwitzbuden, tamilische und afrikanische Frauen als Hausmädchen. Die Dominierung des Kleingewerbehändels der englischen Großstädte durch indische und pakistanische Einwanderer ist ebenso wenig erstaunlich, wie die Beherrschung des regionalen Textilmarktes in Paris durch vietnamesische Flüchtlingsfamilien.

Aber auch in den Ländern des Trikontinents verdrängen Flüchtlinge und Wanderarbeiter/innen die Einheimischen aus den prekären Arbeitsbereichen. Ägyptische Wanderarbeiter bis vor kurzem in Libyen, Pakistanische, indische, koreanische, chinesische Arbeiter in Kuwait, Saudi-Arabien, Flüchtlinge im Südsudan als Chauffeure oder Prostituierte, kolumbianische Saisonarbeiter auf den Zuckerrohrplantagen Venezuelas. Allen gemeinsam ist, daß der illegale Status der Flüchtlinge und vieler illegal eingeschleuster Arbeiter/innen die ohnehin schon prekären, niedrigentlohnenden Arbeitsbedingungen so noch stärker von den Kapitalisten verschlechtert werden können (siehe die Arbeitsbedingungen in den Südstaaten der USA, wo mehr als 20 Millionen Chicanos als Illegale ihre Arbeitskraft verkaufen).

Bezeichnend ist, daß es oft wie in Italien Kleinkapitalisten sind, die nur ^{durch} die Illegalisierung der Arbeit weiter konkurrieren können. Überall gibts die Oberschweine die illegal Eingeschleuste auf dem Bau Schwarz arbeiten lassen oder wie in West-Berliner Puffs thailändische Frauen mit einem Touristenvisum zur Prostitution zwingen. Die massenhafte Schwarzarbeit hat ihre Auswirkung auf die Arbeitsbedingungen der entgarantierten Arbeit. Die "legale", entgarantierte Arbeit gerät zunehmend in Konkurrenz zur "illegalen" Schwarzarbeit von Wanderarbeiter/innen und Flüchtlingen. Und das ist offenbar vom Kapital so gewollt.

Der staatlicherseits mitinitiierte Rassismus gegen die Ausländer, den Fremden, hat auch den Zweck, ein Bündnis von einheimischen Marginalisierten und Flüchtlingen zu verhindern.

6. Klassenstrategie des IWF/Weltbank

Es ist klar, der IWF/Weltbank vertreten nicht die Interessen der imperialistischen Länder, sondern die Interessen der Gläubigerbanken, der Kapitalanleger aus Kreisen der Großindustrie und der nationalen Bourgeoisie der Industrie- und Entwicklungsländer. Die Verschärfung der Klassengegensätze zwischen Kleinbauern, Landarbeitern und Großgrundbesitzern, die Verschärfung der Ausbeutung der Industriearbeiter/innen durch das nationale und multinationale Kapital ist die Zielsetzung der IWF-Auflagen. Die horrenden Schulden der Staaten wie Brasilien, Mexiko oder Polen zahlen die Armen, die nichts anderes als ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben und deren Zahl durch die gewollte Unterernährung und Vertreibung verkleinert werden soll. Auf den IWF-Konferenzen klagen dies verbal auch die zuständigen Minister der Schuldnerländer an: "Zahlen und Verhungern", heiße das IWF-Programm, wogegen sich vermeintlich die Nationen der 3 Kontinente zu wehren haben. Doch wie immer in der Geschichte gibt es nie das Interesse einer Nation. Gerade wenn von solch einem Interesse die Rede ist, sollen nur die Klassengegensätze damit verdeckt, ideologisch übertüncht werden. Die nationale Bourgeoisie verwaltet die Interessen des nationalen Kapitals und stimmen in den letzten Jahren in den Schuldnerländern häufig nicht mit den Interessen der Industrie- und Bankenkonzerne der Metropolen überein. Deswegen weigert sich z.B. der brasilianische Finanzminister eine zeitlang mit dem IWF zu verhandeln.

Die Entwicklungsprogramme der Weltbank dienen vornehmlich dazu, das nationale Kapital auf Kosten der Subsistenzbauern, der kleinen Handwerksbetriebe und der Land- und Industriearbeiter/innen zu stärken. Die neuen singalesischen Großplantagenbesitzer in Eelam, die ghanesischen Kakaoöhlen sollen konkurrenzfähiger auf dem Weltmarkt werden. Genauer, durch die Weltbankprojekte werden die für das internationale Agrobusiness verwertbaren Zweige der jeweiligen nationalen Landwirtschaft erst für den Weltmarkt geöffnet.

7. Joint-Ventures mit sozialistischen Ländern.

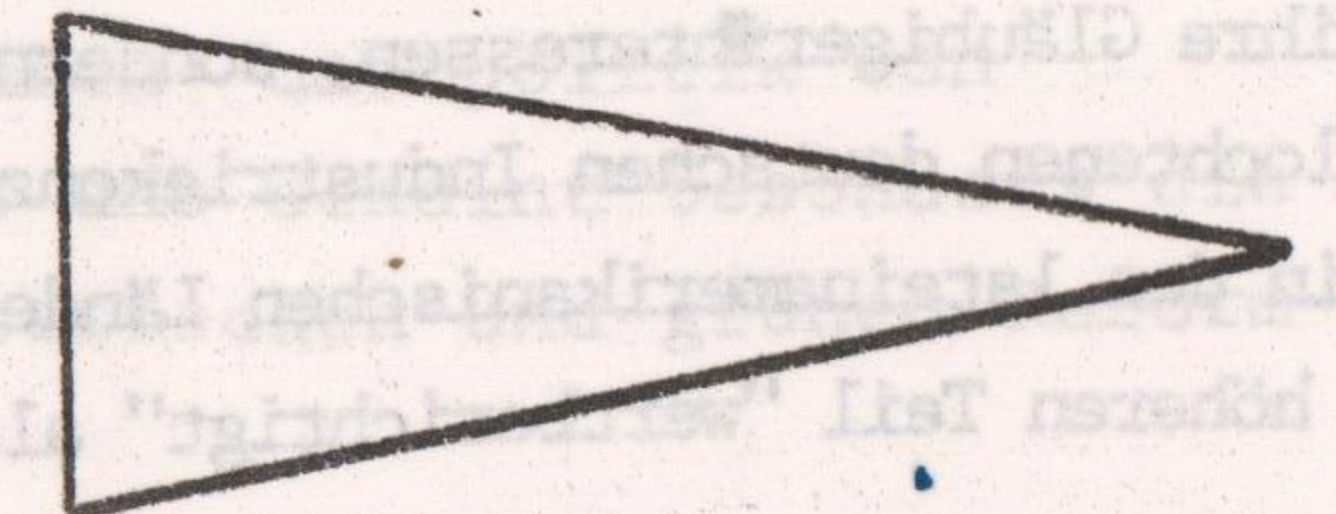
Ungarn war in den 70er Jahren das erste Land des RGW, welches joint-ventures z., B. # mit Levi-Strauss abschloß. Große Teile der sogenannten "weißen Ware" kommen heute aus der DDR auf den bundesdeutschen Markt, VW baut bei Eisenach ein gemeinsames Motorenwerk mit der DDR-Autoindustrie. Gorbatschow bietet dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank joint-ventures in nahezu allen wichtigen technologischen Industriezweigen an. In China schießen an der Grenze zu Hongkong die von Kapitalisten und der chinesischen Regierung finanzierten Fabriken in der "freien Produktionszone" Shenzhen wie Pilze aus dem Boden.

Die Kapitalisten lockt vor allem das "billige und disziplinierte" Arbeitskräfte-reservoir der sozialistischen Länder.

Kapitalistische Produktions- und Herrschaftstechnologie wird importiert um die Ausbeutung der Arbeiter/innen im realen Sozialismus sprunghaft zu erhöhen, die Industrie "schneller zu modernisieren", wie es aus dem Munde Gorbatschows heißt. In der DDR darf nicht gestreikt werden, feiern die Arbeiter/innen weniger krank, ist die Jahresarbeitszeit bedeutend höher als im hochmodernen VW-Motorenwerk Salzgitter. Die Arbeiter/innen der sozialistischen Länder treten in Konkurrenz mit der Arbeiterklasse der imperialistischen Staaten - das ist das eigentliche Ziel des westdeutschen, japanischen Kapitals.

Die sehr hohe Verschuldung der soz. Länder Polen, Jugoslawien zwingt diese darüber hinaus, mehr und mehr für den kapitalistischen Weltmarkt zu produzieren. Die polnischen Kumpel bekommen das unmittelbar zu spüren, ebenso wie die polnischen Gänse nicht in den Regalen der pol. Kaufhäuser liegen sondern wegen der 35 Mrd.\$ Auslandschulden exportiert werden müssen.

Festzustellen ist, daß die zunehmende Ausrichtung auf den kapitalistischen Weltmarkt auch seine Ausstrahlung auf das (Konsum-) Bewußtsein der Bevölkerung z.B. Polens und der DDR hat. Schwarzarbeit wird in der DDR heute bis zur Hälfte - in West-DM bezahlt, immer mehr polnische Arbeiter/innen fahren mit einem Touristenvisum in die BRD, um sich hier ein paar Westdevisen unter den miesesten Arbeitsbedingungen zu erarbeiten, womit dann westliche Konsumwaren gekauft werden. Die kapitalistische Warenästhetik hat die RGW-Bevölkerung in ihren Bann gezogen. Coca-Cola in China markierte vor 15 Jahren mehr als das Ende einer eigenständigen Entwicklung der sozialistischen Länder.



B Wo liegen Widerspruchslinien zwischen den verschiedenen Kapitalfraktionen?

Die 1100 Mrd.\$ umfassenden Schulden der 3 Kontinente haben die ökonomische Entwicklung unter dem Diktat des IWF und der Großbanken seit Anfang der 80er Jahre völlig umgekrempelt. In Brasilien, Mexiko ist der Prozeß der industriellen Entwicklung, des Aufbaus eines Binnenmarktes nach dem Modell der Metropolen gestoppt worden. Große Investitionsvorhaben werden storniert, Industriearbeiter/innen entlassen, Schulen und Krankenhäuser geschlossen..

Negative Folgen bekommen auch z.B. die deutschen Bau- und Maschinenbaukonzerne wie die KWU in Brasilien zu spüren. Ebenso ergeht es VW in Mexiko und Brasilien, wo nur noch die Hälfte der Autos im Vergleich zu vor vier oder fünf Jahren abgesetzt werden, weil das Realeinkommen auch der "Mittelschichten" deutlich zurückgegangen ist.

Verkürzend läßt sich sagen, die Interessen der Gläubigerbanken stehen denen der exportorientierten und konsumgüterproduzierenden deutschen, japanischen Industriezweige entgegen.

Auf dem Agrarsektor wachsen die durch die IWF-Politik erzwungenen Nahrungsmittelexporte der 3 Kontinente, trotz völlig unzureichender Binnenversorgung, von Jahr zu Jahr. Das wiederum bringt aber die nordamerikanischen Weizenfarmer oder die Bauern in der EG in Bedrängnis. Die Weizen- und Rindfleischpreise auf dem Weltmarkt sinken infolge der Exportoffensive vieler Länder der 3 Kontinente - wobei anzumerken bleibt, daß hinter den brasilianischen Sojaexporten, den argentinischen Weizenausfuhren sich die Exporte von Tochterfirmen der großen Agrarmultis verbergen. Mittelbar sind also ^{auch} viele Bauern in den Metropolen von der Agrarpolitik des IWF und des Agrarbusiness in ihrer Existenz betroffen.

Interessenskollisionen lassen sich auch auf dem Bankensektor wiederfinden. Die bis vor kurzem bedingungslose Schuldeneintreibungspolitik der US-Großbanken und demgegenüber die eher "moderate" Geschäftspolitik der deutschen Großbanken findet ihren materiellen Kern in den unterschiedlichen ökonomischen Interessen des US-Kapitals und des westdeutschen Kapitals in Lateinamerika. Der sogenannte "Hermhausen-Plan" (Sprecher der Deutschen Bank) setzt sich für eine 'weichere' Umschuldungspolitik ein, um den Hauptschuldnerländern wie Brasilien, Argentinien, Mexiko noch Devisen zu lassen für produktive Investitionen, an denen wiederum durch neue Exportgeschäfte die deutschen Konzerne verdienen können. Demgegenüber ist die US-Industrie z.B. im Maschinen- und Anlagensektor nicht so exportorientiert.

Gerade die bundedeutschen Banken vertreten in den Umschuldungsverhandlungen nicht nur ihre Gläubigerinteressen, sondern müssen auch die Interessen der mit ihnen verflochtenen deutschen Industriekonzerne miteinbeziehen. Zudem sind die Schulden in den lateinamerikanischen Ländern bei den deutschen Banken zu einem wesentlich höheren Teil "wertberichtigt" als dies bei den nordamerikanischen Banken

der Fall ist. Genau umgekehrt ist es jedoch bei den polnischen und südafrikanischer Schulden, wo die bundesdeutschen Banken einen sehr viel höheren Schuldenteil ausstehen haben. Dementsprechend sieht auch die Politik der Banken und der dt. Industrie gegenüber Südafrika aus, die das Botha-Regime im Gegensatz zu den US- und GB-Banken offen unterstützen.

Innerhalb der einzelnen Produktmärkte bestehen trotz Kartellabsprachen und oligopolitischer Marktverhältnisse z.B. im Automobilsektor Konkurrenzebenen zwischen den Multis wie VW und Toyota oder VW und FIAT. Die Rationalisierungszyklen werden trotz ständig steigender Investitionsvolumen immer kürzer. Die weltweit stagnerenden Absatzzahlen führen zu einer immer härteren Konkurrenz, Kostensenkung - also Rationalisierung - sichert einen Vorsprung. Der Klassenkampf durch das Management, als "Rationalisierungsdruck" den Arbeiter/innen verkauft, wird zunehmend in den Konzernen international zwischen verschiedenen Zweigbetrieben geführt. Siehe VW-Streik in Puebla, oder VW verlagert die Polo-Produktion für Westeuropa nach Spanien oder General Motors verlagert Motorenproduktion von Kaisei nach Belgien.

Um das Risiko von Profiteinbrüchen zu minimieren, kaufen sich die Multis in andere Branchen ein. Daimler kauft AEG und MTU und wird so nebenbei der größte westdt. Rüstungskonzern, General Motors verfolgt eine ähnliche Strategie in den USA. Das Tempo des Konzentrationsprozesses, der "Elefantenhochzeiten" wird immer schneller. Ein einheitliches Vorgehen, Interesse der verschiedenen Kapitalfraktionen scheint eher die Ausnahme zu sein. Was wir daraus für Schlußfolgerungen ziehen können, ist unter uns noch undiskutiert.

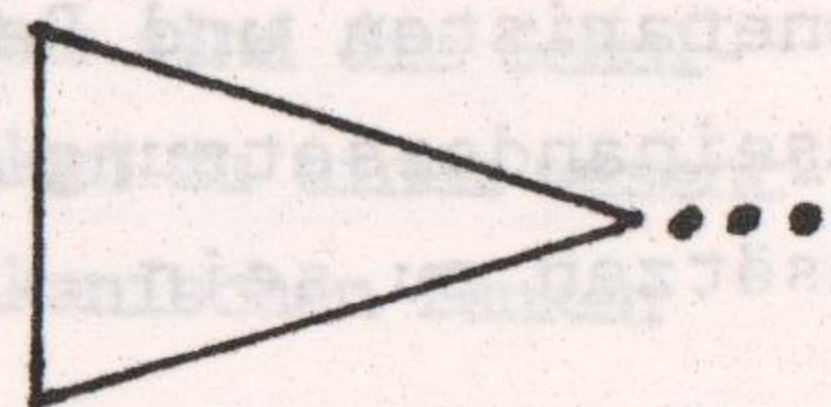
C Was ist die Politik der Reformen?

Die laufende Umstrukturierung des imperialistischen Weltwirtschafts-system produziert in den unterschiedlichen Regionen, Branchen immer neue Krisenherde. Trotz einer seit 40 Jahren kontinuierlichen Politik von IWF und Weltbank, die eindeutig die Interessen der multinationalen Konzerne der Metropolen begünstigt, in ihrem Bann steht, halten wir es für falsch, von der Politik des Imperialismus zu sprechen. Es gibt keine einheitliche Politik eines weltweit operierenden Kapitals. [Widersprüche, Konkurrenz unter den verschiedenen Kapitalfraktionen drücken sich auch auf politischer Ebene aus. Beispiele lassen sich sowohl in der Politik der USA und der BRD/Japan gegenüber den realsozialistischen Staaten finden, wie aber auch in den Wirtschaftsprogrammen- und politik von Monetaristen und Reformern. Wichtig für uns scheint besonders die Auseinandersetzung mit den sozialdemokratischen und grünen Reformansätzen zu sein.

Die Vorschläge der Brandt'schen Nord-Süd-Kommission zielen auf eine Stärkung der nationalen Industrie des Trikonts und eine "behutsame" Landreform ab. Wie in den Forderungen der Grünen werden "gerechtere" Austauschverhältnisse zwischen den 3 Kontinenten und den Industrieländern, insbesondere beim Rohstoffhandel verlangt. Die Grünen verlangen darüberhinaus eine "grundsätzliche Umstrukturierung" und eine "Neue Weltwirtschaftsordnung". Dazu müsse vor allem die "Macht der multinationalen Konzerne kontrolliert und gebrochen" werden. Mittlerweile nicht mehr verwunderlich ist, das hierbei die Vertreter der Grünen kein Wort über die hinter der Weltwirtschaftsordnung sich verbergenden Interessen der kapitalistischen Konzerne verlieren. Von "Imperialismus" z.B. der BRD-Regierung und -Konzerne ist keine Rede. Kein Wunder, daß also das treibende Motiv der kapitalistischen Konzerne auf dem imperialistischen Weltmarkt nicht benannt wird. So können auch nur moralische Forderungen, wie die nach einer "gerechteren" Weltwirtschaftsordnung und einer Streichung der "unmoralischen" Schulden dabei herauskommen. Gefordert wird die Förderung von "Basisinitiativen", einer 'ökologisch verträglichen' Entwicklungspolitik in Zusammenarbeit mit den NGO's. "Sozial verträglich" soll sie sein, "Ausbau der Demokratie zum Nutzen der armen Bevölkerungsgruppen" bezwecken.

Modernisierung der Herrschaft der besitzenden Klasse durch eine 'kontrollierte' Demokratisierung in den Ländern des Trikonts, Streichung eines Teils der Schulden damit die anderen umso pünktlicher gezahlt werden, Erhöhung der Produktivität und Stärkung des Binnenmarkts, dazu ein paar Armenhilfsprogramme - so ungefähr lauten die Vorstellungen zur politischen und wirtschaftlichen Reform der Deutschen Bank. Grüne und SPD sind davon gar nicht soweit entfernt, ein Sturz des Systems kommt für sie weder in den Metropolen noch im Trikont in Frage. Die Eigenfrage steht nicht auf der Tagesordnung, dafür "Umverteilung", "Emanzipation", "Mitbestimmung" für die Armen im Trikont. Dieses Programm wird auch von den westdt. Gewerkschaften mitgetragen. Doch blieb bisher die "internationale Solidarität" der Gewerkschaftsführung zumeist verbal. Die anfängliche Kungelei des BR bei VW mit der Geschäftsleitung in Kassel während des Puebla-Streiks, danach doch die Weigerung durch Überstunden Streikbrecherfunktion zu übernehmen, sind ein Beispiel für die Schwierigkeit der Gewerkschaftsführung: Stellt sie sich alzu klar hinter das Management, ^{verweigern} ihr die Arbeiter/innen die Gefolgschaft. Andererseits kann sie keine "Überzogenen" Forderungen unterstützen, dann könnte die Arbeiterklasse radikalisiert, unkontrollierbar werden.

Und unkontrollierbare Bewegungen wären zugleich das Ende jeglicher Reformpolitik...



Im folgenden 3 Beispiele, welche Untersuchungsfragen einen "Untersuchungs- und Aktionsschwerpunkt" im Rahmen der Kampagne ausmachen könnte: jede/r sollte sich das auch gleich in Form von Personen, Gruppen, Gegensätzen, Positionen vorstellen!

Themen - und Aktionsbereich 1: "Aufstandsbekämpfung"

Die Umstrukturierung der Weltwirtschaft ist kein einfacher ökonomischer Prozeß: er erzeugt Gegenwehr ganz unterschiedlicher Art, und das ist den Agenten der Herrschenden Klassen in der Regel bewußter als uns, die wir allzu oft ~~xxx~~ lediglich auf die offenen Eruptionen, die riots, die Aufstände und Revolutionen, die Generalstreiks und erfolgreichen Guerilla-Aktionen, die breiten Protestaktionen, die Hungermärsche, die massenhaften Manifestationen zivilen Ungehordams, die Gefängnisrevolten, die Anschläge usw achten. "Aufstandsbekämpfung" ist der umfassende Ausdruck, daß die Herrschenden wissen, einplanen, vorwegnehmen, so weit wie möglich im Keim ersticken, was alles sich an Gegenwehr formiert: jene Art der Aufstandsbekämpfung, die mit dem offenen Einsatz polizeilich-militärischer Machtmittel quasi öffentlich verläuft, ist immer auch ein Zeichen ihrer Niederlage: daß sie es nicht geschafft haben, Vorbereitungen zu verhindern, Massen einzuschüchtern, "Rädelsführer" zu ~~xxx~~ liquidieren, besonders skandalöse Anlässe zu entschärfen.

a. Untersuchungsfragen der nächsten Monate: wie verlaufen in einzelnen Ländern diese Prozesse, welche konkreten Ausdrucksformen gibt es (von Todesschwadronen, Spezialeinrichtungen der Bullen und Geheimdiensten, von Gelben Gewerkschaften und Benutzung von rassistischen und religiösen Unterschieden für Spitzel- und Denunziantentum, von Benutzung legaler Organisationen wie Stiftungen, Gewerkschaften, Kirchen, welcher technische Apparat, wie Verbindung zu Justiz, Parteien, Presse usw)

b. welche Formen der "weltweiten Zusammenarbeit" gibt es, welche Rolle spielt da die CIA, die BRD-Institutionen, wie genau werden die vorgeschobenen Gegner (die Drogenmafia usw) aufgebaut - und auch: welche Grenzen hat die Zusammenarbeit: legale Regeln unterschiedlicher Staaten, Rechtssprechungs-Tabus, gegenläufige Strategien unterschiedlicher Herrschenden Klassen der verschiedenen Länder-Nationen-Cliquen, unterschiedlicher nationaler Ausdruck rivalisierender ökonomischer Interessen

c. welche verarbeiteten Erfahrungen, welche kontroversen Diskussionen gibt es, die uns die Verkaufsformen der bürgerlichen Herr-

schaft verdeutlichen: wann greift die Bourgeoisie zu den "offen terroristischen, nicht-legalen Formen" der Herrschaft, wann bedient sie sich der verdeckteren, parlamentarischen Formen,, welche wesentlichen Unterschiede zwischen Peripherie und Metropole gibt es, wo schlägt "Tendenz zu Massenfaschismus" um in "Faschistsicher Machtausübung", welche politisch ernstzunehmenden Strömungen gehen heute noch von einer "Sozialfaschismus-Theorie" aus, sind Stalinismus und Pol-Pot-Regimes Spielarten faschistsicher Herrschaft?

d. Sind diese Formen und Methoden offener und Verdeckter Herrschaft nur spezifische Ausdrucksform patriarchalischer Strukturen: inwieweit sind auch in den unterschiedlichen Formen der Gegenwehr zunächst analoge Strukturen "patriarchalischer Opposition per Organisation, per Bewaffnung, per Zielsetzung Macht erobern enthalten, die somit reale Befreiung von Menschen schon in der Anlage der Kämpfe verhindern; auch: gibt es Ansätze, in der Organisierung von Gegenwehr und revolutionären Prozessen, real Kampf gegen Herrschende Klasse und gegen patriarchalische Herrschaft zu verbinden, kann das nur "Frauenwiderstand" sein?

Wer soll diese Untersuchungsfragen in der nächsten Zeit beantworten, welche Gruppen und Personen in unseren Strukturen arbeiten theoretisch und praktisch an diesen Themen, welche wesentlichen Kontroversen gibt es, verhindern sie die Zusammenarbeit im Rahmen der IWF-Kampagne? (dies lieber mündlich!)

Welche Gruppen eher der liberalen-Reformertendenz gibt es, welche "Experten", Zeitungen, Konferenzen, Tagungen (Berghoff-Stiftung, Bürger beobachten die Polizei, Autoren wie Damm usw, Wissenschaftler wie Narr usw, Amnesty, Komitee für Grundrechte und Demokratie, SPD-Juristen) - würden sie Material rüberschieben, wieweit arbeiten sie mit Bullen/VS zusammen, gibt es Erkenntnisse über ihr Verhalten in Konfliktfällen usw.

Welche direkten Aktionen hat es in diesem Bereich gegeben, welche Kenntnisse gibt es bei uns, wie sind die "präventiven Sicherungsmaßnahmen, bezogen auf die IWF-Tagung"? (mündlich)

Themen - und Aktionsbereich 2: "Kulturimperialismus"

Die Umstrukturierung der Weltwirtschaft ist weder ein rein ökonomischer noch ein Prozeß gezielt militärischer Durchsetzung: die Zurichtung von Märkten, der Vertrieb von Produkten soll und muß "erstrebenswert" sein, muß Entwicklung und Fortschritt bedeuten (selbst wenn es nur für wenige ist - dann mit der Hoffnung, daß die stellvertretend genießen - sie die ersten sind, und Entwicklun

bedeutet, daß bald alle beteiligt werden können). Der Siegeszug von Cola muß einhergehen mit Kühlschränken und Strömungszeugung, mit Verstärkung und AKW, mit Auto und Telefon - die Ideologie des Konsumismus als "Lebensstil" läßt sich im Eindringen die die Köpfe der DDR-Bewohner per TV ähnlich gut beobachten wie das Eindringen eines bestimmten Mode-Kneipen-Kunst-Stylings in die 61er und 36er- Scene - samt dem beleidigt-asketischen Abwehr, dem hilflos-trotzigen Festhalten an den alten Formen, die schon allein wegen dieser "Haltung" als unmodern unterlegen sind. Dies passiert natürlich nur in der Auswirkung so wie angedeutet: der Motor der Entwicklung liegt natürlich ganz leicht sichtbar in jenen Zentren, die systematisch planen: Werbeabteilungen, Abkommen und IWF-Ultimeaten für "freien Warenverkehr" und Liberalisierung von Dienstleistungen weltweit, in den Studios für weltweite Serien (Dallas als vielleicht bekannteste), in der Finanzierung deren Vertrieb, in der Zurichtung von Privatsendern, in der Bildung riesiger Medien-trüsts, in der Zuordnung von TV-Kunst-Mode-Wissenschaft zu einem Lebensstil, der Fortschritt bedeutet - und nach dem der Schuhputzer am Flughafen von Rio natürlich näher am Lebenswerten ist als der überhaupt nicht marginalisierte Mittelbauer im Anden-Hochland, oder nach der die Arbeiterin-Hausfrau-Ehfrau in Kreuzberg trotz Ausländerstatus "besser" gestellt erscheint als ihre Kollegin in der Türkei.

Untersuchungsfragen der nächsten Monate:

- welche Strukturen existieren in den einzelnen Ländern, welche Klasse/Schicht trägt die einzelnen Medien, existieren Reste oder neue Ansätze "eigenständiger Kommunikation", gibt es zT "Randgruppen" mit eigenständigen Inhalten und Formen, die nicht einfach in die Mehrheitskultur eingepaßt werden kann
- welche internationalen Verbindungen/Ausbeutungsbeziehungen existieren? Kulturaustausch, Universitäre Zusammenarbeit, Studenten- und Facharbeiter-Ausbildung zur Heranzüchtung einer "metropolitanen Klasse", die in den Multis als Weltkonzernen selbstverständlich ihre Funktion finden, welche Ausbildung in Zeitungs- und Zeitschriften-Konzernen, in TV und Filmstudios, in der Technik der Nachrichtenagenturen und dem direkten ökonomisch-organisatorischen Ausbau weltweit operierender Medienkonzerne (Murdock und Burda als aktuelle Beispiele - aber natürlich auch die aktuellen Super-Verflechtungen am US-UK-Werbemarkt)

c. Wo existieren weltweit Ansätze von "Gegenkultur", von eigenständiger Weiterentwicklung "alter Kulturerfahrungen" von "kritischen Universitäten", Leser-Zeitungen, Agitationkunst, Sprühen, Wandmalern, von Untergrund- und scene-Kult wie ist die Verbindung zu Widerstand und Kampf: die "Kämpfe" ziehen sich den Western-Video rein, die Kunstleute kommen aus ihrer philosophischen-Medien-Kommunikations-Experimentier-Diskussion nicht mehr raus; welche Kampagnen von Alphabetisierung gibt es, die weder nachgelesen imperialistisch noch platt sind, gibt es - und wie ausgeweitet auf komplizierte Wissens- und Kenntnisbereiche

d. Gibt es bewußte Auseinandersetzungen um Inhalte und Formen, die Patriarchat zum Kampftema machen (dänische Rollen-Vertausch-Filme u. Romane, Emma-Karikaturen), Kampagnen gegen Sexualität als Ware - innerhalb u. außerhalb von Kleinfamilien welche Kontroversen existieren über "kulturbedingte, quasi richtige Formen von Patriarchat", welche Kontroversen gibt es in jenen Teilen der europäischen Linken, die zumindest verbal Kampf gegen Patriarchat als Moment des revolutionären Prozesses anerkennen - und was ist in der Diskussion mit Genossinnen in anderen Ländern "linker Kulturimperialismus" was könnten "exemplarische Frauenstreiks" bedeuten in einem Bereich, in dem überproportional viele Frauen in "technisch Schalt-Funktionen" arbeiten

Wer soll diese Untersuchungsfragen in der nächsten Zeit beantworten s.o.

Welche liberalen Reformgruppen-Personen-Experten gibt es?

Welche direkten Aktionen gelaufen, welche vorstellbar?

Themen- und Aktionsbereich 3: "Neue Technologien"

Mit neuen Technologien versuchen die Herrschenden ihre Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen zu vertiefen und in neue Bereiche einzudringen. Wir wissen inzwischen genug über diese neuen Technologien und vor allem über die Interessensallianz von Wissenschaftlern, Konzernen und Politikern, die uns diese Erfindungen als "Zukunftstechnologien" zu verkaufen versuchen, um zu erkennen, daß es dabei nicht um eine bessere, freie, menschlichere Zukunft von Frauen geht, sondern lediglich um

eine qualitativ neue Etappe im patriarchalen Krieg gegen Frauen. Es ist ein Bio-Krieg gegen Frauen, Natur und ausgebeutete Völker.

Über die Situation von Massenarbeitslosigkeit, Rationalisierung etc. zeichnet sich eine Tendenz ab, daß die Männer die Frauen aus den "Arbeits"-bereichen verdrängen und den Frauen in letzter Konsequenz nur ihr Körper als Arbeitskraft bleibt.

Die neuen Reproduktionstechnologien sind sexistisch, weil es genau darum geht, daß Frauen den freien, autonomen Umgang mit ihrer Gebärfähigkeit, an Mediziner und Bio-Techniker übergeben, die das Kindermachen nach dem Muster der industriellen Produktion organisieren: die Frau liefert nur das Rohmaterial und das Kind ist die fertige Ware.

Diese Technologie ist auch rassistisch. Während die Betreiber der Fortpflanzungstechniken den weißen Frauen in den reichen Ländern das "Recht auf ein eigenes Kind" propagieren, werden Frauen in den Ländern der Peripherie mit Hilfe der selben Technik zwangsweise unfruchtbar gemacht, sie sollen möglichst wenige arme, braune, schwarze, gelbe Kinder gebären.

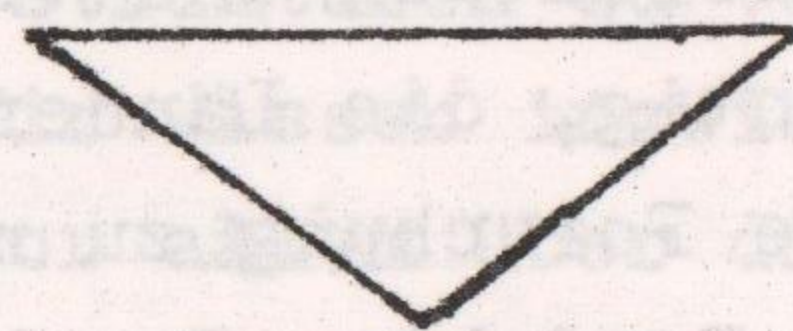
Zu diesem Rassismus kommt mittels der Gentechnik die Möglichkeit, durch "Qualitätskontrolle" bereits im vorgeburtlichen Stadium die Menschen nach "wertvollen" und "minderwertigen" Gen-Trägern einzuordnen und die "Minderwertigen" anschließend zu eliminieren. Darüber was "wertvoll" und was "minderwertig" ist, bestimmen die Herrschenden. Die Möglichkeit einer neuen Eugenik im Weltmaßstab ist nicht etwa unerwünschte Nebenerscheinung der Gen- und Reproduktionstechnik, sondern macht ihren Kern aus. Es geht darum Kontrolle über die Menschenproduktion zu bekommen, eine systematische Politik der Ausmerze und Auslese zu betreiben.

Auch bei tierischen und pflanzlichen Genmanipulationen geht es um das gleiche Prinzip der Selektion und Vernichtung. Dabei ist es für die Herrschenden wichtig, die Länder der Peripherie als großes Versuchsfeld für ihre Forschung zu nutzen, und gleichzeitig als Markt Absatzmarkt ihrer Produkte. Durch die Einführung von genmanipulierten und hochgezüchteten Pflanzen (z.B. Hybridsaatgut, das nur mit Kunstdünger ^{Gezeiten} behandelt werden kann) halten sich die Multis diese Länder in absoluter Abhängigkeit. Das Leben

bis hin zu den Menschen soll an die Erfordernisse des Kapitals angepaßt werden.

Folgende Fragestellungen halten wir für wichtig:

- a) Reproduktionstechnologie: Ist die Tendenz dahingehend, daß Frauen überflüssig werden und nur noch einzelne Körperteile wie Eierstöcke etc. als genetisches Material verwertet werden? Wie weit lassen Teile der Frauenbewegung ihre Argumente zu Gunsten dieser Entwicklung einbeziehen (z.B. neue Mütterlichkeit bei den Grünen, oder die Diskussion einiger Feministinnen in den USA, mit Argumenten wie "Autonomie über den eigenen Körper bedeutet auch die Freiheit Körperteile zu verkaufen oder das Gebären zu entlohnen". vgl. Artikel, Maria Mies, taz v. 1.8.87)?
- b) Welche Konzerne benutzen Genomanalyse/Gen-screening bei der Einstellung ihrer Arbeiter/innen (z.B. Bayer). Ist die Tendenz dahingehend, daß dies bei der Einstellungsuntersuchung zur Pflicht wird? Was wird als "defekt" definiert und wer definiert das?
- c) An welchen Hightech-Programmen wird zur Zeit gearbeitet (z.B. EUREKA, Grundlagenforschung)? Mit welcher Zielsetzung? Welche Auswirkungen hat das auf die Länder der Peripherie? Welche Rolle können dabei Institutionen wie die WB, IWF oder US-AID spielen, die schon in ihren Bevölkerungsprogrammen Zwangssterilisationen etc. durchgeführt haben? In welchen Ländern gibt es solche Programme, wie sehen sie aus, mit welchen Auflagen sind sie verknüpft?
- d) Welche Verflechtungen existieren zwischen den Multis, die den Agrarmarkt unter Kontrolle halten, und den Entwicklungshilfeprogrammen der BRD? Wie betrifft das die Bauern hier?
- e) Welche Rolle spielt die Forschung um genmanipulierte Bakterien/bakteriologische Kriegsführung (welche Gefahren, z.B. AIDS)?
- f) Welche Widerstandsformen existieren hier und im Trikont? Wo geht das zusammen, gibt es Möglichkeiten einer Internationalisierung des Frauenwiderstandes?



TEIL 4

Die nächsten praktischen Schritte

All das Vorher - Gesagte ist natürlich ein riesiger Wust von Dingen, die vor uns liegen.

Woollen wir damit zu Rande kommen, müssen wir unsere Arbeit besser organisieren und koordinieren. Zunächst mal unter uns.

Wir müssen als erstes klären, wer von uns Gruppen, die die inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung der einzelnen Tage übernehmen könnten, kennt - und dann anspricht. Oder - wie wir gemeinsam mit all solchen Gruppen reden, wie wir uns bei der Arbeit hin auf diese Tage ^{und den Kongress} ergänzen können.

Dazu erscheint uns die Installierung fester Connections mit den Gruppen ^{- auch darüber} in anderen Städten unerlässlich. D.h., bestimmte Leute erklären sich verbindlich verantwortlich dafür, den Informationsaustausch mit den anderen herzustellen, bzw. aufrechtzuerhalten. Bisher sind die Kontakte mit BRD ja eher sporadisch und sehr individuell "gepflegt" worden.

Hierbei stellen sich natürlich gleich zwei Fragen: die nach den Lutter-Treffen, und die nach einem internen Info.

Lutter

Wir denken, daß es gut wäre, sowas wie die Lutter -Treffen zu institutionalisieren. Also, sie sollten regelmäßig stattfinden mit einer bestimmten Modus, wer was wie vorbereitet. So daß wir nach jeweils 8 Wochen (oder so) wirklich ein Gefühl davon kriegen, wie haben uns wiedergetroffen und die Kampagne ist ein Stück weiter gekommen. Der Mangel an dem ersten Treffen war sicher einmal der, daß der Stand von Vorbereitung/Vordenken sehr unterschiedlich war. Zudem, und das ist bis heute nicht vollständig geklärt unter uns, war uns sehr unklar noch, was ist Kampagne, wohin soll sie führen, mit welchen Inhalten? Wir haben das Problem son bißchen übertüncht, indem wir uns auf die "militante Debatte" geeinigt haben. Aber ist nun Kampagne in der jetzigen Phase eher das sich Vorbereiten auf politische Interventionen, oder eher der Anfang eines Prozesses zur Findung einer neuen Linie. Was sich gar nicht grundsätzlich ausschließen muß, aber in der gegenwärtigen Phase sicherlich unterschiedliche Schwerpunkte setzt, und damit zu unmittelbar anderen Schritten von uns führen muß.

Zur besseren Vorbereitung solcher Treffen wie Lutter wäre also eine gemeinsame Vorbereitung der beteiligten Gruppen notwendig, oder aber die beteiligten Menschen einigen ^{sich} auf eine Gruppe, die zu diesem und jenem Termin die Vorbereitung übernimmt, nachdem Themen und Vorgehen in etwa abgesteckt worden ^{sind}. Dies könnten die Leute tun, die sich für die Verbindung zu einer jeweiligen Gruppe verantwortlich fühlen - hier und nach der BRD.

Diese Verbindung bestünde im Moment wahrscheinlich vorwiegend aus der Übermittlung von Protokollen, papers, Diskussionsvorlagen. Hier unsere ^{jetzige} Berliner Situation wäre doch gabeli sicher für viele interessant, wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Debatte, aber auch, um die sicher leicht entstehende Meinung, "die Frauen haben sich abgespalten", von vornherein zu korrigieren. Je mehr aber sich eine Kampagne entwickelt aus unseren Aktivitäten, desto mehr ~~am~~ wird diese Verbindung sich zu einem informellen Netz von Diskussions- und Aktionsstrukturen erweitern müssen. Und da stellt sich dann die Frage: warum machen wir nicht gleich sowas wie 'n internes Info?

Info hieße für uns, ^{haben} diese Strukturen entstehen zu ~~lassen~~ lassen. Über solche Treffen wie Lutter hinaus einen dauerhaften Kontakt aufbauen zwischen den bestehenden "IWF/WB"-Gruppen, aber in der Folge dann auch mit denjenigen Gruppen, die im Zuge dieser Widerstandstage - Vorbereitung in die Kampagne einsteigen wollen. In diesem Info sollten alle Aktivitäten/Diskussionen/Entwicklungen der Debatte und Kampagne auftauchen. Also das Papier der antiimperialistischen Flüchtlingsgruppe aus NRW ebenso wie das Werlhoferpaper, oder die Diskussions- der Ruhrgebietsgruppe.

In das Info mit hinein könnten, wenn ~~wie~~ auch sowas wie ne Archivgruppe auf die Beine kriegen, Zeitungsausschnitte zum IWF/WB und zu Widerstandsaktionen weltweit, überhaupt Informationen zu diesem Thema.

Archiv

Die Bedeutung eines Archivs scheint uns zweierlei zu sein. Zunächst liegt auf der Hand, daß eine langfristige Arbeit immer durch das Vorhandensein eines Handapparats, in dem Nachrichten/Einschätzungen/Berichte über IWF/WB gesammelt werden, ebenso wie alles über Widerstandsaktionen dagegen, erleichtert wird.

Wir gehen davon aus, daß eh bei der/dem einen oder anderen von uns sowas ähnliches schon existiert. Wir wollen in der nächsten Zeit auf jeden Fall das "Handelsblatt" archivieren. Dazu käme "Wirtschaftswoche", HWWA-Berichte, OECD-Berichte, IWF/WB-Briefe sollten dabei sein u.v.a.m. Sollten wir uns darauf einigen, wer macht das? Aber weiter: klar scheint uns, daß mit zunehmender Intensität der Kampagne die Informationen zahlreicher werden. An nem bestimmten Punkt ist die Arbeit nicht mehr in der Form, wir machen Handelsblatt, ihr macht zu bewältigen.

Da müssen wir uns dann etwas einfallen lassen.

Dies auch deshalb, weil Archiv auch noch die zweite Komponente hat: ~~Info~~

Info-Austausch mit internationalen Gruppen

Es ist leider so, daß unsere bisherigen Kontakte, in der Regel Gespräche, mit Genossinnen/en aus dem Ausland nicht zu einer wirklichen Zusammenarbeit geführt haben. Das hat sicherlich ganz verschiedene Gründe - einer, der aber wohl wesentlich für alle ist wir - sagen wir mal "die Autonomen", sind für alle relativ schwer einschätzbar, was politische Richtung und Kontinuität politischer Arbeit betrifft, daß diese Leute/Gruppen nicht so ohne weiteres ~~xxxxxxx~~ und von sich aus den Kontakt zu uns aufrechterhalten. Außer im Fall eines Genossen aus Madrid, der seine schriftliche Begeisterung über unser Vorhaben ausgedrückt hat, und dort selbst initiativ werden will, sowie einer grundsätzlichen Aussage eines Genossen ~~der~~ aus Uruguay, mit uns weiter zusammenarbeiten zu wollen gibt es - ^{haben} dem in den Gesprächen geäußerten Interesse an einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Politik des IWF/WB - keinerlei Anzeichen für ne praktische Zusammenarbeit.

Das kann für uns nur heißen: wir müssen aktiv werden, von uns aus den Austausch von Gedanken/Meinungen/Informationen ~~forcieren~~ forcieren

Konkret: die gesammelten Informationen (s.o.), Diskussionspapiere etc. werden in verschiedene Sprachen übersetzt (das kann bei den Zeitungsmeldungen natürlich in Form von Zusammenfassungen passieren) und nach Kolumbien, Bolivien usw., aber auch nach Rom, Madrid uns so geschickt. Ziel der ganzen Geschichte ist, die Leute/Gruppen dort kriegen einmal mit, was bei uns als Kampagne läuft, daß sie überhaupt angelaufen ist, und sind gleichzeitig ständig darüber im Bild, welche Schritte ~~gerade~~ wir gerade unternehmen, vor welchen Schwierigkeiten wir stehen.

Auch der Informationsbezug über Widerstandsaktionen weltweit kann durchaus ne Hilfe für ihre (wie im Falle von Bolivien und Uruguay) schon existierende Arbeit gegen IWF/WB sein. Anders rum kann nach unserer Meinung nur auf diesem Wege die ~~Mögk~~ Bedingungen geschaffen werden, die es ihnen ermöglicht, uns als politischen Faktor hier in der BRD ernstzunehmen und darüber uns Informationen über die jeweiligen Schritte ihrer Arbeit zukommen zu lassen.

Die Funktion einer solchen Zusammenarbeit liegt unserer Meinung nach darin, daß - so wie wir hier in der BRD/Westberlin Kampagne uns nur als die Summe von Diskussionen/aktionen von vielen vorstellen können - eine Zusammenarbeit mit Leuten/ ~~den Trikontgruppen~~ Gruppen sowohl des Trikont, als auch anderen Metropolen-Ländern, dazu führen kann, daß unsere Anti-IWF/WB-Politik tatsächlich ne internationale Komponente bekommt. Dies aber scheint uns nicht nur wünschenswert (- neuer Internationalismus etc.) sondern auf Grund der Internationalisierung der Politik unserer Feinde unumgänglich.

Dazu, und nicht ganz unwichtig, die Reformisten werden ihren Gegenkongress natürlich auf die "Betroffenen" zuschneiden. Ganz im Sinne einer von oben (von hier) kommenden Verbesserung der Lebensumstände der Armen. Wir können - wenn uns diese Kontaktaufnahme und ne Zusammenarbeit gelingt - dagegen setzen eine offensive, internationale Politiklinie gegen die vielfältigen Erscheinungsformen imperialer Herrschaftsmechanismen hier und im Ausland.
(Große Worte, aber rosige Aussichten)

Mitarbeit/Beobachtung/Teilnahme bei IWF/WB -Aktivitäten anderer
Noch mehr Arbeit.

Wir sollten trotz gewisser inhaltlicher Differenzen, ob wir - wie weit und in welcher Form - mit Reformisten innerhalb dieser Kampagne was zu tun bekommen wollen oder müssen, bestimmte Aktivitäten dieser Seite nicht ignorieren.

Zunächst einmal müssen wir uns daran gewöhnen, längerfristig Treffen/Seminare oder ähnliches im Auge zu haben, uns darauf vorbereiten, bei sowas präsent zu sein. Ein Ergebnis unserer Aktivitäten bis heute ist sicher, daß Veranstaltungen zu IWF/WB sehr viel zahlreicher geworden sind. Und nicht nur vom reformistischen Lager ausgehend. D.h., da gibts offene Politikfelder, die wir besetzen können, wenn wir das ernstnehmen. Auf solche Dinge müssen wir ein Auge werfen.

Also, das AL/Frikotreff. Sollten wir weiterhin als Beobachter hingehen. Wer mal da war, weiß, die AL kann dort mit ihren Gegenkongressvorstellungen bisher keinen Durchmarsch machen, es gibt da so viele Widerstände, die uns immer wieder erlauben, mit unseren Fragen nach der politischen Intention der Diskussion mit "Betroffenen" z.B., nach konkreten Ergebnissen solcher Politik, diese Menschen ins Grübeln zu bringen.

Und die Erfahrung vom BUKO in Fulda zeigt doch, daß wir da keines-

wegs auf verlorenem Posten stehen, "weil die Reformisten ja eh nix machen wollen". Soll nun bestimmt nicht heißen, die Reformisten wollen doch was machen, sondern vielmehr, es gibt nach wie vor eine große Zahl von Leuten, die Politik-machengänge gegen IWF/WB für durchaus sinnvoll und notwendig halten, aber noch nicht wissen wie. Wenn wirs wissen, sollten wir das zumindest als Möglichkeit von politik-machen anbieten.

Folglich sollten wir auf das nächste BUKO-Vorbereitungstreffen zum IWF/WB-BUKO im nächsten Jahr, jetzt im Oktober, vorbereiten, und dort hinfahren.

Folglich sollten wir wenn die gewiß nicht Linksradikalen aus den Informationsstellen El Salvador und Nicaragua in Wuppertal # in ihr neusten Rundbrief ein Bundestreffen ankündigen für den 2. - 4. 10. in Freiburg, und als zentrale Themen IWF-Kampagne und Verschuldung vorgeben - ~~was~~ uns darauf vorbereiten und dort hinfahren. Gerade auch nach den Erfahrungen vom Frühjahr, als wir die Diskussionen mit den hiesigen Zentralamerika-Gruppen hatten, diese bei der Diskussion aber rüberbrachten: schlechter Aufruf, im Moment keine Zusammenarbeit. Die werden jetzt sozusagen von oben erneut zu einer Diskussion darüber gebracht, und wir sollten unsere Vorstellungen von Kampagne dort reintun.

Folglich sollten wir - wenn die Flüchtlingsgruppen ihren nationalen Widerstandstag machen, präsent sein, die Verbindungen weltweite Umstrukturierung imperialistischer Herrschaftsformen - Flüchtlingsströme sind ja oben belegt.

Folglich sollten wir bei den Lateinamerikatagen - vom FDCL in Berlin veranstaltet - präsent sein.

~~Ein letzter Punkt (ohne Anspruch auf Vollständigkeit)~~

Ein letzter Punkt (ohne Anspruch auf Vollständigkeit)

Broschüre

Auch die Broschüre zählt zu unseren nächsten praktischen Schritten. Das ist unter uns ja auch unbestritten.

Wir möchten aber vorschlagen, die Arbeit an der Broschüre zu intensivieren, um sie (oder eine jedenfalls) etwa Anfang November rausbringen zu können.

Warum?

Als wir im März unser Mehringhof-Wochenende gemacht haben, standen sich in Bezug auf Broschüre doch zwei Meinungen gegenüber: eine, deren Kern der war, Broschüre möglichst bald, zur Ergänzung des Aufrufs, mit Überarbeitung der IWF-Teile der Broschüre, die es schon gibt, und mit wesentlichem Teil "was ist Kampagne und wofür/